

Termine

Bd. X

Haft
Mitteilungspflicht

Justizprüfungsamt?
Ja — Nein
Falls ja: P — K — V — R
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn. MiStra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin

Kammergericht

Strafsache

bei de - Strafkammer des - gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen

- a) Boßhammer, Friedrich
- b) Hartmann, Richard
- c) Hunsche, Otto
- d) Jänisch, Rudolf
- e) Pachow, Max
- f) Wührn, Fritz

wegen

Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

4854

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

5 Si R 527/72

Ks Ls Ms

1 Js 1/65 (RSHA)

AU 57

Fabrik Stolzenberg, Berlin-Reinickendorf

10000 3226 / 10. 64

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

[illegible]

Nur als
Verschlusssache
zu behandeln.

T e l e g r a m m

(G.-Schreiber)

P r e ß b u r g, den 14. Juni 1944- 14.25 Uhr
Ankunft: " 14. " 1944 - 19,30 Uhr

Nr. 931 v. 13. VI.

Betr.: Judentransport aus Ungarn über die Slowakei.

Slowakische Abwehr hat deutschem Abwehroffizier folgenden Bericht Gendarmeriestation Kysak Bezirk Presov zur Kenntnis gebracht:

"Am 24. Mai bei der Durchfahrt der deutschen Transporte Nr. 6332316, 6332317 und 6332318, welche Juden aus Ungarn brachten, wurde festgestellt, daß die deutschen Transportbegleiter während des Aufenthalts am Bahnhof Kysak in die Waggonen gingen und die Juden durch Erschießen zwangen, Ihnen Schmuck und andere Wertgegenstände wie Uhren, Ringe, Füllfedern und auch Geld zu geben. Es wurde festgestellt, daß die begleitenden deutschen Organe des Transportes Nr. 6332317 sich für dieses Geld in der Bahnrestauration bewirten ließen, sich betranken und sangen.

Die Transporte standen in Kysak Nr. 6332318 von 11. 15 Uhr - 14.23 Uhr, Nr. 6332316 von 13.35 - 16.12 Uhr Nr. 633231 von 18.25 Uhr - 21.35 Uhr. Die Juden warfen während der Fahrt über slowakisches Gebiet aus den Waggonen verschiedene Wertgegenstände und auch Geld - zumeist in zerissenem Zustande - welches Arbeiter an der Strecke und Kinder sammelten." Vorfall hat in slowakischer Öffentlichkeit Aufsehen erregt, da deutsches Ansehen geschädigt und politische Rückwirkungen, besonders bei Lösung Judenfrage durch slowakische Regierung zu befürchten.

Bitte um entsprechende Aufklärung und Veranlassung, daß Wiederholung derartiger Vorfälle unmöglich.

Ludin.

21
Akt. Z. Int. II 1174 g.

Genau beachten.

1. Nur Maschinenschrift
2. Nur einseitig beschreiben.
3. Offene Textteile in besonderem Telegramm absenden

4. Telegramme, die an mehrere Anschriften gehen sollen, dürfen nur dann in einer Vfg. erledigt werden, wenn sie genau wörtlich übereinstimmen, bei der geringsten Abweichung oder bei Zuschügen ist besonderes Telegramm erforderlich.

G.-Schreiber

Geheim

Berlin, den 15 Juni 1944.

Telegramm (Nicht geh. Ch. V. Offen)
(Z. (geh. Ch. V.))

Diplogerma

Consulgerma Budapest

Nr. 1816

Geh. Ver. m. für Bahndirektor

Geh. Rechtsrat

Geheimfachen

Unter Befehl des Geheimrats

Nicht
Zutreffendes
durch
streichen

Referent: R. v. Thadden

Gesandtschaft Preßburg drahtet:

Betreff:

"Slowakische Abwehr hat deutschem Abwehroffizier folgenden Bericht Gedarmenriestation Kysak Bezirk Presov zur Kenntnis gebracht:

"Am 24. Mai bei der Durchfahrt der deutschen Transporte Nr. 6332316, 6332317 und 6332318, welche Juden aus Ungarn brachten, wurde festgestellt, daß die deutschen Transportbegleiter während des Aufenthalts am Bahnhof Kysak in die Waggons gingen und die Juden durch Erschießen zwangen, ihnen Schmuck und andere Wertgegenstände wie Uhren, Ringe, Füllfedern und auch Geld zu geben. Es wurde festgestellt, daß die begleitenden deutschen Organe des Transportes Nr. 6332317 sich für dieses Geld in der Bahnhofsrestauration bewirten ließen, sich betranken und sagen.

Die Transporte standen in Kysak
Nr. 6332318 von 11.15 Uhr - 14.23 Uhr,
Nr. 6332316 von 13.35 - 16.12 Uhr,
Nr. 6332317 von 18.25 Uhr - 23.35 Uhr.

226

Die Telegramm Kontrolle

330

Mugler

St.: 17.15.13.15

et.nach Budapest v. 6.44/-2-/-

zu Inl.II 1174 g.

Die Juden warfen während der Fahrt über slowakisches Gebiet aus den Waggonen verschiedene Wertsachen und auch Geld -zumeist in zerrissem Zustand- welches Arbeiter an der Strecke und Kinder sammelten."

Vorfall hat in slowakischer Öffentlichkeit Aufsehen erregt, da deutsches Ansehen geschädigt und politische Rückwirkungen, besonders bei Lösung Judenfrage durch slowakische Regierung zu befürchten.

Bitte um entsprechende Aufklärung und Veranlassung, daß Wiederholung derartiger Vorfälle unmöglich." Schluß des Textes.

Erbitte sofortige Klärung mit Dienststelle Eichmann, Abstellung etwaiger Mißstände und Drahtbericht.

W a g n e r

(Paraphe wird nachgeholt)

MH 15/16

RAM

R. H.

Betr. Judentransporte aus Ungarn
über die Slowakei.

Herrn VLR. W a g n e r

vorgelegt:

Zum Telegramm 931 vom 13.6. aus Pressburg
bittet der Herr RAM die in dem Telegramm berührte Frage
der Beraubung der Judentransporte durch das Begleitper-
sonal sofort mit dem SD aufzunehmen und ihm alsdann Mel-
dung zu erstatten.

Fuschl, den 16. Juni 1944.

1/ Generalleutnant Gerdapost
+ Eichmann

2/ Graf Müller Amt.

Alt *[Signature]*

225

Reich

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Auswärtiges Amt

Inl II 12319

eing. 22. JUNI 1944

Anl. (fachl.) Dopp. d. Eing.

Budapest, den 20. Juni 1944 20.20 Uhr

Ankunft: " 20. " " 22.30 "

Nr.1728 vom 20.6. Geheim!

+ Inl II 1174 g

Auf Drahterlass Nr.1816⁺ vom 15.
ds.Monats.

Nachforschungen sind sofort eingeleitet worden.
Nach Angabe Obersturmführers ~~Reichmann~~ besteht
Wahrscheinlichkeit, dass slowakischer Bericht zu-
trifft, da es sich bei neuerdings gestellten Transport-
begleitern nicht mehr um erprobte SD-Angehörige, son-
dern um abkommandierte zum grössten Teil frisch re-
krutierte sehr junge volksdeutsche SS-Männer aus der
Eacska und dem Banat handelt, die höchste innere Män-
gel mehrfach aufgewiesen haben. Weiterer Bericht folgt
nach Abschluss eingeleiteter Feststellungen.

Veesenmayer

Verteiler:

- 1 an Inl II (Arb.-St.)
- 2 "
- 3 "
- 4 Sammlg. Telko

Dies ist Nr. 1

224

ef. LR I.KI.v.Thadden

Geheim

zu Inl.II 1231 g.

Bezugnehmend auf die telephonisch erteilte
Weisung hiermit

Herrn Gruppenleiter Inl.II

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Hierzu wird noch bemerkt, daß die Juden vor ihrem
Abtransport grundsätzlich Schmucksachen und Wertgegen-
stände abzugeben haben. Insofern erscheint der Bericht
aus Preßburg denhiesigen Stellen und Herrn Hezinger
nicht in allen Punkten glaubwürdig.

Berlin, den 22. Juni 1944.

LR

Thadden
(v. Thadden)

Telegramm
(G-Schreiber)

Nur mit
Verschlußsache
zu behandeln.

Pressburg, den 23. Juni 1944 22.10 Uhr
Ankunft, den 24. Juni 1944

Auswärtiges Amt

Inl II 19.60g

eing. 24. JUNI 1944

Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

Nr. 980 vom 23.6.44.

Im Nachgang zu Fernschreiben vom 15.6.44.
Nr. 931 +).

Betrifft: Judentransporte aus Ungarn über
die Slowakei.

Slowakische Abwehr hat deutschem Abwehr-
offizier nachstehenden Bericht der Nachrichten-
abteilung im 2. Divisionsbereich übermittelt:
"Nachrichtenabteilung im 2. Divisionsbereich
Presov meldet: Am 29. Mai 1944 18.30 Uhr
wurde im Kysaker Bahnhof ein namentlich unbe-
kannter Jude - Ungarischer Staatsangehöriger -
von deutschem Soldaten der Waffen-SS des
deutschen Militärtransportzuges Nr. 6322338,
Waggonnummer DR 357L60 ++) erschossen.

Vorfall geschah wie folgt: Am selben Tag
kam deutscher Transportzug mit Juden aus Ka-
schau nach Kysak. Als Transportkommandant
Zug verließ, wurde ihm von 2 SS-Leuten gemel-
det, daß zwischen Tahanovce und Tunnel - unga-
risches Geld - von einem Juden zerrissenes
ungarisches Geld aus einem Waggon geworfen
wurde. Er begab sich mit beiden SS-Männern
zum Waggon, öffnete diesen und forderte darin
befindliche Juden zur Nennung des Schuldigen
auf, der ungarisches Geld zerrissen und aus
Waggon geworfen hat. Keiner der Juden bekannte

sich

Arbeitsexemplar! Bei Inl II eintragen.

St. S. Keppler
U. St. S. Pol
Botschafter Ritter
Botschafter Gaus
Leiter Abt. Pers
" " Ha Pol
" " Recht
" " Kult Pol
" " Presse
" " Rundfunk
Chef Prot
Dg. Pol
Gr. Leiter Inl. I
Gr. Leiter Inl. II
Botsch. v. Rintelen
Ges. Schnurre
" Frohwein
" v. Grundherr
" Megerle
" Ruppen
" Melchers
" v. Grot

sich zur Tat. Transportkommandant forderte hierauf für Ordnung verantwortlichen Juden zum Verlassen des Waggons auf, ihm dabei drohend, er werde ihn erschießen, falls er Schuldigen nicht ausfindig mache oder preisgeben werde. Da Jude Schuldigen nicht finden oder bezeichnen konnte, der zerrissenes ungarisches Geld aus Waggon geworfen hat, wurde er vom Transportkommandanten angefahren, bei Schulter gepackt und mit Befehl ihn zu erschießen, an Waggonwand gedrückt.

Angehöriger der Waffen-SS legte dem Juden auf Befehl des Transportkommandanten Gewehr an Brust und erschoss ihn aus unmittelbarer Nähe. Der Jude fiel zu Boden und schrie und schlug mit Beinen herum. Als dies Kommandant sah, ging er auf ihn zu, zog Pistole und gab Schuß auf seinen Kopf ab. Nach zweitem Schuß war Jude sofort tot.

Nach vollbrachter Tat wurden 3 Juden beauftragt, Leichnam des Erschossenen in Waggon zurückzubringen, worauf der Waggon geschlossen wurde. Vorfall rief unter Zivilbevölkerung, die des Feiertages wegen zahlreich am Bahnsteig anwesend war, große Empörung hervor."

Gleiche Meldung erwähnt noch Vorfall, demzufolge bei gleichem Transport Begleitmann gegenüber slowakischer Zeitungsverkäuferin erklärt haben soll, "er sei kein Deutscher sondern ein Ungar, er trüge bloß die deutsche Uniform, sein Herz aber sei ungarisch."

Ludin

Berlin, den 23. Juni 1944.

Inl. II 1260 g

Geheim

Betr.: Judentransporte aus Ungarn
über die Slowakei.

Die Deutsche Gesandtschaft in Preßburg teilt mit:

"Slowakische Abwehr hat deutschen Abwehroffizier nachstehenden Bericht der Nachrichtenabteilung im 2. Divisionsbereich übermittelt: "Nachrichtenabteilung im 2. Divisionsbereich Prešov meldet: Am 29. Mai 1944, 18,30 Uhr wurde im Kysaker Bahnhof ein namentlich unbekannter Jude -ungarischer Staatsangehöriger- von deutschen Soldaten der Waffen-SS des deutschen Militärtransportzuges Nr. 6 322 338, Waggonnummer DR 357160, erschossen

Vorfall geschah wie folgt: Am selben Tag kam deutscher Transportzug mit Juden aus Kaschau nach Kysak. Als Transportkommandant Zug verließ, wurde ihm von 2 SS-Leuten gemeldet, daß zwischen Tahanovce und Tenna -ungarisches Gebiet- von einem Juden zerrissenes ungarisches Geld aus einem Waggon geworfen wurde. Er begab sich mit beiden SS-Männern zum Waggon, öffnete diesen und forderte darin befindliche Juden zur Nennung des Schuldigen auf, der ungarisches Geld zerrissen und aus Waggon geworfen hat. Keiner der Juden bekannte sich zur Tat. Transportkommandant forderte hierauf für Ordnung verantwortlichen Juden zum Verlassen des Waggons auf, ihn dabei drohend, er werde ihn erschießen, falls er Schuldigen nicht ausfindig mache oder preisgeben werde. Da Jude Schuldigen nicht finden oder bezeichnen konnte, der zerrissenes ungarisches Geld aus Waggon geworfen hat, wurde er vom Transportkommandanten angefahren, bei Schulter gepackt und mit Befehl, ihn zu erschießen, an Waggonwand gedrückt.

Angehöriger der Waffen-SS legte dem Juden auf Befehl des Transportkommandanten Gewehr an Brust und erschoss ihn aus unmittelbarer Nähe. Der Jude fiel zu Boden und schrie und schlug mit

WV.nach
1 Woche

An

das Reichssicherheitshauptamt

z.Hd. SS-Obersturmbannführer Eichmann o.V.i.A.

Berlin W 62
Kurfürstenstr. 116

218

29. Juni 1944

mit Beinen herum. Als dies Kommandant sah, ging er auf ihn zu, zog Pistole und gab Schuß auf seinen Kopf ab. Nach zweitem Schuß war Jude sofort tot.

Nach vollbrachter Tat wurden 3 Juden beauftragt, Leichen des Erschossenen in Waggon zurückzubringen, worauf der Waggon geschlossen wurde. Vorfall rief unter Zivilbevölkerung, die des Feiertages wegen zahlreich am Bahnsteig anwesend war, große Empörung hervor." - Gleiche Meldung erwähnt noch Vorfall, demzufolge bei gleichem Transport Begleitmann gegenüber slowakischer Zeitungsverkäuferin erklärt haben soll "er sei kein Deutscher, sondern ein Ungar, er trüge bloß die deutsche Uniform, sein Herz aber sei ungarisch."

Es wird um sofortige Untersuchung des Vorfalls und Übermittlung des Ergebnisses gebeten. Zwischenfälle dieser Art auf slowakischem Gebiet sollten unter allen Umständen vermieden werden.

Im Auftrag

Geheim

gez. v. Thadden.

2. Unter 1 D'dr.d.Nr.1 dies. Ang. ist zu setzen:

Berlin, den 28. Juni 1944.

Inl.II 1260 g

Abschriftlich

der

Deutschen Gesandtschaft

in Budapest

zur Kenntnisnahme und mit der Bitte übersandt, die Angelegenheit mit dem Einsatzkommando des 4-Obersturmbannführers Eichmann aufzunehmen.

Im Auftrag

gez. von Thadden.

219

II.

gekommen.

St. S. Kep
U. St. S. F
Botschaft
Botschaft

Leiter Abt

" "

" "

" "

" "

" "

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter In

Gr. Leiter In

Botsch. v. Klaten

Ges. Schnurre

" Frohwein

" v. Grundhe

Dr. Megerle

VLR Ripken

" Melchers

LR v. Grot

Telegramm

Nur als
Verschlusssache
zu behandeln.

(G.-Schreiber)

B u d a p e s t, den 2. Juli 1944 - 20.45 Uhr
Ankunft: " 3. " 1944 - 5.25 Uhr

Nr. 1855 v. 2. VII. Auf Drahterlaß Nr. 1816 +) v. 15. VI.
u. im Anschluß an Drahtbericht
Nr. 1728 v. 20. VI. ++)

+) Inl. II 11748 g
+) bei Inl. II.

Abgeschlossene Feststellungen haben nunmehr ergeben, daß Meldung nicht den Tatsachen entspricht, es ist lediglich ermittelt, daß Transportführer Aufenthalt auf Bahnhof Kysak dazu benutzte, um Kontrolle der Juden auf Geld und Wertsachen vorzunehmen, da festgestellt worden war, daß Juden während der Fahrt Geld aus den Waggons warfen.

Die abgelieferten Wertsachen und Geldbeträge sind ordnungsgemäß übernommen und abgeliefert worden. Alle Beteiligten bestreiten auf das Entschiedenste, in der Bahnhofrestauration getrunken oder gesungen zu haben. Zeugen für einen solchen Vorfall hat auch deutsche Abwehrstelle, die gleichzeitig Untefsuchung vorgenommen hat, nicht feststellen können. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die erhobenen Vorwürfe aus der gleichen Quelle stammen, aus der schon früher wiederholt Beschuldigungen der unsinnigsten Art gegen deutsche Wehrmachtstransporte durch die Slowakei erhoben wurden. So ist in der stark kommunistisch verseuchten Bevölkerung des fraglichen Landesteiles beispielsweise die Tatsache, daß bei einem durchfahrendem Transport einem Wehrmachtsangehörigen beim

Verteiler Nr. 4:

Inl. II

(Arb. St.)

RAM

St. S.

BRAM

Botsch. Ritter

Abt. 1. 1. 1.

Pol. 1. 1. 1.

Pol. 1. 1. 1.

Pol. 1. 1. 1.

Pol. 1. 1. 1.

Dg. Pol.

Dg. Abt. 1. 1. 1.

Pol. 1. 1. 1.

Pol. 1. 1. 1.

Mr.

beim Reinigen seiner Pistole ein Schuß losgegangen ist, zu der wiederholten Behauptung ausgenutzt worden, aus den Transporten würde auf die slowakische Landbevölkerung geschossen.

SD-Dienststellen sind dringend daran interessiert, daß Vorwürfe dieser Art, soweit tatsächlich in weite slowakischer Öffentlichkeit gedungen sein sollen, nachdrücklichst zurückgewiesen werden. Der fragliche Vorfall ist im übrigen hier bereits über Polizeiattaché Preßburg als auch Reichsicherheitshauptamt gemeldet gewesen und hat daher nicht unerhebliche Doppelarbeit bei BDS und Sondereinsatzkommando Eichmann veranlaßt. Überdies soll auch deutsche Abwehrdienststelle Preßburg Vorfall untersucht haben. >

Veesenmayer. >

G
utsche Gesandtschaft
Budapest

Budapest, den 2. August 1944.

G Nr. 128

auf Erlass v. 28. Juni d. J.
Inl. II 1260 g

Inhalt: Judentransporte aus Ungarn
über die Slowakei.

G e h e Auswärtiges Amt

Inl II 1638

eing. 4. AUG. 1944

Anl. () fach) Dopp. d. Eing.

Petersburg
1949
wahl

Die Angelegenheit ist vom Befehlshaber der Sicherheits-
polizei und des SD in Ungarn - das Sondereinsatzkommando des
SS-Obersturmbannführers Eichmann ist ausschliesslich für die
technische Durchführung der Judentransporte zuständig - unter-
sucht worden, der über das Ergebnis dem Reichssicherheitshaupt-
amt berichtet hat. Der Vorfall hat sich im allgemeinen wie be-
richtet zugetragen, die Erschiessung war zur Aufrechterhaltung
der Transportdisziplin notwendig, wegen des dabei geübten un-
zweckmässigen Verfahrens sind die verantwortlichen Beamten zur
Verantwortung gezogen worden.

das Auswärtige Amt,
Berlin

Im Auftrag

1) Gen ausführliche Bericht
von KSH 4 ist nach Mitteilung
von Worn unterwegs.
WV. 2 Wochen 25/7
Stück vorgelegt am 11/9 1944

Reinkonzept (R.1b.) gef.Km

Auswärtiges Amt

Berlin, den 12. Sept. 1944.

Inl. II 1638 g.

Geheim

Betr.: Judentransporte aus Ungarn
über die Slowakei

Auf hies. Schreiben -Inl. II 1260 g- v. 28.6.44.

Nach Rücksprache mit dem Reichssicher-
heitshauptamt, Herrn Woern, bittet das Auswär-
tige Amt um tunlichst baldige Übersendung des
in Aussicht gestellten Berichts in der oben-
erwähnten Angelegenheit.

*als 2 Woche
12/9*

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. SS-Oberstufabf. Eichmann

Im Auftrag

gez. v. Thadden

o.V.i.A.

Berlin W.
Kurfürstenstr. 116

12/9

kur 12/9

Sep. 1944

3. 10

W.V.

18/9

zuden

Ungarn

19 10 18

Inl II
**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

A 4 b 3433/42g(1446)

Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und
den Gegenstand angeben

Auswärtiges Amt

Inl II 2025

eing. 25. SEP 1944

Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

Berlin SW 11, den 22. September 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21

Reichsbankgirokonto: 1/146 · Postscheckkonto: Berlin 2386

Geheim

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.V.i.A.,

Berlin.

Betrifft: Abbeförderung von Juden aus Ungarn
- Transportbegleitung -.

Bezug: Schreiben vom 15.6.1944 - Nr. Inl. II 1774 g und
vom 28.6.1944 - Inl. II 1260 g -.

1638 g ti
Die Überprüfung der Angelegenheit hat ergeben,
dass die gegen die deutsche Begleitmannschaft der
Judentransporte erhobenen Anschuldigungen wegen un-
korrekten Verhaltens frei erfunden sind. Es trifft
lediglich zu, dass aus dem Transport vom 29.5.1944
auf dem Bahnhof Kysak ein Jude wegen widersetlichen
Verhaltens erschossen werden musste. Die Behauptung,
der Jude sei nach dem ersten Schuss zu Boden gefallen,
habe geschrien und um sich geschlagen, ist unwahr.

Dem gegenüber wird durch den Bericht der
Gendarmeriestation Kysak bestätigt, dass die Juden
verbotswidrig während der Fahrt Geld und sonstige
Werte aus den Wagen geworfen haben. Da ein solches
widersetliches Verhalten der Juden - wie gleichfalls
in der Meldung zugegeben - in der Öffentlichkeit beun-
ruhigend wirkte, waren abschreckende Maßnahmen an Ort
und Stelle erforderlich.

Im Auftrage:

hinaus

Ha.
213

16
Abschrift zu Inl. 11 2025 g.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11, den 22.9.

IV A 4b 4333/42 g(1446)

Jul II
er Chef der S
und

7-A 4 b

im Schriftverkehr diesen
den Gegen

An das
Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Legationsrat v.Thadden o.V.i.A.,
B e r l i n

Betrifft: Abbeförderung von Juden aus Ungarn
-Transportbegleitung.-

Bezug: Schreiben vom 15.6.1944 -Nr. Inl. 11 1174
und vom 28.6.1944 -Inl. 11 1260 g.-

Die Überprüfung der Angelegenheit hat ergeben, daß die gegen die deutsche Begleitmannschaft Judentransporte erhobenen Anschuldigungen wegen unkorrekten Verhaltens frei erfunden sind. Es trifft lediglich zu, daß aus dem Transport vom 29.5.1944 dem Bahnhof Kysak ein Jude wegen widersetzlichen Verhaltens erschossen werden mußte. Die Behauptung, der Jude sei nach dem ersten Schuß zu Boden gefallen, geschrien und um sich geschlagen, ist unwahr.

Dem gegenüber wird durch den Bericht der Gendarmeriestation Kysak bestätigt, daß die Juden verbotwidrig während der Fahrt Geld und sonstige Werte aus den Wagen geworfen haben. Da ein solches widersetzliches Verhalten der Juden -wie gleichfalls in der Meldung zugegeben- in der Öffentlichkeit beruhigend wirkte, waren abschreckende Maßnahmen an Ort und Stelle erforderlich.

Im Auftrage:
gez. Unterschrift

Auswärtiges Amt

Berlin, den 26.9.1944.

Inl. II 2025 g

Betr.: Judentransporte aus Ungarn
über die Slowakei.

Auf den dortigen Schriftbericht vom
2.8.1944 - G Nr. 128-

Geheim

Hiermit

in Abschrift

unter Bezugnahme auf die obenbezeichnete
Angelegenheit

der Deutschen Gesandtschaft

in B u d a p e s t

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Prüfung
der Widersprüche in den Berichten der beiden
Stellen des SD übersandt.

Im Auftrag

gez. v. Ihadden

MA 26/9

km 26/9.

211

29/9/44

Für den Vizepräsidenten

Deutsche Gesandtschaft
Budapest

Budapest, den 4. Oktober 1944

Nr. 3727

Inhalt: Judentransporte aus Ungarn
über die Slowakei.

Auswärtiges Amt
Inl. II 2539 g.
eing. 17. NOV. 1944
Anl. (/ fac 3. Opp. u. Eing.)

Auswärtiges Amt
Inl. II 3470
eing. 19. OKT. 1944
Anl. 3 Durchschl.

Die Vorgänge in dieser Angelegenheit sind hier nicht mehr greifbar, sodass die erbetenen Ermittlungen nicht angestellt werden können. Soweit erinnerlich, stammt die ursprüngliche Meldung jedoch von einer slowakischen Abwehrstellé über eine deutsche Abwehrstelle und wurde nur anfänglich von den hiesigen SD-Dienststellen für grundsätzlich möglich gehalten, später, wie auch berichtet, nach Prüfung ebenfalls in Abrede gestellt. Ein Widerspruch in den SD-Meldungen dürfte daher kaum vorliegen. Nach Auffassung des hiesigen BdS handelt es sich bei der gesamten Meldung um eine grobe Entstellung an sich geschehener kleinerer Zwischenfälle durch kommunistisch eingestellte slowakische Bevölkerungsteile.

I.A.

H.v. Thadden *[Signature]*
Mi 19/10 *[Signature]*

An das
Auswärtige Amt

Berlin

[Signature] eintragen

[Signature] K. K. n. R.
10/10

[Signature] Jüden Ungarn

Durchdruck als Konzept (R'Schrift 1b.) Ko. Berlin, den 19. Juli 1944

Auswärtiges Amt

Ini.II 1466 g

Geheim

Rb v

Nach Fühlungnahme mit der Deutschen Botschaft Paris wird vorgeschlagen, die französischen Juden aus Ungarn zunächst in einem Sammellager, z.Bsp. Bergenbelsen, unterzubringen, wo sie bis zur endgültigen Klärung des Falles durch deutsch-französische Verhandlungen greifbar bleiben. Französischerseits ist man mit einer Internierung der Juden ohne Repatriierung einverstanden. Weitere Besprechungen zur endgültigen Bereinigung der Angelegenheit erscheinen im Augenblick nicht angezeigt.

1. An

das Reichssicherheitshauptamt,
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer

Eichmann, o.N.I.A.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

E421750

K213522

2.)

WV 1 Monat
durch Herrn Woern abgeholt.

Mo. 19/7.

19.8.

Anmerkung: Deutsch Botschaft Paris

Inl II

Deutsche Gesandtschaft
Budapest

Budapest, den 31. Juli 1944.

128

3 Nr. 123

Auf den Erlaß vom 24. d. M.
- Inl II 1466 g -

Inhalt: Juden französischer Staatsangehörigkeit
in Ungarn.

G e h e i m .

Auswärtiges Amt

Inl II 1639 g

eing. 4. AUG. 1944

Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

Die Ungarische Regierung hat, wie ich auch aus der Anlage des Schriftberichts Nr. 117 vom 18. d. M. zu entnehmen bitte - mitgeteilt, daß sie am 31. Juli d. J. Juden französischer Staatsangehörigkeit in hiesigen Lagern zu internieren beabsichtige. Es wird daher um Weisung gebeten, ob die Ungarische Regierung entsprechend der mit dem vorbezeichneten Erlaß mitgeteilten Absicht des Reichssicherheitshauptamtes nunmehr gebeten werden soll, Juden französischer Staatsangehörigkeit nach Deutschland zu überstellen.

b. Vapour laufend
Aug 578

Veserung

Nach kelf. bittg. Worn sollen die Inl. fig. Kachang
in Ungarn interniert bleiben. Wohnraum sei darüber
untersucht.

An

das Auswärtige Amt,
B e r l i n .

115

E421756

K213528

Guden Zenger
f. Kachang

Referat Inland II A

him **Geheim**Z. Vorgang, *Schweiz*

120

V e r m e r k

Heute früh suchte Hauptsturmführer Wöhren vom RSHA im Auftrage von Stubaf Günter Dr. Brandt in der Frage der Ausreisegenehmigung für ungarische Juden auf.

Er wies darauf hin, daß laut Bericht des Sonder-einsatzkommandos Eichmann bei Wiederaufnahme der Judentransporte in das Reich am 20.8. keineswegs die Möglichkeit ausgeschlossen sei, daß die Deutsche Gesandtschaft in Budapest ungarischen Juden die Ausreise über Rumänien nach Palästina ermögliche. **Sie** stünde aufgrund der erhaltenen Weisungen auf dem Standpunkt, daß die Abwanderung nach Palästina wenn irgendmöglich -nicht aber grundsätzlich- verhindert werden solle. Überdies wird in Ungarn seitens der Schweiz und Schweden von vorneherein nur die Auswanderung von Juden nach Palästina betrieben.

Das RSHA könne aber mit einer Ausreise ungarischer Juden in Richtung Rumänien - Palästina aus den bekannten grundsätzlichen Erwägungen nicht einverstanden sein. Es stimme aber der Ausreise von 7 400 Juden, für die die Ausreisepapiere bis auf die erforderliche deutsche Genehmigung bereits erteilt sei, unter der Bedingung zu, daß die Auswanderung in die Schweiz oder nach Schweden erfolge, da von beiden Ländern aus eine

455

L8022CH

H323081

Weiterreise

K214013

8555513

E422227

- 2 -

Weiterreise während des Krieges praktisch ausgeschlossen sei. Nach Möglichkeit möchte es aber auch diese Abwanderung nach Wiederaufnahme der Judentransporte in das Reich wieder stoppen.

Hauptstuf. Wöhron übermittelte die Bitte des RSHA, die Deutsche Gesandtschaft in Budapest schnellmöglich anzuweisen, für die in Frage stehenden 7 400 Juden lediglich deutsche Visa bzw. Durchlaßscheine zur Ausreise in die Schweiz oder nach Schweden zu erteilen, die Abwanderung ungarischer Juden nach Rumänien also zu unterbinden.

Ihm wurde seitens Dr. Brandt erwidert, daß der Herr Gruppenleiter Inland II umgehend von dieser Bitte in Kenntnis gesetzt würde, die Angelegenheit dann aber der Entscheidung des Herrn RAM unterliege.

Bemerkt werden darf noch, daß die Ausführungen von Hauptstuf. Wöhron sich mit der bereits gestern abend durch Stubaf Günter fernmündlich an Dr. Brandt gegebenen Kennzeichnung der Sachlage decken.

Die Befürchtungen des RSHA hinsichtlich einer Abwanderung von ungarischen Juden über Rumänien nach Palästina erscheinen im Hinblick auf die abschriftlich beigefügte Weisung nach Budapest vom 10.7.44 nicht unbegründet. Solche Befürchtungen wurden auch bereits am 4.8.44 seitens des RSHA ausgesprochen.

456

E422228

H323082

Im

K214014

- 3 -

Im Hinblick auf unsere gerade den Rumänen gegenüber erhobene Forderung, die Abwanderung von Juden nach Palästina zu verhindern, und auch im Hinblick auf unsere insbesondere dem Großmufti gegenüber eingenommene Haltung in der Palästina-Frage wird es diesseits für zweckmäßig erachtet, den Erlaß nach Budapest vom 10.7.44 im Sinne der vom RSHA ausgesprochenen Bitte zu ergänzen, um das darin erstrebte Ziel -Auswanderung der betreffenden Juden nach Schweden und in die Schweiz anstatt nach Palästina- sicherzustellen.

Hiermit

dem Herrn Gruppenleiter Inl.II

mit der Bitte um Kenntnissnahme

vorgelegt.

Berlin, den 15.8.1944.

Reichel
(Reichel)

454

H323083

K214015

E422229

N 15/8

Termine:

Bd. II

Justizprüfungsamt?

Ja — Nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin

~~Kammergericht~~

Strafsache

bei de - Strafkammer des - gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen a) Woehr, Fritz

b) Hunsche, Heinrich Otto

Prüfer, Franz

verbunden zu 17s 9/65 (SbRP)

Förster, Karl

verb. zu 17s 7/65 (RSHA)

wegen

Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

17s 20/65 (RSHA)

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

[illegible]

Band 1 (L. 1-85)

Termine:	Mitteilungen nach Nrn. <u>18/2</u> MiStra	Landesprüfungsamt
	an: <u>Minister des Innern</u> zu Aktenzeichen:	<u>— Ja — Nein —</u>
	<u>des Landes NRW</u> <u>11.6.63</u>	Falls ja: <u>— P — K — V —</u>
	<u>wegen Wehrm</u> <u>25.11.7/29.12.63</u>	(Unterschrift)
	Benötigt werden _____ Abschriften von <u>12/63</u>	

Staatsanwaltschaft
beim Landgericht **Frankfurt/Main**

Ermittlungssache

gegen Wehrm, Fritz und 3 Andere

Verteidiger:

RA.

Vollmacht:

Bl.

wegen Mordes (nsG)

Fristen

Weggelegt: 19.....

Aufzubewahren bis 19.....

Geschichtlich wertvoll; in das Verzeichnis nach Muster zu GGZ. 137 eingetragen (vgl. JMBI. 1950 S. 92) —

4 Js 614/63

Justizprüfungsamt?
Ja — nein
Falls ja: P — R — B — N
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nr. Mi. Stra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

AR

Ermittlungssache

gegen

Hunsche, Otto

Verteidiger:

NA

Vollmacht:

Bl.

wegen **Beihilfe zum Mord**

Fristen:		
5.11.62	27.12.62 genau	
15.2.63	BT	

Weggelegt 19

Aufzubewahren: — bis 19

— 19 abzuliefernde Forschungssache —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein

3P(K) & AR 48/62

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

Berlin, den 19.....

Justiz — ober — inspektor

Kostenmarken oder darauf bezügliche Vermerke Bl.

Vorschüsse (einschließlich der in Kostenmarken) Bl.

Kostenrechnungen Bl.

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Bl.

am 19

Justiz — ober — inspektor

[illegible]

VA 1
Kassel



An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

6 in Frankfurt f. M.

**Der Direktor
der Strafanstalt
35 KS-Wehlheiden**

26b DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,

TEL :

HAM. 7726. September 1962

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
beim Landgericht Berlin-Moabit

West-Berlin
Turmstraße



AZ: 3P (K) Js 222/60

28. Sep. 1962
4. Aufl. f

IN DER 'GEISEL'-MORDSACHE

verübt an dem ehem. langjährigen Wohlfahrts-
dezernenten der früheren Jüd. Gem. Bln.

DR. JUR. FRITZ LAMM.

S.Zt. General-Kurator der Familien-Stiftungen
der Ahnen des Antragsstellers, Sol Liston-
Lichtenstein, 26b, Daleham Gardens, Hampstead,
London NW 3,

bitte ich Ihre Aufmerksamkeit
lenken zu dürfen auf die gegen den früheren
Reg.Rat im REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT, Dezer-
nat Eichmann, Amt IV b 4 SS-Hpt.Sturm f.
Otto Hunsche in Frkf./Main anhängigen Straf-
sachen unter AZ. 4 Ks 1/62 (Liston-Lichten-
stein)

- und - 4/4a Js 586/56 ("Sonderaktion"
Ungarn) richten zu dürfen.

Ich bitte Sie, sich mit Bezug, soweit das
beschlagnehnte Vermögen der o.a. Familienstif-
tungen in Frage kommen, - und - mit Bezug zu
der "Geisel"-Ermordung des - wie oben schon
angeführten - General-Kurators Dr.jur. Fritz
Lamm, mit

Herrn Landgerichtsdirektor Fleming,
dem Herrn Vors. der 145. WGK (166.58) in
Verbindung zu setzen.

// Ich beantrage: (s. Anlagen)

den bereits verurteilten Otto Hunsche durch den
Richter in Frankfurt/Main vernehmen zu
lassen in bezug zu der Ermordung des Dr. jur.
Fritz Lamm, denn,

es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen,
daß Otto Hunsche bei der Verhaftung des Herrn
Dr. Lamm s.A., in dessen Dienstbüro Berlin C2,
Rosenstraße, zugegen war und seine Abführung
veranlaßte.

Ich bitte mir den Empfang dieses meines Schreibens
und der Anlagen bestätigen zu wollen und mir das
Akt.Z., unter dem meinem Antrag entsprochen wurde,
mitzuteilen.

4 Anlagen

Mit ausgezeichnete Hochachtung,
sehr ergebenst,

Sol Liston-Lichtenstein
SOL LISTON-LICHTENSTEIN

A. W O L F F S K Y
Tel.: Hexton, Beds. 428

18, Higham Gobion Road
Barton-in-the-Clay, Beds.
19. Februar 1962

Mr. Sol Liston-Lichtenstein
26 b Daleham Gardens
Hampstead
L o n d o n , N W 3

Sehr geehrter Mr. Liston-Lichtenstein,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom
17. cr. möchte ich folgendes mitteilen:

Der langjährige Wohlfahrtsdezernent der früheren Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Herr Dr. Fritz Lamm, ist im Zusammenhang mit dem "Geisel"-Mord am 2. Dezember 1942 in Berlin von der S.S. erschossen worden. Dies wurde auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes durch den damaligen Vorsitzenden der Gemeinde den Angestellten, zu denen ich auch gehörte, bekanntgegeben.

Ob und wo der Tod der Erschossenen beurkundet wurde, ist mir nicht bekannt.

Nach 1945 sind m.W. mehrere Strafanzeigen in der Sache erstattet worden. Das letzte mir bekannte Verfahren wurde bei dem Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin unter dem Geschäftszeichen

3 P (K) Js 222/60

geführt. Das könnte für die Wiedergutmachungskammer von Interesse sein.

Bemerken möchte ich noch, daß Frau Martha H e n s c h k e , als Funktionärin der Jüdischen Gemeinde ebenfalls zu den festgenommenen "Geiseln" gehörte. Ihr Name befindet sich aber nicht unter den bekanntgegebenen erschossenen Opfern. Vielmehr ist Frau Henschke zu dem gleichen Zeitpunkt nach dem Osten deportiert worden, übrigens auch die Witwe von Dr. Lamm. Über das Schicksal der Deportierten ist mir nichts bekannt geworden. Ich weiß lediglich, daß die Tochter von Frau Henschke sich vor einigen Jahren persönlich in Berlin über das Schicksal ihrer Mutter zu unterrichten suchte.

Ich hoffe, daß ich Ihnen mit meinen Ausführungen von Nutzen sein könnte und bin mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

gez. Wolffsky

Originaldurchschriften: zu
den Herrn Generalstaatsanwalt in Berlin
an den Rechtsausschuß der CDU/CSU in Bonn
an den Rechtsausschuß der FDP in Bonn
an den Vorsitzenden des WGAs im Deutschen Bundestag, Bonn
an die 145. Wiedergutmachungskammer (166.58)
an Herrn A. Wolffsky, Barton-in-the-Clay, England.

26. August 1962

An den
Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt
beim Oberlandesgericht

Frankfurt am Main

A N T R A G

Den ehemaligen Hauptsturmführer, jetzigen Rechtsanwalt,
OTTO HUNSCHKE

/ in folgender Sache (Anlage) durch den Herrn Untersuchungsrichter
vernehmen zu wollen.

Hunsche war während des Hitler-Interregnums unter Eichmann
im Gestapo-Hauptquartier, Berlin, Kurfürstenstraße, Amt IV b 4,
der Dienststellenleiter in der Effekten- und jüdischen Vermögens-
verwaltung.

In der beigelegten Anlage sind extra spezifizierte Schrift-
sätze niedergelegt, aus denen der Herr Untersuchungsrichter er-
sehen wird, was für Fragen notwendigerweise dem Hunsche gestellt
werden müssen, um die letzte Klärstellung und evtl. Schließung
der Lücke vorzunehmen.

Es ist immerhin möglich, daß ein entsprechender Antrag be-
reits von dem Berichterstatter der 145. Wiedergutmachungskammer
in Berlin, dem Herrn Landgerichtsrat Noack, gestellt worden ist.
Wenn so, steht bereits der Abschluß der Vernehmung des Hunsche
in dieser Sache bevor? - Ich würde, wenn dies bereits geschehen
ist, berechtigt sein, eine Durchschrift oder Kopie oder Abschrift X
des Hunsche zu erbitten.

Gleichfalls bitte ich, mir nach Eingang dieses meines Ge-
suches das Aktenzeichen des vorangegangenen Strafverfahrens,
nach welchem er bereits verurteilt wurde, mitzuteilen.

Ebenfalls darf ich um das Aktenzeichen in dieser Sache

(meines Antrags, und evtl. des Antrags der
145. Wiedergutmachungskammer)

bitten, um in der Lage zu sein, mit dem Herrn Untersuchungsrichter
keine Korrespondenz zu bleiben, gleichzeitig aber auch, nicht nur
der Wiedergutmachungskammer in Berlin, sondern auch den verschie-
denen Regierungsstellen in Bonn Durchschriften zuzustellen, weil
diese an dem Ausgang meiner Sache in der Wiedergutmachungs- und
Rück erstattungsangelegenheit nicht nur interessiert, sondern auch
endgültige Entscheidungen, nach der Schlußnovelle zum Bundesent-
schädigungs- und Rück erstattungsgesetz zu treffen haben.

Sollte von der 145. Wiedergutmachungskammer (166.58) kein
diesbezüglicher Antrag gestellt worden sein, bitte ich den Herrn
Leitenden Oberstaatsanwalt und/oder den zuständigen Herrn Unter-
suchungsrichter sich mit der 145. Wiedergutmachungskammer in
Kontakt zu setzen.

Anlagen

Respektvollst,

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

X der Aussage

Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH. BAK.SC.

INVENTOR

26b DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,
LONDON, N.W.3.

TEL :
HAM. 7736

Geschäftszimmer:

der 145. WGK beim
Landgericht Berlin

Berlin W 35
Am Karlsbad 6

26. September 1962

84 VGI 927.57 166.58.

Copy 3

Sehr geehrter Herr Landgerichtsdirektor,
und Vorsitzender der 145. Wiedergutmachungskammer
beim Landgericht Berlin!

In Sachen: Famil.Stfgn. (166.58) meiner Ahnen bitte
ich Ihre Aufmerksamkeit lenken zu dürfen auf die
anliegende Fotokopie des Oberstaatsanwalts bei dem
Landgericht Frankfurt am Main, Az. 4 Js 1/62 (Liston-
Lichtenstein).

- und -

Az. ~~xxx~~ 4/4a Js 586/56.

/ Ebenfalls des Generalstaatsanwalts bei dem Oberlandes-
gericht Köln, Az. Zs 13/62

- und -

Leitenden Oberstaatsanwalt in Bonn, Az. 8 Js 285/61
Sta. Bonn.

Wie in einem vorhergehenden Schreiben bereits beantragt,
bitte ich nunmehr, den Herrn Oberstaatsanwalt in Frank-
furt am Main mit Bezug zu dem Inhalt seines Schreibens
an mich vom 22. August 1962 zu erreichen mit der Bitte,
den Otto Hunsche durch den Amtsrichter in Frankfurt am
Main vernehmen zu lassen.

Zur Abrundung: meiner Sache halte ich es für dringend
erforderlich, daß Hunsche, da er ja NUR- mit der Be-
treuung und Zweckverwendung im Amt IVb 4 Eichmann des
beschlagnahmten jüdischen Vermögens zu tun hatte, zu
welchen natürlich auch die Vermögen meiner Stifterahnen
gehörten, vernommen wird.

Der Antrag der Kammer an den Leitenden Herrn Oberstaats-
anwalt in Frankfurt am Main wolle zweckmäßigerweise so
früh wie möglich eingereicht werden, damit das Ergebnis
der Vernehmung des Hunsche z.d.A. genommen werden kann,
bevor der Vergleich mit mir abgeschlossen wird.

Ich bitte mir vom Antrag und vom Vernehmungsprotokoll
die Abschriften zuzusenden.

Anlagen

Mit ausgezeichnetester Hochachtung,

Sehr ergebenst,


SOL LISTON-LICHTENSTEIN

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Ks 1/62

Ihr Zeichen:

5
6 FRANKFURT (MAIN), 11. Sept. 1962
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

Herrn

Sol Liston-Lichtenstein

26b Daleham Gardens,
Hampstead

L o n d o n , N.W.3

Sehr geehrter Herr Liston-Lichtenstein!

Auf Ihre Anfrage vom 26. August 1962:

Die gegen den früheren Regierungsrat in Reichssicherheitshauptamt, SS-Hauptsturmführer Otto H u n s c h e hier anhängigen Strafsachen werden unter den Aktenzeichen 4 Ks 1/62 (Fall Kistarcsa) und 4/4a Js 586/56 ("Sonderaktion" Ungarn) geführt.

Hunsche befindet sich in Untersuchungshaft in der Straf- und Untersuchungshaftanstalt Frankfurt (Main)-Hammelsgasse.

Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß die Strafverfolgungsbehörden in Ihrem Wiedergutmachungsverfahren nicht tätig werden können. Nur die allein zuständige Wiedergutmachungskammer kann eine Vernehmung des Rechtsanwalts H u n s c h e beschließen. Eine solche Vernehmung würde, sofern sie durch den ersuchten Richter in Frankfurt (Main) erfolgt, nicht durch den Untersuchungsrichter, sondern durch den Amtsrichter in Frankfurt (Main) durchgeführt werden.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage:

H. Steinbacher
(Dr. Steinbacher)

Staatsanwalt

Eingangs am 14. Sept. 1962

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

Sol Liston-Eichtenstein
M.TECH. BAK.SC.
INVENTOR

26b DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,
LONDON, N.W.3.

TEL :
HAM. 7736

3. 8. Okt. (100.58)
8. 145 WK - Plan.
am 20 - Sept. '62

- und -

3. Okt. 7 3P (K) JS 222/60
GISTA Blue - Stahlit.

✓

V.

1) Aut. Bdr. Ben als AR-Sache eintragen

2) sfr. 28. Okt. 1962

3) mit 3 P(16) zu 222/60 od. vorlegen.

5. Okt. 1962

h.

V.

✓ 1) Atten werden mitteilen

2) am 5.11. genau

25. Okt. 1962

h.

2-7) Subb. ab 29. F 62 W

Vorgelegt am 5. NOV. 1962

Bln. den 5. NOV. 1962

f

Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH.BAK.SC., DIPL.BLN. (1934)

INVENTOR

BANKS:

BARCLAYS, STRAND, LONDON, W.C. 2

BARCLAYS, SWISS COTTAGE, N.W. 3.



26b Daleham Gardens,
Hampstead,
London, N. W. 3.

Tel.: Ham. 7736.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
beim Landgericht Berlin-Moabit

30. Okt. 1962

28. Oktober 1962

B e r l i n

Turmstraße

Az.: 3F (K) Js 222/60

FR 48/62

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Betrifft: Vernehmung des früheren Regierungsrats
im Reichssicherheits-Hauptamt, Otto Hunsche
(Amt IV B Eichmann)

In Sachen: Geißelmord an Dr. jur. Fritz Lamm etc.

Hinweis: auf mein Schreiben (bzw. Antrag) vom
26. September 1962

In dieser Sache, Herr Generalstaatsanwalt, erbitte
ich Ihre Stellungnahme und Aufklärung über den Sach-
stand der Akte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Sol Liston-Lichtenstein
SOL LISTON-LICHTENSTEIN

Erst v. Hg. g. d. Herrn Generalstaatsanwalt

31. OKT. 1962

Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH.BAK.SC.

INVENTOR

BANKS:

BARCLAYS, STRAND, LONDON, W.C.2.

BARCLAYS, SWISS COTTAGE, N.W.3.

DEUTSCHE BANK:

CENTRALE FRANKFURT A/M.

26b Daleham Gardens,

Hampstead,

London, N. W. 3.

Tel.: Ham. 7736.

2	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Berlin N W 21

Turmstraße 91

London, den 4. November 1962

Gesch.Nr. 3 P (K) AR 48/62



-6. Nov. 1962

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Betrifft: Verfügung vom 26.Okt. 1962

In Sachen: Otto Hunsche

bitte ich sehr ergebenst, mir über den
Sachstand der Akte Information zugehen zu lassen.

// Gleichzeitig mit der Bitte um zwei Durchschläge
des zu erwartenden Antwortschreibens von Ihrer
Dienststelle, und zwar je eine Durchschrift zur
145. WGK (166.58)-und -

für den Notvorstand der Stiftungen, Herrn
Rechtsanwalt und Notar Georg R.A. Israel,
Berlin-Charlottenburg 9, Neidenburger Allee 7.

Sehr ergebenst

Sol Liston-Lichtenstein

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH.BAK.SC.

INVENTOR

BANKS:

BARCLAYS, STRAND, LONDON, W.C.2.

BARCLAYS, SWISS COTTAGE, N.W.3.

DEUTSCHE BANK:

CENTRALE FRANKFURT A/M.

266 Daleham Gardens,

Hampstead,

London, N. W. 3.

Tel.: Ham. 7736.

11-Dez.-1962.

2	3	Anlagen
	/	Abschriften
		DM Kost M.



14. Dez. 1962

An Herrn General

General-Staatsanwalt
bei Herrn Landgericht

Berlin, N.W. 21.

Vormittag, 91.

Gesdr. - NR. 3 P (K) AR 48/62.

- 1.) Betrifft: Mein Antrag vom 26. Sept. - 1962.
- 2.) " Ihr Schreiben vom 20. Okt. - '62.
- 3.) " & Mein " " 28. " - '62.

1 " Diese Kopien mit Anlagen - 26
Dossiers "Otto Kumsche" - Rechtsanwalt.
z. H. im Haftfall in der Haft.
- anfallt Fritz (Mein) Sammelgasse.
zur gefälligen Kenntnisnahme.

Gesetzgebungsamt

Sol Liston-Lichtenstein

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

Anlage.

V.
am 28.12.62 genau

17. Dez. 1962

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat Dr. Illmer

als Richter,

Justizangestellte Kleinko

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

In dem Rechtsstreit

Rückerstattungssache

Liston. Lichtenstein Sol

gegen

Deutsches Reich

erschien in dem zur Beweisaufnahme bestimmten Termin:

1. — für — den Kläger — niemand
— Rechtsanwalt

2. — für — den Beklagten — niemand
— Rechtsanwalt

3. folgende — Zeugen — und — Sachverständige —:

Herr Otto Hunsche

Der Zeuge — ~~der Sachverständige~~ — wurde zur Wahrheit ermahnt und auf die Strafbarkeit falscher uneidlicher oder eidlicher Aussagen hingewiesen. Sodann wurde — er — ~~er~~ — wie folgt vernommen

— ~~und der Sachverständige~~ —

1. — Zeuge — ~~Sachverständige~~ —:

Ich heiße Otto Hunsche

bin 51 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt

und wohne in Frankfurt/Main,

- 1 1 Zur Sache: Der Antr. St. ist mir nicht bekannt. Sein
2 Name sagt mir nichts. Ich kann mich jedenfalls
3 nicht an ihn erinnern.
- 2 4 Zu der Frage über die Entziehung und den Umfang der Ent-
5 ziehung von feststellbaren Vermögensgegenständen der in
6 dem Bew. Beschl. v. 3.10.1962 erwähnten Familienstiftungen
7 kann ich nichts sagen. Keine der Stiftungen ist mir nament-
8 lich in Erinnerung.
- 3 9 Ab Ende Nov, 1941 oblag mir im Reichssicherheitshaupt-
10 amt u.a. das Treffen von Feststellungen nach der
11 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Bei dieser Tätigkeit
12 handelte es sich nicht um die Einziehung von jüdischen
13 Vermögenswerten. Auf Grund der 11. Verordnung zum Reichs-
14 bürgergesetz waren die in der Verordnung einzeln erwähnten
15 Vermögenswerte kraft Gesetzes automatisch dem Reich ver-
16 fallen, so daß es insoweit einer Einziehung nicht mehr
17 bedurfte.
- 4 18 Später, wahrscheinlich erst ab Frühjahr 1943, wurde mir
19 auch das Gebiet der Einziehung Volks- und Staatsfeindlichen
20 Vermögens übertragen.
- 5 21 Ich war bisher in den letzten Jahren immer der Meinung ich
22 hätte dieses zuletzt erwähnte Arbeitsgebiet schon etwa
23 gleich ab Beginn meiner Tätigkeit im Reichssicherheits-
24 hauptamt ausgeübt, weiß aber durch das gegen mich geführte
25 Strafverfahren, daß ich dieses zuletzt erwähnte Arbeits-
26 gebiet etwa Ende Frühjahr 1943 zugewiesen erhalten hatte.
- 6 27 Bis zu diesem Termin war meines Wissens das jüdische Vermögen
28 soweit es nicht von der 11. Verordnung zum Reichsbürger-
29 gesetz erfaßt wurde, auf Grund früherer Einziehungsverfügun-
30 gen eingezogen. Ich kann natürlich nicht ausschließen, daß
31 ich nicht etwa eine der in dem Bew. Beschl. genannten
32 Familienstiftungen innerhalb meiner Tätigkeit erfaßt haben
33 könnte. Erinnerunglich ist mir das jedoch nicht. Mir sagt kein
34 einziger Name der erwähnten Stiftungen etwas.

88 lfd.
Zln.

- 7 35 Meine Tätigkeit beschränkte sich im Falle der Einziehung
36 von Vermögenswerten gleich welcher Art allein auf den
37 Ausspruch des Bejahens der Volks- und Staatsfeindlichkeit
38 und den Ausspruch der Einziehung des Vermögens selbst.
39 Damit war meine Tätigkeit in jedem Einzelfalle abge-
40 schlossen.
- 8 41 Die Einziehungsverfügungen, die unter dem Namen und
42 der Verantwortung des Reichsministers des Innern ergingen,
43 gingen dann den jeweiligen Oberfinanzpräsidenten zu. Den
44 Finanzbehörden allein oblag dann die Verwaltung und Ver-
45 wertung der eingezogenen Vermögensteile in eigener Zu-
46 ständigkeit;
- 9 47 irgendwelche Querverbindungen zwischen den Finanzbehörden
48 und mir bzgl. der Verwertung der Vermögensteile bestanden
49 nicht. So daß ich auch demnach in keinem Falle über die
50 Art einer Verwertung eines betreffenden Vermögensteiles
51 auch nur gefragt worden wäre.

ILLMER

KLEINK

KOMMENTAR DES KLÄGERS UND ANTRAGSTELLERS
ZUR VORSTEHENDEN ZEUGNAUSSAGE DES
ZEUGEN UND SACHVERSTÄNDIGEN, HERRN RECHTSANWALT
OTTO HUNSCHKE

London, den 27. November 1962

Ich, Sol Liston-Lichtenstein, schicke einige Tatsachen zur Klar-
stellung voraus:

1. Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 Rgbl. Teil I
S. 1709 bestimmt.

Verordnung zur Durchführung der Verordnung vom 16.I.1939 Rgbl.
Teil I, S. 2017.

2. Verordng. z. Durchfg. d. Verordng. Eins. jüd. Vermögens
v. 18.I.1940 Rgbl. Teil I, S. 188.

Verordng. z. Durchfg. d. Verordng. über d. Eins. jüd. Verm.
vom 27.XII.1940 Rgbl. 1941 Teil I, S. 2.

5. Verordng. z. Durchfg. d. Verordng. über d. Eins. jüd. Verm.
vom 25.IV.1941 Rgbl. I, S. 218.

Erlaß des Reichsministers des Innern z. 11. Verordng. z. Reichsbürgergesetz vom 12.XII.1941 Ministerialbl. S. 219.

Erl. des Reichswirtschaftsministers z. 11. Verordng. z. Reichsbürgergesetz v. 15.XII.1941 Ministerialbl. v. 24.XII.1941

betrifft: Die Auswirkung der Verordng. auf den Einsatz d. jüd. Verm., insb. den Vermögensverfall

6. Verordng. z. Durchfg. der Verordng. über den Eins. d. jüd. Verm. v. 22.VIII.1942, Reichsgesetzbl. Teil I, S. 537

betrifft: Die Zuständigkeit für das Verfahren bei der Genehmigung von Grundstücksverfügungen.

§ 124 Mildtätige Stiftungen

Erl. d. Reichsministers der Justiz über Stiftungen datiert vom 11.VI.1937

Deutsche Justiz S. 957 für mildtätige jüd. Stiftungen wird Steuer- und Gebührenfreiheit nicht mehr gewährt.

Erl. d. Reichem. d. Innern über jüd. und paritätische Stiftungen vom 8.V.1939 (VI c 8152/39 - 7105 allg.).

Behandelt und betrifft: Die Genehmigung zur Errichtung einer ARISCHEN rechtsfähigen Stiftung gem. § 80 ff. BGB.

Die Zugehörigkeit zur jüd. Rasse schließt den Genuß aus den Stiftungsvermögen aus.

Behandlung bestehender Stiftungen

Beseitigung des jüdischen Namens einer Stiftung.

Bei den Stiftungen von Juden, die ausschließlich für die jüd. Bevölkerung bestimmt sind, ist von Fall zu Fall zu prüfen, ob ein Weiterbestehen nach Maßgabe der bisherigen Zweckbestimmung mit den Grundsätzen der Judenpolitik vereinbar ist.

Dies kann regelmäßig bejaht werden bei Stiftungen, die der Förderung der jüdischen Auswanderung oder der Fürsorge für hilfsbedürftige Juden oder der Unterhaltung der jüdischen Wohlfahrt, Krankenhaus und Schul.Einrichtung dienen.

In Fällen, in denen die Vereinbarkeit mit den judenpolitischen Grundsätzen verneint werden muß, ist auf einen der angeführten Zwecke einzuwirken, nötigenfalls ist § 37 Abs. 1 BGB anzuwenden.

In Zweifelsfällen ist meine Weisung einzuholen.

Mit Bezug zu § 87 Abs. 1 BGB kann ein Fortbestehen einer Stiftung nur bei Beseitigung der jüd. Namen derselben und Ausschaltung der jüd. Genußberechtigten erfolgen.

Die Satzungsänderungen sind so vorzunehmen, DASS NUR DEUTSCHE VOLKSGENOSSEN IN DEN GENUSS VERSETZT WERDEN.

Für nicht rechtsfähige Stiftungen soll in gleicher Weise verfahren werden.

2. Stellungnahme zum Sinn der Zeugenaussage

Zu § 2 Zln. 4-8 - weil alle jüd. Stiftungen deutsche Namen erhielten. Das aber mußte der Zeuge und Sachverständige, Volljurist und Rechtsanwalt Herr Otto Hunsche, wissen; denn die Umfrisierung wurde ja durch die Gestapo Amt 4b und Amt IVc 3 vorgenommen. Verbindungsmann zwischen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Amt IVb -Eichmann- war der frühere Reg.Rat im Preußischen Statistischen Landesamt SIMON, der bei der Umfrisierung und Katalogisierung der Namen Assistenzdienste geleistet hatte.

Dafür wurde er auch in der Weise belohnt, daß man ihn nach Beendigung seiner Tätigkeit nach Theresienstadt einlieferte, von wo er spurlos verschwunden ist.

Zu § 3 Zln. 9-17 - weil ja alles jüd. Verm. in der Reichsvereinigung der Juden (welche eine Kammoflage-Organisation der Gestapo war) zusammengefaßt wurde; auch das weiß der Zeuge und Sachverständige Otto Hunsche unleugbar.

Zu § 4 Zln. 18-20 - ganz richtig, Herr Otto Hunsche erschien am 10. Juni 1943 mit seinen nachgeordneten Gestapo-beamten der Dienststelle Eichmann, Abtlg. IVc 3, im Büro der Reichsvereinigung der Juden und beschlagnahmte sämtliche Vermögenswerte der Bezirksst. Berlin, Kantstraße 158. Das Personal und die Geschäftsleitung wurde am gleichen Tage in die KZ-Lager zur Endlösung abgeschoben.

BEWEIS: durch den Kammergerichtsrat a.D. Dr. jur. Hans Ehrich (Georg Fabian), z.Zt. Direktor bei der URO und der Claims-Commission in New York.

BEWEIS: Dokumente beim YAD WASHM in Jerusalem.

" " : durch Unterlagen bei der WIENER LIBRARY in London.

§ 5 Zln. 21-26 - der Sinn in diesem § soll anscheinend darüber hinwegtäuschen, daß der Zeuge und Sachverständige, Herr Otto Hunsche, sich vorher schon, also vom Beginn seiner

Tätigkeit an, mit den ihm unter- oder nachgeordneten Mitarbeitern oder evtl. auch mit dem Verbindungsmann, Reg. Rat Simon, mit der Umfrisierung der jüd. Stiftungsamen, also vom 11.VI.1937 an (s. Deutsche Justiz S. 957 unter Mildtätige Stiftungen) eingehend befaßt hat.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Otto Hunsche das vergessen haben soll; denn nach der Verdeutschung aller jüd. Stiftungen wurden die Kapitalnachweise der Banken etc. aus den jüd. Stiftungsakten von 1931 ab herausgenommen. Die jüd. Stiftungsakten wurden dann durch den ehem. Reg. Rat. Simon dem Preuß. Stat. Landesamt in Dahlem b. Berlin zur Aufbewahrung übergeben. Während der Bombenangriffe in Berlin wurden diese Stiftungsakten (nicht nur die ~~meiner~~ Ahnen) nach Merseburg geschickt, wo sie nach Beendigung des Krieges in den Machtbereich der heutigen sogen. DDR gerieten und gegenwärtig noch im Archiv der sogen. DDR in Potsdam eingelagert sind.

Dies zur weiteren Information des Zeugen und Sachverständigen, Herrn Rechtsanwalt Otto Hunsche.

Zu § 6 Zln. 27-34 - Mit Bezug zur 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, gibt er verschleiert zu, daß er etwa eine der in dem Beweis Beschluß genannten Familienstiftungen innerhalb seiner Tätigkeit erfaßt haben könnte; erinnern aber kann oder will er sich jedoch nicht, wie könnte er auch, da ja alle jüd. Stiftungen deutsche Namen erhalten haben mit Satzungsänderungen unter Bezug zu den judenpolitischen Grundsätzen bei Ausschaltung der jüd. Genußberechtigten zum Vorteil und zum Wohlergehen von nur deutschen Volksgenossen.

Was doch Herr Rechtsanwalt Otto Hunsche für ein kurzes Gedächtnis hat bei seiner hohen Intelligenz.

Zu § 7 Zln. 35-40 - In diesen Zeilen widerspricht er seiner Zeugenaussage, niedergelegt hier in § 4 Zln. 18-20, denn er sagt wörtlich: "Später, wahrscheinlich erst ab Frühjahr 1943, wurde mir (Otto Hunsche) auch das Gebiet der Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens übertragen".

Zu § 8 Zln. 41-46 - Im Jerusalemer Prozeß sagte Eichmann, die Konfiszierungsrolle spielte Dr. Hans Globke, denn die Einziehungsverfügungen ergingen unter dem Namen und der Verantwortung des Sachbearbeiters, Reichsminister des Innern. Die Vermögenswerte wurden überwiesen zum jeweiligen Oberfinanzpräsidenten.

Zu § 9 Zln. 47-51 - Den Finanzbehörden oblag dann die Verwaltung und Verwertung eingezogener Vermögensteile in eigener Zuständigkeit. Zu Querverbindungen zwischen den Finanzbehörden und Herrn Otto Hunsche bezügl. der Verwertung der Vermögensteile wurden keine Unterhandlungen geführt.

Der Zeuge und Sachverständige, Rechtsanwalt Otto Hunsche, will demnach in keinem Falle über die Art der Verwertung und Verwendung in jener Zeit etwas gewußt haben.

Ich, Sol Liston-Lichtenstein, Antragsteller und Kläger, bin der Überzeugung, daß, nach der Beschlagnahme des Vermögens bei der Reichsvereinigung der Juden, die Zweckverwendung der beschlagnahmten Vermögen - also auch der Vermögen aus den Familienstiftungen meiner Ahnen - zur Aufrichtung der Endlösungsmaschinerie verwendet wurden (worüber eine Geheimekte, Akt.Z. ist der 145. WGK (166.58) bekannt, besteht, welche ausweist, daß der Erlös aus den Werten und den Vermögen der Stiftungen an die Böhmischo-Mährische Bank in Prag zur Verfügung des damaligen Obergruppenführers Heiderich übertragen wurde).

DEN REST DER ENDLÖSUNG KENNEN WIR ALLE, AUCH HERR OTTO HUNSCH.

Georg R.A. Israel,
Rechtsanwalt und Notar
Berlin-Charlottenburg 9
Neuenburger Allee 7
Tel.Nr. 92 97 12

Berlin, den 23. Nov. 1962
W 808/W

Herrn
Sol Liston-Lichtenstein
26 B Daleham Gardens
Hampstead-London N.W. 3
England

Sehr geehrter Herr Lichtenstein!

/ In der Rückerstattungssache wegen der Stiftungen erhalten Sie in der Anlage, mit der Bitte um Rückgabe, die Aussagen des Zeugen Hunsche, die er vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main am 9.11.1962 gemacht hat.

Irgend etwas Wesentliches hat sich nicht ergeben.

Anlage

Hochachtungsvoll

ISRAEL

(Notvorstand der Stiftungen)

Rechtsanwalt

ABSCHRIFT VON DER
II. AUSFERTIGUNG

(145 WGA) 84 WGA 927.57 (166.58)

B e s c h l u s s

In der Rückerstattungssache

Liston-Lichtenstein ./.. Deutsches Reich

soll Beweis erhoben werden über die Entziehung und den Umfang der Entziehung von feststellbaren Vermögensgegenständen der folgenden Familienstiftungen:

- 1.) "Heimann Zacharias Veitel Ephraim" verwaltet bei der grossen Jüdischen Gemeinde in Berlin, Kurator: Dr. Fritz Lamm -
- 2.) Heimann Joseph Fränkel Stiftung - letzter Kurator: Walter Lehweiss, Berlin-Tempelhof, Burgherrenstr. 5 -
- 3.) Jakob Plaut'sche Familien-Stiftung - Kurator: Dr. Fritz Lamm -
- 4.) Hofbankier Michael Hirsch Bamberger'sche Familienstiftung von 1772 - Verwalter u. Kurator: Bankier L. M. Bamberger -
- 5.) Samuel Nathan Bernsdorf'sche Familien-Stiftung - verwaltet bei der grossen Jüdischen Gemeinde, Berlin, Kurator: Dr. Fritz Lamm -
- 6.) Paula Bendix Schwersenz Insbrucker'sche Familien-Stiftung - verwaltet bei der grossen Jüdischen Gemeinde, Berlin, Kurator: Dr. Fritz Lamm -
- 7.) Isaak und Minna Alexander geb. Bernsdorf Stiftung - verwaltet bei der grossen Jüdischen Gemeinde, Berlin, Kurator: Dr. Fritz Lamm -
- 8.) Hirsch Philipp Herfurt'sche Familien-Stiftung, Kurator: Bankier L. M. Bamberger, Justizrat Herfurth, Justizrat Leander, Justizrat Lewin -
- 9.) Frau Ester Lippmann - Mayer Wulff Stiftung, geb. Bamberger Kurator: Dr. E. Lehfeld -
- 10.) Bendix-Goldschmidt'sche Familien-Stiftung - Kurator: Justizrat Dr. Ludwig Ury, Justizrat Dr. Schlesinger -
- 11.) Plaut'sche Stiftungen - Kurator: Vors. Kammergerichtsrat Hamburger, Reichsgerichtsrat Cohn, Landgerichtsrat Dr. Rosenthal -
- 12.) Veitel Ephraim'sche Stiftung von 1803 - Kurator: Generalkonsul Landau, Geh. Justizrat Langerhans, Dr. Ralf Lohan -
- 13.) Stiftung des Dr. Sigismund Martin Ephraim - verwaltet bei der grossen Jüdischen Gemeinde, Berlin, Kurator: Dr. Fritz Lamm -

15
2

- 14.) Therese Lessmann'sche Familien-Stiftung - Testament vom 2. Mai 1882, Test. Akten b.d. Stiftungsabteilg. d. Stadt Berlin, Berlin C 2, Schicklerstrasse 5 -
- 15.) David Michael Fränkel'sche Familien-Stiftung, Abtlg. 444, AZ.: 114 Gen. 111.17 Amtsgericht Berlin, Stralauer Str. -
- 16.) Jakob Hirsch Elias Marcuse'sche Familien-Stiftung - verwaltet bei der grossen Jüdischen Gemeinde, Berlin - Kurator: Dr. Fritz Lamm -
- 17.) Elias Hirschel Fränkel'sche Stiftung - Kurator: Grosskaufmann Dr. Berthold Israel -
- 18.) Nauen'sche Familien-Stiftung - Generalkurator: Dr. Fritz Lamm -
- 19.) von Mendelsohn-Bartholdy-Stiftung - Moses Mendelsohn'sche Familien-Stiftung - Generalkurator: Dr. Fritz Lamm -

durch Vernehmung des früheren Regierungsrates im Reichssicherheitshauptamt

Otto Munsche, z.Zt. in Untersuchungshaft
in der Straf- und Untersuchungshaftanstalt
Frankfurt a.M., Hammelgasse.

Die Vernehmung soll im Wege der Rechtshilfe erfolgen.

Berlin, den 3. Oktober 1962

Landgericht Berlin, Wiedergutmachungskammer 145

Flemming

Noack

Ausgefertigt:

gez. Langenau
(Langenau)

Stempel
des
Landgerichts
Berlin

Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäfts-
stelle des Landgerichts Berlin

Poststempel:

Berlin-Charlottenburg 1 - 9.10.62 - Landgericht Berlin

Herrn

Sol Liston-Lichtenstein

26b Daleham Gardens, Hampstead,

London N.W. 3/England.

Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

Berlin W 30.

Am Karlsbad 6

#6
[Stempel]

An den
HERRN OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht
6 Frankfurt (Main)
Postfach 2745

4. Dezember 1962

z. Hdn. Herrn Staatsanwalt Dr. Steinbacher

Az.: 4 Ks 1/62

84/4a Js. 586/56

Mein Zeichen:

LI-LI/Oldbg.

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Dr. Steinbacher!

1. Betrifft: Otto Munsche, z.Zt. in der Straf- und Untersuchungs-
haftanstalt Frkt/M., Hannelsgasse

2. Betrifft: Ihr Schreiben vom 11. Sept. 1962

I. Bezug: Rückerstattungssache (145.WGR) 84 WGA 927.57
beim Landgericht (166.58)
Berlin W 30
Am Karlsbad 6

Lichtenstein ./.. Deutsches Reich

ist Beweis erhoben worden in Frkt/M. am 9.11.62 über die
Entziehung und den Umfang der Entziehung von feststellbaren
Vermögensgegenständen lt. beigelegter Liste in Kopie vom
Beschluss der 145. WGR vom 3. Oktober 1962.

II. Bezug: z. in der Anlage

Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts Frkt/M. vom
9. Nov. 1962, in dem

RECHTSSTREIT: Lichten-Lichtenstein ./.. Deutsches Reich
Zeugenaussage

des Zeugen und Sachverständigen

Herrn OTTO MUNSCH

gemäß § 160 Abs. 2 Nr. 3 ZPO.

III. Bezug: des Vorgenannten, Otto Munsche, Zeugen-und Sachverständigen-
aussage unter Ermahnung des den Vorsitz führenden Amtsrichters
zur Wahrheit mit Bezug zu uneidlicher und eidlicher Zeugenpflicht.

IV. Bezug: Otto Munsche's Aussage lt. Schriftsatz

V. Bezug: Mein, des Klägers (G. L.-L.) Kommentar dazu.

VI. Bezug: Enthaltend: Widerlegung der Aussage, bzw. die Gegenbeweise
dazu.

Unter Hinweis auf den Sinn und die Auslegung der beiden
§§ 153 - und - 154 StGB (1959).

BEANTRAGE ICH (Sol Liston-Lichtenstein)

1. Der Herr Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Frft/M.
möge kraft der vorgenannten, hier in diesem Antrag
niedergelegten Begründung,
2. die Straf-Ermittlung gegen den ehem. Hauptsturmführer
und jetzigen Rechtsanwalt Otto Hunsche in die Wege
leiten.
3. Mir (S.L.-L.) das neue Aktenzeichen des Verfahrens
unter Bestätigung des Eingangs meines Antrags-Schrift-
satzes plus der beigelegten Begründung mitteilen.
4. Mich (S.L.-L.) gegebenenfalls als Nebenkläger zulassen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung,
sehr ergebenst

Sol Liston-Lichtenstein
Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH. BAK.SC.

INVENTOR

26b DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,
LONDON, N.W.3.

TEL :
HAM. 7736

z. I. Akten. am 11-Dez-1962.

Gesch. Z.: NR.: 3 P (K) AR 48/62.

bauu GSTA. Berlin - Arabil - N.W. 21

Fürnstr. 91.

betreff. Otto Hunsche.

3 P (K) AR 48162

V.

Am 15.2.63 od. olega

18. Jan. 1963

h,

Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH.BAK.SC.

INVENTOR

BANKS:

BARCLAYS, STRAND, LONDON, W.C.2.

BARCLAYS, SWISS COTTAGE, N.W.3.

DEUTSCHE BANK:

CENTRALE FRANKFURT A/M.

26b Daleham Gardens,

Hampstead,

London, N. W. 3.

Tel.: Ham. 7730. 29 April - 1963

Fisch. Z.: 3P (K) AR 48/62.

An den Herren

General Staatsanwalt

bei dem Landgericht - Berlin, N.W. 21.
Fünfte St.

In der Sache: Heisselmond 3P (K) JS 222/60

- und -
In der Sache: 3P (K) AR 48/62.

Bitte ich um den Vollstreckungsbescheid
zu der Zeit vom 6. bis 19 Mai 1963
hier in der west-Berlin - am. Familien-
magazinverlag.

Folgende hier dienliche

Kennzahl 35 01 H, anrufen

und eine genaue Auskunft zu

erhalten, Ihre Diensthalle dankbar

sein, bitten. Unter TEL. 915964 (TAG) bindig zu erreichen.

In der Anlage:
zwei Memo's

Gutachter: Sol
Liston-Lichtenstein.

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

Sol Liston-Lichtenstein

M.TECH. BAK.SC.

INVENTOR

268 DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,
LONDON, N.W.3.

8	2	Anlagen
	1	Abschriften
	1	Post M.

TEL :
HAM. 7736

Copy, Memorandum
29 April 1963

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Berlin N W 21
Turmstraße 91



2. Mai 1963

2. Aufl. fr.
London, den 4. November 1962

Gesch.Nr. 3 P (K) AR 48/62

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Betrifft: Verfügung vom 26.Okt. 1962

In Sachen: Otto Hunsche

bitte ich sehr ergebenst, mir über den Sachstand der Akte Information zugehen zu lassen. // Gleichzeitig mit der Bitte um zwei Durchschläge des zu erwartenden Antwortschreibens von Ihrer Dienststelle, und zwar je eine Durchschrift zur 145. WGK (166.58)-und -

für den Notvorstand der Stiftungen, Herrn Rechtsanwalt und Notar Georg R.A. Israel, Berlin-Charlottenburg 9, Neidenburger Allee 7.

Sehr ergebenst
SOL LISTON-LICHTENSTEIN

Soliston-Lichtenstein
M.TECH. BAK.SG.
INVENTOR

26b DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,
LONDON, N.W.3.

TEL :
HAM. 7736

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
beim Landgericht Berlin-Moabit

B e r l i n
Turmstraße

Copy Memorandum
29 April 63

28. Oktober 1962

Az.: 3F (K) Js 222/60

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Betrifft: Vernehmung des früheren Regierungsrats
im Reichssicherheits-Hauptamt , Otto Hunsche
(Amt IV B⁴ Eichmann)

In Sachen: Geißelmord an Dr. jur. Fritz Lamm etc.

Hinweis: auf mein Schreiben (bzw. Antrag) vom
26. September 1962

In dieser Sache, Herr Generalstaatsanwalt, erbitte
ich Ihre Stellungnahme und Aufklärung über den Sach-
stand der Akte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

DA

W

An den

General

General-Staatsanwalt
bei dem Landgericht
Post. Z.: 3P (K) A R. 48/62.

26B DALEHAM GARDENS,
HAMPSTEAD,
LONDON, N.W.3.

West-Preußen N.O. 21.
Fünfkrautz 91.

West-Germany.

SOL LISTON-LICHTENSTEIN

3 P (K) AR 48/62

22
[redacted]

Pol. No. 10 - L. 1/10

How L. 1/10 - 10 - 1/10

14. Mai 1963

13
10

V.

1) Vermerk:

Die Akten sind versehentlich erst mit dem Eingang Bl. 18 - 20 d.A. am 2.5.63 wieder vorgelegt worden. Nachdem am 6. und 9. Mai 1963 vergeblich versucht worden war, den Anzeigenden unter der auf Bl. 18 angegebenen Nr. telefonisch zu erreichen, erschien dieser heute hier zu dem angekündigten Besuch.

Herr Liston-Lichtenstein teilte mit, dass er am 4. Dezember 1962 auch bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main Strafanzeige gegen H u n s c h e erstattet habe, und zwar ebenfalls wegen des Verdachts der Teilnahme an der Tötung des damaligen Wohlfahrtsdezernenten der jüdischen Gemeinde Berlin, Dr. Fritz L a m m. Das Verfahren sei in Frankfurt unter dem Az. 4 Js 1338/62 geführt worden.

Herrn Liston-Lichtenstein wurde bekanntgegeben, dass das hiesige Verfahren 3 P (K) Js 222/60 eingestellt ist. Es wurde ferner erörtert, dass eine Abgabe des Verfahrens nach Frankfurt/Main mit Rücksicht auf die dort schon ~~an~~ gegen H u n s c h e anhängigen Verfahren zweckmässig erscheint. Herr Liston-Lichtenstein bat um schriftliche Bestätigung der Abgabe an seine Anschrift in London.

2) wt. Vfg. bes.

14. Mai 1963

h.

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht**

Gesch.-Nr.: 3 P (K) AR 48/62

Bitte bei allen Schreiben angeben

1 Berlin 21, den 24. Mai 1963
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11, App.:
(Im Innenbetrieb: 933)
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30—13.00 Uhr

An den Leitenden
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

6 Frankfurt/Main
Postfach 2745



- 1. H. A. L. v. ...
 - 2. Als mein Is. ...
 - 3. ...
 - 4. H. A. U. ...
- Rg 30.5.63

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Otto H u n s c h e
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortige Vorgänge 4 Js 1338/62

Anlage: 1 Heft Akten

In Kartei eingetragen
Kartei Eintragungsf
auf vorhanden
- 4. Juni 1963

Als Anlage übersende ich meine Akten mit der Bitte um
Übernahme des Verfahrens zu dem dort bereits gegen Hunsche
anhängigen Verfahren 4 Js 1338/62, das nach Mitteilung des
Anzeigenden denselben Gegenstand wie mein Verfahren be-
treffen soll.

Auch mit Rücksicht auf die weiteren dort gegen Hunsche
anhängigen Verfahren dürfte eine Bearbeitung in dortiger
Zuständigkeit zweckmäßig sein.

Das hier anhängig gewesene Verfahren 3 P (K) Js 222/60
ist eingestellt. Die Akten stehen auf Wunsch zur Einsicht-
nahme zur Verfügung.

Für Übernahmenachricht wäre ich dankbar.

Abgabenachricht habe ich erteilt.

Im Auftrage
Neumann
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt
Leideck
Justizangestellte

Le

1.1. Juni Klü. g. a. k. 4 F 1338/62.
b. h. n. o. l. e. b. i. f. i. g. e. n.

Lepid. St. James Lepid. results

Berlin 21, März 1891, zur Freigabe.
an Herrn

Zur Erl. am 6. 6. 63 *Be.*

Kat. eth. am

u. Übertr. am

Gef. ≈ 2.0

Feb am 27. 76. 73.

3. / 30. 6. 63

4/5.63

20/6

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht**

Gesch.-Nr.: 3 P (K) Js 222.60

Bitte bei allen Schreiben angeben

An die

Staatsanwaltschaft

6 i n F r a n k f u r t / M a i n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen E i c h m a n n u.A.
wegen Verdachts des Mordes

Bezug: Dortige Aktenanforderung vom 6.Juni 1963 - 4 Js 616.63

Die Akten sind zur Zeit hier nicht entbehrlich. Sie können
daher nicht übersandt werden. *11.24.63*

Im Auftrage:

Voigt
(Voigt)

Erster Staatsanwalt

1 Berlin 21, den

21. Juni 1963

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App.:

(Im Innenbetrieb: 933)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30—13.00 Uhr



25
[Redacted]

10. Juli 1963

xxxxxx 2. Stock
xxxxx 2867618 *De 60.7.*

4 Js 1338/62

26

Wu. 30.7.63

[49] R

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Otto H u n s c h e
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortige Aktenzeichen:

- a) 3 P (K) AR 48/62
- b) 3 P (K) Js 222.60

Anlage: 1 Durchschrift

Den dortigen Vorgang 3 P (K) AR 48/62 habe ich mit Verfügung vom 30. 5. 1963 übernommen. Ich habe anschließend von dem Anerbieten Gebrauch gemacht, die Akten 3 P (K) Js 222.60 zur Verfügung zu stellen. Die Bitte um Aktenübersendung ist mit Schreiben vom 21. 6. 1963 - 3 P (K) Js 222.60 - abgelehnt worden, weil die Akten nicht entbehrlich seien.

Ich beabsichtige, den Beschuldigten H u n s c h e , gegen den in a. S. bereits das Hauptverfahren wegen Mordes eröffnet ist, vernehmen zu lassen. Aus diesem Grunde bitte ich, erneut zu prüfen, ob der Vorgang 3 P (K) Js 222.60 nicht kurzfristig zur Einsichtnahme überlassen werden kann.
Verbindlichen Dank.

Im Auftrag:

Re
(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Gesch.-Nr.: 3 P (K) Js 222/60

Bitte bei allen Schreiben angeben

27
1 Berlin 21, den 15. Juli 1963

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App.: 663.....

(Im Innenbetrieb: 933)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30—13.00 Uhr

An den
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

6 F r a n k f u r t / M a i n
Klingerstraße 23



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Otto H u n s c h e
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 10. Juli 1963
- 4 Js 1338/62 -

Anlage: 1 Heft Akten 3 P (K) Js 222/60

Als Anlage übersende ich wunschgemäß die Akten, die in der
Zwischenzeit anderweitig versandt waren. Sie werden hier
z.Zt. nicht benötigt und stehen Ihnen daher auch für längere
Zeit zur Verfügung.

Im Auftrage
Bilstein
Staatsanwältin

Beglaubigt
Welfmann
Justizangestellte

Vfg.1.) Vermerk:

a) Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin 21

3 P (K) Js 222/60 ./.. Eichmann u. A. wegen Mordes werden Beiakten zu 4 Js 1338/62.

b) Die richterliche Vernehmung des Beschuldigten Otto H u n s c h e , z. Zt. in U-Haft in anderer Sache, wird zurückgestellt.

2.) Urschriftlich mit Akten und einer Beiakte (gegen Rückgabe)

dem
Landeskriminalamt
Nordrhein-Westfalen
- Dezernat 15 -

Landeskriminalamt
Nordrhein-Westfalen
Dezernat 15

Eingang:

1.8.63

4 D ü s s e l d o r f
Jürgensplatz 5 - 7
(Postfach)

Tgb.Nr.

5179/63

Sachbearbeiter

H. Wöhrn

mit der Bitte, zunächst vertrauliche Ermittlungen nach dem früheren SS(SD)-Hauptsturmführer und Regierungsamt-
mann in Eichmanns Judenabteilung im Reichssicherheits-
hauptamt, Fritz W ö h r n , zu führen. Hinweise ergeben
sich aus den SS-Akten der Dokumentenzentrale und dem Be-
richt der Kriminalpolizei Berlin vom 28. 11. 1960 (Bl. 14 ff,
Bl. 37/37R d. BA.). Wöhrn ist aus der Gestapo Düsseldorf
hervorgegangen (Bl. 24 d. BA.). Sollte sich eine Befragung
von Angehörigen der Familie Wöhrn als notwendig erweisen,
so bitte ich, auf den gegen Wöhrn bestehenden Tatverdacht
nicht einzugehen.

3.) 30. 9. 1963.

Frankfurt (Main), den 5. August 1963
Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht

Im Auftrag:

H. Steinbacher
(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

LANDESKRIMINALAMT
NORDRHEIN-WESTFALEN
- Dezernat 15 -

Az.: Tgb.-Nr. 5179/63-Fo-

29
4 DÜSSELDORF 1, 21.8.1963
JÜRGENSPLATZ 5-7
FERNRUF S.-NR. 8 48 41
NEBENSTELLE
POSTFACH 5009



An den

Herrn Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

623 F r a n k f u r t / M a i n

Betr.: Erm.-Verfahren gegen Otto Hunsche
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Bezug: Verfügung vom 5.8.1963, Bl. 52 d. Akte
- Aufenthaltsermittlung Fritz Wöhrn -

Anlg.: Akte 4 Js 1338 und eine Beiakte.

Zu der im Bezug angeführten Verfügung teile
ich mit, daß der Fritz W ö h r n in
Düsseldorf, Golzheimer Str. 4, amtlich
gemeldet und wohnhaft ist. Seine Telefon-
nummer lautet: Düsseldorf 431071. W. ist als
Vertreter tätig.

Im Auftrage:

Hofmann
(Hofmann)

Vfg.

1.) Vernerker:

Herrn AL V um 10.30 Uhr vorgetragen und um Entscheidung GStA gebeten. Entscheidung wird innerhalb 2 - 3 Tagen herbeigeführt werden.

2.) Weitere Vfg. bes.

Frankfurt (M), den 27. August 1963
Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht

Im Auftrag:

H. Steinbacher
(Dr. Steinbacher)

Staatsanwalt

Stelle der
Landesjustizw.
Ludwigsbürg (EStA
Dr. Arzt) ist fern-
mündlich verständigt
w. gebeten worden,
Zunächst zu verhindern,
dass ^{W.} von anderer Seite
befragt wird. Zugewagt.
Dr 27.8.63

Vfg.

- 1.) 3 P (K) Js 222/60 wird übernommen, mit 4 Js 61⁴/63 verbunden und die Ermittlungen wegen der Erschiessung von Funktionären der jüdischen Gemeinde Berlin durch Angehörige des Reichssicherheitshauptamts (Tatzeit: 2.12.1942) wieder aufgenommen.

Die Ermittlungen gegen den Regierungsrat und fr.SS-Hauptsturmführer(Uniformträger) Otto H u n s c h e gelten als Teil des gegen Hunsche in Frankfurt am Main betriebenen Verfahrens wegen Mordes pp. ("Endlösung der Judenfrage" in Ungarn usw.)

Die Ermittlungen gegen den fr. Regierungsamtmann im RSHH, und SS.Hauptsturmführer Fritz W ö h r n betreffen - wie bei Hunsche - den Verdacht der Teilnahme an der Erschiessung der jüdischen Funktionäre. Im Gegensatz zu der Auffassung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin ist davon auszugehen, daß strafrechtlich Beihilfe zum Mord und nicht der Verdacht der schweren Freiheitsberaubung mit Todesfolge besteht.

Die Strafverfolgung ist demnach nicht verjährt.

- ✓ 2.) 3 P (K) Js 222/60 in Hülle dieser Verfg. nachheften.
✓ 3.) Akte und Handakte anlegen.
4.) WVv - sofort. -

Ffm., den 13. September 1963

Der Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

I. A.

(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

Absender:
Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
1 Berlin 21
Turmstraße 91

Zu Vg. Bl. 30
Z. H. 2

3P(K)Js 222/60

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

Leichter Blätter

Berlin, den

19

Justiz — ober — inspektor

stenmarken oder darauf bezügliche Vermerke Bl.

Vorschüsse (einschließlich der in Kostenmarken) Bl.

Kostenrechnungen Bl. 9

ht: gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Bl. 10

10. NOV. 1953 19

[Signature] Justiz — ober — inspektor

Beizakten und Beistücke:

Generalstaatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht – Berlin
Eing. am: 29. MRZ. 1953
Hauptausschuss
Mit. Ant. Bloits. Bd. Akten

Montevideo, 17. März
Raffs 862 (Ledria)

Eintrag: 29. MRZ. 1953
Aus der Hand unterschrieben bei dem kaiserlichen
Gericht

Bezeichnet: Neuordnung von 8 Familien
am 2. Sept. 1942

Am dem oben genannten Tage wurden in Bahr's 8 Lagen
in dieser Gegend etwas Quarz aufgefunden, nämlich

- 1) Dr. Fritz/Launert 2) Dr. Julius-Klemerthal 3) Dr. Goldschmidt
4) Dr. Mendelssohn 5) Dr. Selbinger 6) Moser 7) Josephin
8) Walff.

Die Offiziere waren als Beisitzer erschienen, als
frühere Angehörige der jüdischen Gemeinde zu
einer Organisation gehörig anders fallen, als
unregelmäßig. Der Offizier ist nicht mehr
kommandiert. Herr Bruno Blech, welcher darüber in der
Wochenschrift „Der Aufbau“ New York Broadway 2700,
1948 einen Artikel veröffentlicht hat, erwähnt als
Beizeichen des Reichsbundes Hauptmann: Eichen-
blätter und Libellen. Das demselben Leiter des
Instituts im Bureauhaus Borse: Prüfer. Waffenstein
Herrn Herrn Blech, welchen aus dieser Gasse. Er ist mit
der jüdischen Wochenschrift „Der Aufbau“ in Verbindung.

2. J. p. l. l. Wegens des overvloedigen Noorde Hoofden
zegen Vindtland.

Alle in dieser Halle wohnen die Frau, so Billa
diese Einzeln an den wohnen die Halle wohnen zu sein

Rockschlingewoll

Dr. Rosenberg. July 1891

ס. 1 ~~PA~~ 644, 53

RR 276.53 (B)

PJs. 644/53.

H. Ripping
10/4.53



2

1.) H. m. h.

Herrn Polizeipräsidenten, -Abt. V -
mit dem Ersuchen um Aufklärung. Es ist anzunehmen, daß bei den hiesigen Trübsinnigen
Gemeinden (Jochumschleichen, 13) über den Vorfall etwas bekannt ist. Dort wird
auch der in der Aussage erwähnte Drittschrift „Aufbau“ zu befragen sein.

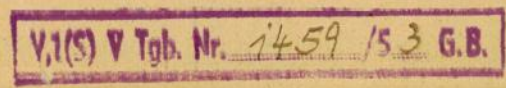
2.) 10.5.53.

Berlin NW 40, den 2. April 1953
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht Berlin
I. A.

RT.
Herrn. Erwin Kersch
der Gericht. bis 15.5.53

T.
#9
#7
#8
#4

Krumm.



Die werden auf Anordnung des Generalstaatsanwalts zur Hauptverhandlung

zum 193. , Uhr

v o r d a s C h u r g e r i c h t i n B e r l i n - M o a b i t , L u r n f r a ß e 91, P o r t a l 4,

— S t o t w e r t — E r d g e l d o ß — C a a l — M r .

g e l a d e n .

D e r B e s c h l u ß ü b e r d i e E r ö f f n u n g d e s H a u p t v e r f a h r e n s l i e g t a n .

C o l l e n S i e s i c h z u r Z e i t d e s T e r m i n s a u f f r e i e m F u ß b e f i n d e n , s o m ü ß t e , w e n n S i e o h n e E n t f c h u d i g u n g a u s b l e i b e n , S h r e V e r h a f t u n g o d e r V o r f ü h r u n g e r f o l g e n .

Z u g l e i c h w e r d e n S i e e r f u c h t z u e r l ä r e n , o b u n d w e l c h e A n t r ä g e S i e i n b e z u g a u f S h r e V e r t e i d i g u n g f ü r d i e H a u p t v e r h a n d l u n g z u s t e l l e n h a b e n .

— Z u d e r V e r h a n d l u n g w e r d e n a u ß e r d e n i n d e r A n t l a g e l e c h t t r i f f b e n a n n e n — Z e u g e n — u n d S a c h v e r f ä n d i g e n — g e l a d e n —

V/1 (S) V

Berlin, den 22.4.1953

3

V e r m e r k
- - - - -

Eine Rücksprache mit der Jüdischen Gemeinde, Berlin-Charlottenburg, Joachimsthaler Str. 13, Herrn G a l i n s k i , ergab, daß über die Vorfälle am 2.12.1942 folgende Personen evtl. nähere Auskunft geben können:

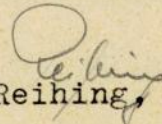
Herr K l e e m a n n , zu erreichen im Kinderkrankenhaus, Reinickendorfer Straße. Kleemann war zur damaligen Zeit Personalchef der Jüdischen Gemeinde,

Herr D r e s d n e r , zu erreichen im Krankenhaus Iranische Str. 2,
Herr B a e r , Berlin SO 36, Lausitzer Platz 12,

Herr Dr. E h r l i c h , Berlin-Friedenau, Wilhelmshöher Str. 16.

Außerdem müßte Dr. Hans Erich F a b i a n , in New York wohnhaft, über die Vorkommnisse näher Bescheid wissen.

Ein Exemplar der Wochenzeitschrift "Der Aufbau" war von der Jüdischen Gemeinde nicht zu bekommen.


Reihing, K.S.

Berlin, den 15.5.1953

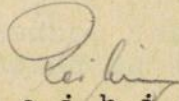
V e r m e r k

- - - - -

Mit Herrn Kurt D r e s d n e r , Berlin-Charlottenburg, Mommsenstr.22, wurde im Jüdischen Krankenhaus, Iranischestr. 2, Rücksprache genommen. Er erklärte, daß er sich an die damaligen Vorgänge erinnern könne, es jedoch ratsam erscheine, Herrn K l e e m a n n , darüber zu befragen, der besser Bescheid wüßte, da er die Dinge aus eigenem Erleben kenne. Nach seiner Kenntnis seien die Verantwortlichen für die damalige Erschießung der Juden wie folgt verblieben:

E i c h m a n n soll sich angeblich in Ägypten aufhalten, während G ü n t h e r und W ö r n gefallen sein sollen. Von P r ü f e r ist bekannt, daß er sich erschossen haben soll.

Zwecks Erlangung eines Exemplars der Zeitschrift "Der Aufbau" wurde mit der Pressestelle des Herrn Polizeipräsidenten Rücksprache genommen, die sich dieserhalb mit der dortigen Redaktion in Verbindung setzen will.


R e i h i n g , K.S.

Montevideo, 17. März 1953
Raffo 862 (Lecheria)

4)

An die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht

Berlin

Betrifft: Ermordung von 8 Juden
am 2. Dezbr. 1942.

An dem oben genannten Tage wurden in Berlin 8 Herren
jüdischen Glaubens kurzer Hand erschossen, nämlich

- | | |
|--------------------|---------------------------|
| 1. Dr. Erich Lamm, | 2) Dr. Julius Blumenthal, |
| 3. Dr. Goldstein, | 4) Dr. Mendelsohn, |
| 5. Dr. Selbinger, | 6) Looser, |
| 7. Josefki und | 8) Wolff. |

Die Erschossenen waren als Geisel festgenommen, als verschiedene Angestellte der jüdischen Gemeinde und anderer jüdischer Organisationen deportiert werden sollten, aber an dem angegebenen Tage nicht erschienen und nicht mehr gefunden werden konnten. Herr Bruno Blau, welcher darüber in der Wochenschrift "Der Aufbau", New York, Broadway 2700, vom 19.12.52 einen Artikel veröffentlicht hat, vermutet als Täter das Ireigestirn des Reichssicherheits-Hauptamts: Hr. Eichmann, Guenther und Woern oder den damaligen Leiter des Judenreferats im Bureauhaus Borse : Prüfer. Wahrscheinlich kann Herr Blau weitere Auskunft geben. Er ist mittels der genannten Wochenschrift "Der Aufbau" zu erreichen.

Ich stelle wegen der vorerwähnten Morde Strafantrag gegen Unbekannt.

Sollte die dortige Stelle nicht zuständig sein, so bitte ich, diese Eingabe an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll

gez. Dr. Rosenberg, Justizsch.

Abteilung V
V/1 (S) V
Tgb.Nr. 1459/53 GB.

Berlin, den 22.4.1953

Vfg.

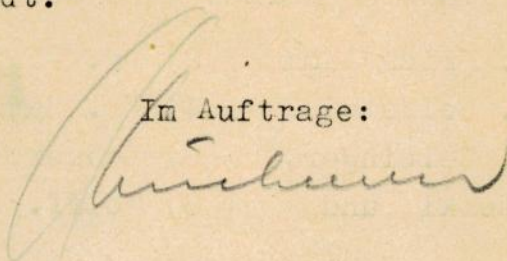
Der Polizeipräsident in Berlin
Pressestelle
Eingeg. 22 APR 1953
Tgb.-Nr. 128/53
Anlagen: 4 B. L. H.

U.g.R.

der
Präsidialabteilung
-Pressestelle-
z.Hd. des Herrn Polizeiamtsrats T h i e l

gemäß Rücksprache vom 21.4.53 mit der Bitte um Beschaffung
der Wochenschrift "Der Aufbau" vom 19.12.1952 und evtl. Er-
langung von näheren Auskünften durch den Artikelschreiber
Bruno B l a u übersandt.

Im Auftrage:



Rg/Dw.

Pressestelle
Präs.Abt.Tgb.Nr.Pr. 128/53 G.B.

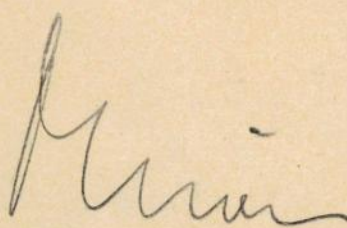
Berlin, den 27, Mai 1953
int.: 497

U. mit 1 Anlage

an V/1 (S) V

mit dem gewünschten Artikel sowie nachstehender Anschrift des
Artikelschreibers zurück.

Anschrift: Dr. Bruno B l a u
41-29 41st Street
Sunnyside N.Y./USA



RD 428
5

4.5.53

Absender

5

An

Inhalt:
=====

1 Exemplar der Zeitschrift
"Aufbau"



Wissen Sie schon...

... dass einflussreiche Kreise am Hof von Irak den Plan einer künftigen Vereinigung von Irak und Jordanien erörtern, in der Hoffnung früher oder später einen Zugang zum Mittelmeer zu erhalten? Bisher sind die Pläne immer am Widerstand Ibn Sauds von Arabien gescheitert, der sich gegen die Bildung eines grossen Staates in seiner Nachbarschaft wehrt.

... dass der Schmuggel nach Westdeutschland immer noch in grosser Blüte ist, mehr als drei Millionen Menschen sich als Schmuggler betätigen (darunter auch ganze Kinderbanden) und dass wohl mehr als 700 Millionen Mark durch den Schmuggel den Zoll- und Steuerkassen verloren gehen? Am Meisten werden Zigaretten, Kaffee und Tee geschmuggelt.

... dass im Prager Prozess Frankreich auffälliger Weise mit Angriffen verschont wurde? Man glaubt, Stalin wünsche entsprechend seinen Unterredungen mit dem Botschafter Joxe zur Zeit keine Verstimmungen in Frankreich.

... dass sich jugoslawische Kommunisten stark um gute Beziehungen zu westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien, besonders zur SPD, bemühen und anscheinend die Aufnahme in die Sozialistische Internationale erstreben?

... dass man in amerikanischen katholischen Kreisen über die Zusammensetzung des Kardinalkollegiums nach den jüngsten Neuernennungen enttäuscht ist, weil man mit der Ernennung von vier nordamerikanischen Kardinälen gerechnet hatte? Die Italiener haben immer noch 27 Kardinalsitze inne und nur einen Sitz eingebüsst, die Spanier und Portugiesen verfügen über 17 Kardinäle und die Südamerikaner über neun, so dass der lateinische Block wie immer über die Mehrheit im Kollegium verfügt. Bekanntlich herrschte in manchen Kreisen die Ansicht, der nächste Papst würde ein Nordamerikaner sein.

... dass zahlreiche leitende Neo-Nazis in Deutschland auf indirektem Weg von Moskau finanziert werden?

... dass Otto Strasser im Januar einen Deutschlandbesuch plant? Nach Korrespondentenberichten habe er "alle Schwierigkeiten überwunden und werde jetzt die Kampffront der nationalen Opposition mit einer Dynamik aufbauen, dass Bonn Hören und Sehen vergehen werde."

New Yorkerin raucht immer Luckies!



Ilse Sinclair, die in Manhattan, New York City, wohnt, raucht immer Lucky, weil sie herausgefunden hat, dass Luckies besser schmecken. Wenn Sie Zigaretten kaufen, bedenken Sie: Luckies werden mit mehr Sorgfalt hergestellt — damit sie besser schmecken. So Be Happy — Go Lucky!

LUCKIES SCHMECKEN BESSER!

ZU KAUFEN GESUCHT ANTIQUITÄTEN
Zinn-, Messing- und Kupfergegenstände, Fayencen, Porzellan, Silber, Möbel, etc.
JÜDISCHE KULTURGERÄTE
HARRY HIRSCH
213 EAST 55th STREET
(näh. 3rd Ave.) Tel.: PLaza 5-3042

Notizen aus ISRAEL

Die langwierige Kabinettskrise und Umbildung der Regierung hat endlich ihre Lösung gefunden, und zwar mit dem Eintritt der Allgemeinen Zionisten, einer bürgerlichen, für die freie kapitalistische Wirtschaftsform eintretende Partei, in die Koalition. Das Abkommen der Allgemeinen Zionisten mit Ben-Gurion über ihre Regierungsbeteiligung wurde durch den Zentralkomitee der Mapei-Partei (gemässigte Sozialisten) genehmigt. Die Exekutive der Allgemeinen Zionisten dürfte ebenfalls ihre Einwilligung in kürzester Zeit erteilen. Nach dem Abkommen sind der Mapei neun Kabinettsitze vorbehalten, während die Allgemeinen Zionisten die Ministerien für Handel und Industrie, Inneres, Verkehr und Gesundheitswesen übernehmen sollen. Vier weitere Ministerien bleiben den Restparteien der Koalition reserviert. Der Eintritt der Allgemeinen Zionisten bedingt für die Regierung Israels einen entschiedenen Ruck nach rechts, weg von sozialistischer Planwirtschaft und Kollektivismus. Mapei und Allgemeine Zionisten werden zusammen in der Knesset eine Mehrheit von 73 Stimmen (von insgesamt 120 Sitzen) haben; sollten auch die Progressiven und Hapoel Mizrahi in die Koalition eintreten — sie sind dazu eingeladen worden — würde die Regierungsmehrheit sich um 12 Stimmen vergrössern.

Israels Regierung hat mit aller Entschiedenheit eine Note der tschechoslowakischen Regierung zurückgewiesen, in der die Abberufung des israelischen Gesandten in Prag, Dr. Aryeh Kubovi, gefordert wurde. Die Prager Regierung hatte Kubovi beschuldigt, er habe sich "in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei eingemischt", und ihn zur "persona non grata" erklärt. Die

israelische Antwort an Prag erklärt die Behauptungen der tschechischen Regierung für völlig unbegründet und stellt fest, dass Prag sich früher nie über Kubovi oder seinen Vorgänger Eliashev beschwert hätte. Die Gesandtschaft in Prag hätte lediglich Schritte ergriffen, um in Übereinstimmung mit internationalem Brauch die Interessen eingekerkelter israelischer Bürger wahrzunehmen, aber sie habe nie versucht, die Landesgesetze zu umgehen. Ebenso weist die israelische Note die Prager Vorwürfe, Kubovi hätte sich mit angeblichen Spionen eingelassen, kategorisch zurück.

Elihu Sasson, Israels gegenwärtiger Gesandter in der Türkei, ist zum Gesandten in Italien ernannt worden. Seine Versetzung von Ankara nach Rom wurde erforderlich infolge der Erkrankung des bisherigen Gesandten Moshe Yishai. Sasson ist in Bagdad geboren und lebte viele Jahre in Damaskus. Er ist einer der besten Kenner des Mittelostens und war lange Jahre das Haupt der arabischen Sektion der Jewish Agency. Nach der Staatsgründung übernahm Sasson die Leitung des Departements Vorderosten im Aussenministerium.

Die Regierung plant nach Angabe des Finanzministers Levi Eshkol, alle Immigrant-Arbeitslager (Ma'abarot) innerhalb von zwei Jahren zu schliessen. Der Minister erklärte, dass mindestens ein Drittel der jetzigen Insassen der Lager in landwirtschaftliche Siedlungen überführt werden könnten. Man habe vor, in den nächsten Jahren 30,000 neue Kleinfarmen mit einem Kostenaufwand von 250,000,000 Israel-Pfund zu errichten.

Der Geismord vom 2. Dezember 1942

Nachdem wir am 30. Mai dieses Jahres die Erinnerung an eines der ungeheuerlichsten Nazi-verbrechen wachgerufen haben — wir gedachten damals der Ermordung von 250 unserer Brüder —, jährte sich am 2. Dezember wiederum zum zehnten Mal der Tag, an dem ein anderes Kapitalverbrechen verübt wurde, das in Planung und Ausführung nicht minder grausig war als das vom 27. Mai 1942, wenn auch die Zahl der Opfer kleiner war; denn es handelte sich diesmal um die kaltblütige Ermordung von "nur" acht jüdischen Männern in Berlin, denen nichts anderes vorgeworfen werden konnte, als dass sie in die Leitung der Gemeinde beziehungsweise der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" berufen worden waren und sich zum Wohle der Gemeinschaft ihrer weder leichten noch angenehmen Aufgabe mit ganzer Kraft und vorbildlicher Pflichttreue hingaben.

Am 20. Oktober 1942 begann im Zuge der Deportation die sogenannte "Gemeindeaktion" in Berlin; das Reichssicherheits-Hauptamt rief sämtliche Beamten und

Angestellten der jüdischen Gemeinde, der Reichsvereinigung und deren Institutionen zusammen und bestimmte einen erheblichen Teil von ihnen zur Deportation. Diese sollten sich nach einigen Tagen zum Abtransport einfinden. Als der Tag gekommen war, ergab sich, dass die Zahl der Opfer nicht vollständig war. Der Direktor des jüdischen Krankenhauses Dr. Schoenfeld hatte gemeinsam mit seiner Gattin den Freitod der Deportation vorgezogen. Aber auch einige andere waren nicht erschienen und konnten weder in ihren Wohnungen noch sonstwo gefunden werden; sie waren geflüchtet.

Ihr Verschwinden hatte zur Folge, dass vier Beamte der jüdischen Gemeinde und vier leitende Personen der Reichsvereinigung, im ganzen also acht Menschen, als

DORIS BAGS

Das Spezial-Geschäft für HANDTASCHEN

GROSSE KALBSLEDER-TASCHEN ab \$4.87
ANTELOPE-TASCHEN ab \$5.98
GROSSE ALLIGATOR-Taschen, Wildleder gefüttert \$10.
GROSSE AUSWAHL in Markenware wie: Coblentz - Josef - Bienen - Davis Bags
2484 Broadway
(zw. 92. u. 93. Str.) N.Y.C.



SIE SIND AMERIKANISIERT
Das bedeutet aber nicht, dass Sie den "Aufbau" nicht mehr zu lesen brauchen. Der "Aufbau" bringt JEDEM etwas.

Geiseln festgesetzt wurden. Das war eine unerhörte durch nichts begründete und nichts entschuldigende Repressalie, die an unschuldigen wehrlosen Menschen verübt wurde. Die Verhafteten wurden nun aber nicht etwa an Stelle der Verschwundenen deportiert, sondern mussten als Opfer ihres Amtes ihr Leben hingeben; sie wurden am 2. Dezember 1942 kurzer Hand erschossen.

Es waren von der Gemeinde der langjährige Leiter des Wohlfahrtsamtes Dr. Fritz Lamm, der sich unzähligen Hilfsbedürftigen als wahrer Freund und Helfer erwiesen hatte, weiter der Sohn des Gemeinderabbiners Dr. Blumenthal Dr. Julius Blumenthal, der bis zu seiner Verhaftung regelmässig die gegen die Juden erlassenen Verordnungen im "Jüdischen Nachrichtenblatt" erläuterte und dem Verständnis der Gemeinde-Mitglieder nahegebracht hatte, schliesslich zwei andere Juristen, Dr. Goldstein und Dr. Mendelsohn, und von der Leitung der Reichsvereinigung Dr. Selbinger, Looser, Joseph und Wolff.

Auch dies Verbrechen ist nicht gestraft; die dafür Verantwortlichen — sei es das Dreigestirn des Reichssicherheits-Hauptamts Eichmann, Guenther und Woern oder der damalige Leiter des Judenreferats im Bureauhaus Börse in der Burgstrasse Prüfer — haben es bis heute verstanden, sich der Bestrafung für diese Schandtate zu entziehen.

Bruno Blau.

Wer den "Aufbau" liest, lebt mit der Zeit.

Die berühmte englische Dichterin Edith Sitwell wird ihren Roman "Fanfare for Elizabeth", die Lebensgeschichte der Anne Boleyn, Mutter Königin Elizabeths I., zusammen mit Walter Reisch für den Film bearbeiten. Columbia Pictures haben soeben Edith Sitwell verpflichtet, das Drehbuch zu schreiben.

Für kalte Tage

der warmgefütterte Schuh von "DESCO" mit Foam Rubber Innersole und Arch Support

\$10.95



ST. MORITZ BOOTIE

Aus Elkleider mit Crepesohle. Das Beste, Ihre Füsse gegen Kälte und Nässe zu schützen.

Farben: Schwarz, braun, grün, rot. Grössen: 4-10; Weiten: M. & W. Prompter C.O.D. Postversand.

Populäre Preise Dienst am Kunden seit drei Generationen

H.S. SCHREIBER
DER SCHUHSPEZIALIST
Gegründet 1880

3885 Broadway, N. Y. 32 (162)
Geöffnet von 9 a.m. bis 8:30 p.m.
WA 8-3385

the hat for you
MODERATELY PRICED
Maureen
BROADWAY at 35th Street
HATS - BAGS - COSTUME JEWELRY

DIREKT VOM FABRIKANTEN

Kein Zwischenhandel - Alle Pelzarten

Elegante Modelle. Auch Umänderungen und Reparaturen. Feinste Facharbeit zu niedrigsten Preisen. Abholung und Lieferung frei.

WILLNER, KREMSKI & BOCHNER, INC.

115 WEST 29th STREET, NEW YORK 1, N. Y.

Tel.: BRyant 9-0157-8

PRE - HOLIDAY SALE

Impressive Group of COATS and SUITS

Reductions from **15-50%**

Prices ranging from **\$49.95 to \$195.95**

- All 100% wool, many famous labels - Julliard - Forstmann, etc.
- Broadcloths, Poodles, Tweeds, etc.
- All Sizes

HOLIDAY DRESSES from \$9.95 to \$49.95

Festive party types! Tailored classics! One or two piece! Velvet and Taffeta combinations, Rayon, Crepes, Pure Silk, etc!

NO CHARGE FOR ALTERATIONS

RICHMANN'S
Uptown Fashion Center
144 Dyckman Street, New York City

Telephone: LO 7-1770
OPEN EVENINGS TILL 9:30 O'CLOCK



Letters to the Editor

Werfel war nicht getauft

In ihrer letzten Ausgabe vom 12. Dezember wird die Frage aufgeworfen, ob Franz Werfel getauft war!? ... Unser lieber verehrter Freund Dr. Georg Moenius hat ihm den Segen gespendet. Es wurde keinerlei Ritus bei der Beerdigung beobachtet.

Alma Mahler Werfel.



I Don't Like the new Weizmann Stamp

It was with chagrin that I viewed the new Israel stamp (Aufbau, Dec. 5) commemorating the late President Weizmann, and have almost come to the conclusion that the artist unconsciously revealed his animosity toward the famous leader. Why, the truculent sneer, displaying the teeth in a sadistic attitude, might have appeared on the cover of Der Stürmer a decade ago.

I do not favor idealization. Dr. Weizmann could be portrayed as he was known to us in actual life: modest, witty and benign—without favoring him too much; but why should he appear on a stamp which will circulate in the millions throughout the world, as a cruel satrap, and how could the Israel authorities have allowed such an impression to reach the engraving office?

I am eager to discover whether I am one of a small minority deprecating this so-called likeness, or are there many more of the readers who see it my way? Is this just a matter of taste (tot homines, tot gustus) or is it not a matter of evaluating personality traits as reflected in this portrait?

A. A. Roback
(Cambridge)

Dissenting View on Barrault's Hamlet

... In contrast to your reviewer's opinion about Barrault's "Hamlet": I didn't like it.

In all fairness, I should say that I went with various misgivings, bearing at least one excellent Hamlet in mind, and more or less prepared to be overly critical. Then too, everyone has a pretty decided notion of what Hamlet is like; and in spite of all efforts at impartiality, the different Ham-

lets on stage will come out looking woefully different from the Hamlet one sees in the script. It's impossible to be objective about the play—happily, I think. Unhappily, it's almost equally impossible to accept all the different Hamlets for what they are: worthy efforts at new insights. But, it seems to me, all these new insights must be grounded in the play as written. And though Shakespeare certainly gives plenty room for almost all interpretations, I can't quite see the basis for a hero as cold, as unsympathetic, and as sinister as M. Barrault's was. Surely, one of the really important things about Hamlet is that before all this mess started he was everything that Ophelia remembers—the perfect Renaissance gentleman. And a real gentleman in any period, in all the best senses. It's the glimpses of that former Hamlet—his scenes with Horatio, his first meeting with Rosencrantz and Guildenstern, his feeling with Ophelia—contrasted with the present Hamlet that go a long way toward making the tragedy. If we can't believe that he's changed, that in better days he was such a different man, why, where's the point? And I found it impossible to believe that Barrault's Hamlet was ever anything but a poor neurotic wretch, altogether unfeeling in any human sense, and much of the time just plain off his head. I couldn't believe that he felt or at any time had felt anything at all for anyone in the play, except contempt.

Sylvia Seligman.

Dank

In No. 36 des "Aufbau" brachten wir ein Interview mit dem "guten Maresciallo" von Rom, Mario di Marco, der in der Nazi-Zeit vielen Juden mit falschen Papieren geholfen hat und schliesslich von den Nazis ertappt und schwer bestraft wurde. Wir wiesen darauf hin, dass di Marco, der kurze Zeit in New York zu Besuch weilte heute von seiner Polizistenpension leben muss, und stellten es unseren Lesern an-

heim, dem Mann, der so vielen Juden geholfen hat und heute Hilfe brauchen kann, ihre Dankbarkeit zu beweisen. Dass dieser Appell nicht ungehört verhallt ist, beweist nachstehender Brief, den wir von Mario di Marco soeben aus Rom erhalten haben und gekürzt wiedergeben:

"Ich schreibe Ihnen heute, erstens um Ihnen für den Artikel zu danken, den Sie über mich veröffentlicht haben, und zweitens um Ihnen zu sagen, dass ich zahlreiche Briefe Ihrer Leser mit Schecks erhalten habe. Ich habe allen einzeln geantwortet, um ihnen für ihre Grosszügigkeit zu danken, bitte Sie aber trotzdem, allen, die mir geschrieben haben, auch auf diesem Weg meinen innigsten Dank auszudrücken. Ich finde kaum Worte, um Ihnen und allen Freunden zu danken."

Mario di Marco
(Rom).

Wer predigte den Fischen

War es wirklich der Heilige Franciscus, der den Fischen predigte, als die Menschen auf ihn nicht hören wollten, wie in der schönen Besprechung des wohl wunderbaren Films "Under the Red Sea" ("Aufbau", Nr. 49) zu lesen war? Der Referent war, wie ich reumütig bekennen muss, schlecht von mir selber beraten, als ich die beiden Heiligen verwechselte und versicherte, der Heilige Antonius von Padua, bekannt aus Mephistos Er-

zählung vom angeblichen Tode des Herrn Schwerdtlein und durch Flauberts Roman, hätte nie den Fischen gepredigt. In des "Knaben Wunderhorn" aber findet sich das von Gustav Mahler vertonte Volkslied mit der Überschrift "Des Antonius von Padua Fischpredigt", dessen erste und vorletzte Verse lauten:

Antonius zur Predig
Die Kirche find't ledig
Er geht zu den Flüssen
Und predigt den Fischen,
Sie schlagen mit den Schwänzen,
Im Sonnenschein glänzen.

Die Predigt geendet,
Ein jedes sich wendet.
Die Hechte bleiben Diebe,
Die Aale viel lieben.
Die Predigt hat g'fallen
Sie bleiben wie alle.

X. X.

Eine Entdeckung

In der Hauptstadt Trinidads, Port of Spain, hat ein Antiquitätensammler auf kuriose Weise eine blaue 2-Cent Hawaiiemarke (1851) entdeckt. Der 60 Jahre alte Gomez Pestana hatte vor einigen Monaten einen Stapel alter, anscheinend wertloser Bücher erworben, die er achlos liegen liess. Eines Tages fand er beim Kramen darunter ein Schachbuch, in dem er als alter Schachspieler neugierig herumblätterte — und in ihm die Marke. Nach dem Scott hat die seltene Marke einen Wert von \$15,000.00 und ist nur in wenigen Exemplaren vorhanden. Eines,



und alle dürfen keine Ausgabe des "Aufbau" versäumen. Jeder erneuert sein Abonnement rechtzeitig.

das das Reichspostmuseum in Berlin besass, ist seit 1945 verschwunden. Pestana, Vater von sieben Kindern, hatte für das ganze Bücherpaket \$2.00 bezahlt. (k)

MANISCHEWITZ
MATZO meal

finest for
FRYING
COOKING
BAKING

TESTED RECIPES ON THE BACK OF THE BOX

Auto-Reparaturen

schnell und fachmännisch
ausgeführt durch Expert-Mech.

KOCH SERVICE CO.

4425 B'way (190St.) LO 7-7670



Die Glocken läuten
für BROADWAY'S neuestes
und schönstes Schokoladen-Geschäft

LOFT'S Candy Shop
Ecke BROADWAY und 86. Strasse

Wer es schon gesehen hat, ist begeistert. Noch nie seit Loft's 92jährigem Bestehen haben wir solche Komplimente erhalten. Ja, New York ist von LOFT'S begeistert. Wir bitten Sie, oft hereinzukommen und sich an dem überragenden Geschmack und der Qualität der besseren LOFT'S Schokoladen zu erfreuen. Wenn Sie das tun ... werden Sie verstehen, warum MEHR NEW YORKER LOFT'S KONFEKT KAUFEN, ALS IRGEND EIN ANDERES.

Delektieren Sie sich an
einer Schachtel LOFT'S
berühmter

Deluxe Chocolate Miniatures

72 kleine delikate Schokoladen, einschliessl. Trüffel, Früchte, Nüsse & "French Chocolates" in jedem Pfund. Milch, bitter oder Milch und bitter.

1, 2 und 4 lb. Packungen.

\$129
pro Pfund

LOFT'S Chocolates

... eine wirkliche Delikatesse

In Ihrem Telefon-Buch ist der nächstgelegene LOFT'S Candy Shop verzeichnet.



Alle Loft's Candies sind seit 1936 unter
Rabbinatsaufsicht und sind von
Rabbiner J. M. Charlop und
Rabbiner S. Reichman Koscher erklärt.

sweeten your
party table with
Dromedary Dates

U This seal on all
Dromedary products
is your guarantee that
they are strictly kosher

... they're pasteurized!

Now... HOME-BAKE
LUSCIOUS FRUIT CAKE
IN LESS THAN 4 MINUTES
FROM PACKAGE TO PAN!

So rich and fragrant!
Kosher, too! It bears the U

Dromedary
Fruit Cake Mix

Wenn Sie einen SPEDITEUR brauchen, rufen Sie ENDICOTT EXPRESS

denn wir bieten auf Grund 26jähriger ununterbrochener Tätigkeit im Fach:

- Eingehende Kenntnisse internationaler Tarife u. Verbindungen und damit die günstigsten Uebernahme und Beförderungsmöglichkeiten
- Erhebliche Ersparnisse in Ueberseeverpackung durch geschickte und gewissenhafte Raumausnutzung und Beachtung der anwendbaren Tarifraten
- Einen Spezial Sammelverkehr für Kleidung u. Lebensmittel nach Israel in unseren eigenen, einbruchssicheren Holzkisten
- Einen Spezial Gepäckdienst zu niedrigen "Per Pound Rates" nach 150 Städten der Welt, — eingerichtet für Flugzeugpassagiere zur Vermeidung der enormen Sätze für Uebergepack über 44 Pfund (z.B. Hamburg 22¢, Marseille 20¢, London 20½¢, Haifa 20½¢, Wien 26¢ per Pfund)
- Eine eigene Flotte von schnellen Lastautos zur pünktlichen Abholung Ihrer Güter und preiswerten Lieferung zu allen Schiffen.

Verlangen Sie unverbindlich um Vertreterbesuch.

ENDICOTT EXPRESS, INC.

UPTOWN: 241 WEST 68th STREET New York 23, N. Y. - EN 2-4900
DOWNTOWN: 20 BROAD STREET, Room 1716 New York 5, N. Y. HA 2-2821/4

B e r i c h t

Im Bezirksamt Wedding aufgesucht, erklärte

Siegbert K l e e m a n n ,
geb. 15.3.00 in Berlin,
wohnh. Berlin N.65, Reinickendorfer Str. 61,

folgendes:

Anlässlich eines sogen. Appells in der Jüdischen Gemeinde zwecks Abtransport von Angestellten hat der damalige Sturmbannführer G ü n - t h e r erklärt, für jeden der zum Abtransport Bestimmten, der nicht am Abwanderungstage greifbar ist, wird ein Funktionär der Jüdischen Gemeinde selbst zum Abtransport kommen und ein anderer Funktionär erschossen werden.

Dieser Appell fand etwa im Oktober 1942 statt, ebenso der Abtransport. Da sich 20 der zum Abtransport Bestimmten in die Illegalität flüchteten, wurden am 9.11.42 einige Funktionäre der Jüdischen Gemeinde Berlin und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland festgenommen. Von diesen Funktionären ist eine Anzahl erschossen worden und andere zum Abtransport gekommen. Zu den Erschossenen gehörten u.a.

Dr. L a n g e ,
Dr. B l u m e n t a l ,
Dr. M e n d e l s s o h n ,
L o o s e r ,
S e l b i e r ,
Dr. G o l d s t e i n .

Es ist auch später den Funktionären der Jüdischen Gemeinde durch das Reichssicherheitshauptamt die Tatsache der Erschießung mit dem Hinweis bekanntgegeben worden, künftig dafür Sorge zu tragen, daß keiner der zur Abwanderung Bestimmten mehr flüchtet, weil sonst für jeden Geflüchteten nicht nur eine, sondern mehrere Geiseln erschossen würden.

Der genaue Zeitpunkt der Erschießung der Obengenannten ist Kleemann nicht mehr bekannt. Ein Teil der etwa 20 insgesamt Festgenommenen ist zur Abwanderung ins KZ gelangt. Von diesen Leuten ist keiner zurückgekehrt. Kleemann sagte, daß seines Erachtens Günther für diese Aktion verantwortlich war, die sicherlich die Billigung des E i c h m a n n , Leiter des Juden-Dezernats im Sicherheitshauptamt, gefunden hat.

P r ü f e r war bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, Burgstraße (Bürohaus Börse) tätig, soweit Kleemann orientiert ist im Range eines Obersekretärs. Er hatte aber wohl nicht so weitgehende Vollmachten, um derartige Maßnahmen von sich aus durchzuführen.

Über die Verantwortlichen ist folgendes bekannt:

Nach Erzählungen befindet sich Eichmann in Ägypten, während Günther gegen Schluß des Krieges gefallen sein soll. Prüfer soll wohl bei einem Bombenangriff umgekommen sein. Von W ö r n ist Kleemann nichts bekannt.

Kleemann war seinerzeit bei der Jüdischen Gemeinde Referent und später Personalchef in der Oranienburger Straße.

Reihing
Reihing, KS.

V e r h a n d e l t :

Bestellt erscheint der Angestellte

Adolf W o l f f s k y
16.10.1898 in Berlin geboren,
wohnhaft Berlin-Halensee, Cicero Str.61,

und erklärt:

Am 22. Oktober 1942 wurde den Angestellten der Jüdischen Gemeinde Berlin mitgeteilt, daß 500 von ihnen zur Deportierung kommen werden. Der damalige Sturmbannführer G ü n t h e r, einer der maßgeblichen Funktionäre im Reichs-Sicherheits-Hauptamt, gab hierbei bekannt, daß für jeden Angestellten, der bei der Deportierung fehlen würde, je ein Funktionär der Gemeinde erschossen wird. Am Deportierungstag fehlten tatsächlich 20 der für die Deportierung vorgesehenen. Am 9. November 1942 wurden dann 20 Funktionäre der Jüdischen Gemeinde und anderer jüdischer Organisationen von der Geheimen Staatspolizeistelle Berlin festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Von den am 9. November 1942 Festgenommenen wurden am nächsten Tage 7 ausgetauscht, dazu gehörte auch ich.

Von den so verbliebenen 20 Festgenommenen wurden 7 am 2. Dezember 1942 in Berlin erschossen und die übrigen wurden mit ihren Familien nach Auschwitz deportiert.

Es sei noch bemerkt, daß neben dem bereits erwähnten Günther ein anderer ebenfalls sehr maßgeblicher Funktionär des Reichs-Sicherheits-Hauptamts, Hutmann W o e r n e an der geschilderten Aktion beteiligt war. Woerne war einer der radikalsten und aktivsten Funktionäre, der sich stets bei der Verfolgung der Juden besonders hervortat. Als Beispiel führe ich an, daß er im Jahre 1943 meine damalige Sekretärin ins Kz. bringen ließ, wo sie auch verstarb, als er sie einmal ohne den damals verlangten "Judenstern" erblickte.

Man kann heute schwer für die Erteilung des Schießbefehls bestimmte Namen als verantwortlich angeben, er muß vermutlich von der Führung des Reichs-Sicherheits-Hauptamtes ausgegangen sein. Inwieweit Günther oder Woerne aus eigener Verantwortlichkeit handelten, kann man nicht sagen.

Über den Verbleib der an der Verhaftung und Erschießung Beteiligten ist mir persönlich nichts bekannt. Gegen Ende des Krieges verschwanden die Funktionäre des Reichs-Sicherheits-Hauptamtes und der Gestapo aus unserem Blickfeld. Wie mir bekannt war, d.h. wie ich hörte, soll Günther der Sohn des damaligen bekannten Rasseforschers Prof. Günther, der m.W. an der Universität Weimar dozierte, gewesen sein.

Geschlossen:
Leitz, ks.

V., G., u.:

Leitz

V/1 (S) V

Berlin, den 16. Juli 1953

V e r m e r k

In der Anzeige des Dr. R o s e n b e r g aus Montevideo werden die ehemaligen Angehörigen des Reichssicherheits-Hauptamtes E i c h m a n n , G ü n t h e r und W o e r n sowie der damalige Leiter des Juden-Referats der Geheimen Staatspolizei der Ermordung von 8 Juden am 2.12.1942 beschuldigt. Die daraufhin eingeleiteten Ermittlungen ergaben bisher folgendes:

Der Artikel der Zeitschrift "Aufbau", die aus New York angefordert wurde und der Akte beigelegt ist, erbrachte keine weitere Aufklärung. Die Zeugen Siegbert K l e e m a n n und Adolf W o l f f s k y , die die Vorgänge im Dezember 1942 aus nächster Nähe erlebten, nehmen in ihren Vernehmungen dazu Stellung. Ihre Angaben decken sich im wesentlichen mit dem Schreiben des Dr. Rosenberg sowie mit dem Artikel, der von Dr. Bruno B l a u , 41-29 41st Street, Sunnyside N.Y./USA, verfaßt wurde. Daraus ist nicht zu ersehen, wem im einzelnen die Verantwortlichkeit für die Ermordung der 8 Juden zuzuschreiben ist. Es ist somit nicht festzustellen, ob einer der hier angegebenen Beschuldigten selbst den Erschießungsbefehl gab, oder ob sie nur ausführende Organe waren. Es ist auch nicht möglich, die Beschuldigten zur Rechenschaft zu ziehen, da keine genauen Personalangaben vorliegen und sich nach Angaben der Zeugen nur einer der Genannten noch am Leben befinden soll, nämlich E i c h m a n n , und dieser angeblich in Ägypten untergetaucht ist.

Da aus diesem Grunde weitere Ermittlungen zur Zeit nicht erfolgversprechend sind, wird der Vorgang zunächst dem Herrn Generalstaatsanwalt zum weiteren Entscheid zurückgesandt.

Reihing
Reihing, K.S.

Der Polizeipräsident in Berlin
A b t e i l u n g V
V/1 (S) V - Tgb.Nr. 1459/53 GB

Berlin-Tempelhof, den 16. Juli 1953
Tempelhofer Damm 3
Tel. 660017, App. 518

1. Tagebuch austragen.
2. Referat I zur Kenntnis.
3. U.
dem Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht Berlin

Berlin NW 40
Turmstr. 91

unter Hinweis auf umseitigen Vermerk zurückgesandt.

Im Auftrage:



V.

8

früher!

- 1) Zu schreiben an Dr. Borne Blau einwachen Bl. 7 < >
 Auf Grund des von Ihnen verfassten u. in der Wochenchrift
 "Der Aufbau" vom 19. 12. 1952 erschienenen Artikels = der
 "Geiselnacht vom 2. Dez. 1942" hat Herr Dr. Rosenberg aus
 Karlsruhe, Raffe 862 (Lehrer) eine Kopfanzeige gegen
 unbekannt wegen Mordes erstattet. Von den Zeugen Siegfried
 Bleemann u. Adolf Wulfsky sind in Übereinstimmung
 mit Ihrem Artikel vom 19. 12. 1952 ~~als~~ für die Erschiessungen
 verantwortliche der Antisemite Wörm, der SS-Führer Günther,
 der Leiter des Juden - Besenats im Sicherheitshauptamt Eich -
 mann u. der Oberschreiber (?) Trüper verantwortlich gemacht
 worden. Nach den Bestimmungen der Zeugen sollen alle Be-
 schuldigte mit Ausnahme von Eichmann, der sich in

↓ gypfen aufhalten soll, verhalten sein.

Ich bitte um Mitteilung, ob Ihnen bekannt ist, wer den Erschliessungsbefehl gegeben bzw. ausgeführt hat u. wo sich die gesamten Be-schuldigten zur Zeit aufhalten. Falls Ihnen Tatsachen u. deren Be-deutungsstärke ins Kopfe bekannt sind, darf ich um deren Be-merkung bitten.

2) - 4 gr.

3) Nach 2 Monaten

$\frac{1}{2} \rightarrow$ Schieb. gel + ab (E.)
30. W S P/

†gypten aufhalten soll, verstorben sein.

Ich bitte um Mitteilung, ob Ihnen bekannt ist, wer den Erschießungs-
befehl gegeben bzw. ausgeführt hat. wo sich die gesamten Be-
schuldigten zur Zeit aufhalten. Fa-
milienglieder des Verstorbenen bekannt
nennung bitten.

2) Gg.

3) Nach 2 Monaten

in 7 Schrb. gef. + ab (E.)
30. 11. 30 P/

Bitte sorgfältig aufbewahren!
Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Gegenstand (z. B. E-BF)	E			
an- gegebener Wert oder eingezahlter Betrag	DM (in Ziffern)	PF	Nach- nahme	DM (in Ziffern)
Empfänger	Herrn Dr. Bruno B l a u			
Bestim- mungsort	41-29 41 st Street Sunnyside N.Y./USA			

Postvermerke



Einlieferungs- Nr.	Gewicht kg	g
0721		

Postannahme

187

1073.644/53

2)

V.

not. P.

1) Einstellung. Kein Inhalt.

2) Zu schreiben an Justizrat Dr. Rosenberg (Bl. 1) :

französisch

auf Ihre Strafanzeige vom 14. März 1953 gegen Unbekannt wegen Ermordung von 8 Juden am 2. 12. 1942 :

Die Aussage der Zeugen Bleemann, Wolffky u. Brodner sowie eine Auskunft der Jüdischen Gemeinde Berlin haben im wesentlichen den von Dr. Klein in der Zeitschrift "Aufbau" geschilderten Sachverhalt ergeben. Danach sind der Antmann Wolne, der SS-Führer Günther, der Leiter des Juden-Deserteurs im Sicherheitshauptamt Eichmann u. der Oberschreiber Tröfzler dringend verdächtig, die Erschließung von 8 jüdischen Bürgern ^{von} Berlin verschuldet zu haben. Nach den Bekundungen der Zeugen, die z.T. die Verfälle vom 2. 12. 1942 aus nächster Nähe miterlebt haben, sollen alle

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Gegenstand (z. B. E-B)		(Abkürzungen s. umseitig unter A)			
an- gegebener Wert oder eingezahlter Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
	E-Bf.				
Empfänger		Justizrat Dr. Rosenberg			
Bestim- mungsort		Raffo 862 (Lecheria) Montevideo/Uruguay			

Postvermerke



Einlieferungs- Nr.	Gewicht kg g	
968	1	

Postannahme

King

ISD Nr. 945 Staatsdruckerei Berlin
3381 1. 51 20 000 Blöcke zu je 100 Blatt.

C 62 Din A 7

ne von Eilmann, der sich in Ägypten auf-
in. Da die genauen Personalien der Beschuldigten
ten, war ein mündlicher Nachweis über ihre
gen. Meine Anfrage vom 29.7. 1953 an Herrn Dr.
igen Aufenthalt der Beschuldigten in den Auslieferungs-
schleunfertig geblieben.

Die konkrete Tatbeitrag der Beschuldigten wurde
mitteln waren, habe ich das Verfahren eingestellt.
Hilfsleistung erforderlich, da der Ausreisende nicht Verletzt ist.

2) 12. Post des 7. 10. Früher
als "Kinnstücken" am 12. Okt. 1953

[Handwritten signature]

Okt 1953

- 4) 384.
- 5) Weglegen (1964 +)
- 6) W. Vls. in den HA.

Keine Kosten
Berlin, den 10.10.1953

2m 2) gef 1. 10. 1953
2x 9. 10. 53

A. Bei Ausfüllung der Spalte „Gegenstand“ können folgende **Abkürzungen** angewandt werden:

A = Postauftrag, Bf = Brief, E = Einschreiben, Einschreib-, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pgt = Postgut, Pa = Päckchen, W = Wert, Zk = Zahlkarte.

B. Die Post bittet,

1. für Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden zu wählen;
2. auf alle freizumachenden Sendungen die Marke vor der Einlieferung aufzukleben; bei Briefsendungen, Postanweisungen und Zahlkarten besteht eine Verpflichtung hierzu;
3. die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei Wertsendungen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Schreibmaschine oder Druck bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstempel benutzt werden;
4. das Geld abgezählt bereit zu halten, große Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Ein- oder Auszahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Entnahme von drei oder mehr Sorten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der zu zahlenden Beträge vorzulegen;
5. bei eigenem stärkerem Verkehr die besonderen Einrichtungen (Einlieferungsbücher, Selbstvorbereiten von Paketsendungen, Einschreibbrief usw.) zu benutzen.

Beschuldigte mit Ausnahme von Eismann, der sich in Ägypten aufhalten soll, verstorben sein. Da die genauen Personalien der Beschuldigten nicht ermittelt werden konnten, war ein mündlicher Nachweis über ihren Verbleib nicht zu erlangen. Meine Anfrage vom 23.7.1953 an Herrn Dr. Blau nach dem derzeitigen Aufenthalts der Beschuldigten in den Auslieferungsweiterfahrungen ist unbeantwortet geblieben.

Da weder der ~~genaue~~ konkrete Tatbeitrag der Beschuldigten noch ihr Aufenthaltsort zu ermitteln waren, habe ich das Verfahren eingestellt.

5) Remark: Keine Rechtsmittelbelehrung erforderlich, da der Ausreisende nicht Verletzt ist.

4) Ggs.

5) Weglegen (1964 +)

6) W. Vls. in den H.A.

Keine Kosten
Berlin, den 10. Okt. 1953

abw. 2) 12. Okt. 1953
als "Einschreiben" am 12. Okt. 1953

OKT 1953

202) gef. 1. Okt. 1953
2x 9. X. 53

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

1 P Js 644/53

Abschrift f.d. Akten

Berlin NW 40, den 7. Oktober 1953

Fernruf: ---- 35 01 11

Einschreiben !

Herrn

Justizrat Dr. Rosenberg,
M o n t e v i d e o /Uruguay
Raffo 362 (Lecheria)

Auf Ihre Strafanzeige vom 17. März 1953 gegen U n b e k a n n t
wegen Ermordung von 8 Juden am 2. Dezember 1942:

Die Vernehmung der Zeugen Kleemann, Wolffsky und
Dresdner sowie eine Auskunft der Jüdischen Gemeinde Berlin
haben im wesentlichen den von Dr. Blau in der Zeitschrift
"Aufbau" geschilderten Sachverhalt ergeben. Danach sind der
Amtmann Woerne, der SS-Führer Günther, der Leiter des
Juden-Dezernats im Sicherheitshauptamt Eichmann und der
Obersekretär Prüfer dingend verdächtig, die Erschiessung von
8 jüdischen Bürgern von Berlin verschuldet zu haben. Nach
den Bekundungen der Zeugen, die zum Teil die Vorfälle vom
2. Dezember 1942 aus nächster Nähe miterlebt haben, sollen
alle Beschuldigte mit Ausnahme von Eichmann, der sich in Äg-
ypten aufhalten soll, verstorben sein. Da die genauen Persona-
lien der Beschuldigten nicht ermittelt werden konnten, war
ein urkundlicher Nachweis über ihren Verbleib nicht zu er-
langen. Meine Anfrage vom 29. Juli 1953 an Herrn Dr. Blau
nach dem derzeitigen Aufenthalt der Beschuldigten und den
Anschriften weiterer Tatzeugen ist unbeantwortet geblieben.

Da weder der konkrete Tatbeitrag der Beschuldigten
noch ihr Aufenthalt zu ermitteln waren, habe ich das Ver-
fahren eingestellt.

Im Auftrage:

gez. Frosch,

Staatsanwalt
i.V. d. A.V.

Wd.

(Name and address of requesting agency)

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

4 Js 1017/59

Date: 16.2.60 H

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name:

Place of birth:

Date of birth:

Occupation:

Present address:

Other information: angebl. Reg. Amtmann im RSHA

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	___	___	7. SA	___	___	13. NS-Lehrerbund	___	___
2. Applications	___	___	8. OPG	___	___	14. NS-Aerztebund	___	___
3. PKK	___	___	9. RWZ	___	___	15. Party Census	___	___
4. SS Officers	___	___	10. EWZ	___	___	16.	___	___
5. RUSHA	___	___	11. Kulturkammer	___	___	17.	___	___
6. Other SS Records	___	___	12. Volksgerichtshof	___	___	18.	___	___

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applications
3. PKK - Partei Kanzlei Korrespondenz (Party Chancellory Correspondence)
4. Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWZ - Rueckwandererzentrale (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

11
4 Js 1017/59

Verfg.

Teilweise beglaubigte Abschrift von Bl.739 und
Bl.740 + R (VII dA) gefertigt, soweit Rotklammer ,
und der Beiakte 1 P Js 644/53 GenSTA Berlin
beigefügt.

F., den 9. Mai 1960

H. Reinhardt
Staatsanwalt

12
Teilweise beglaubigte Abschrift (Bl.739,VII Rotkl.)

~~aus dem für Klüppel Akten 4 Js 1017/59 BA Frankfurt~~

Der Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

Frankfurt(Main), den 19.Jan.1960
Heiligkreuzgasse 34 (Altbau) 2.S
Telefon 20381 u.20401
Postschließfach 2745

Aktenzeichen: 4 Js 1017/59 Haft

Per Luftpost

An den
Polizeipräsidenten
in Berlin-Abt.1-

z.Hd. von Herrn Reg.Direktor
S t i c h persönlich oder V.i.A.

Berlin - Tempelhof
Tempelhofer Damm 1 -7

Betr.: Strafrechtliche Verfolgung nationalsozialistischer
KZ- und Kriegsverbrechen ;

hier: Ermittlungsverfahren ./ . Eichman u.A.
wegen Mordverdachts (Judenverfolgung in
Ungarn, 1944/1945)

Bezug: ohne

Anlg.: 1 Heft Ermittlungsakten (früher 1 P Js 644/53
STA.Berlin, jetzt BA. zu 4 Js 1017/59 STA Ffm.)

Wegen der Erschießung von Angehörigen der Jüdischen
Gemeinde in Berlin am 2.Dezember 1942 bitte ich, die
Ermittlungen auf die in Berlin ansässigen, noch nicht
vernommenen Zeugen auszudehnen und über das Ergebnis
unter Rückgabe des als Anlage beigefügten Vorganges zu
berichten.

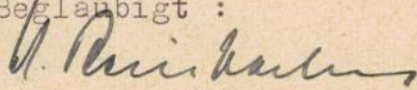
pp.

Im Auftrage

gez. Unterschrift

(Dr.Steinbacher)
Staatsanwalt

Beglaubigt :


Staatsanwalt

I 4 - KJ 1

Berlin, den 8. Februar 1960

Ermittlungsbericht:

Wegen der im Vorgang genannten, noch nicht vernommenen Zeugen wurden bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, beim Jüdischen Krankenhaus, beim EMA, bei den einzelnen Meldestellen der Polizeireviere und den zuständigen Standesämtern Rückfragen gehalten. Dabei wurde folgendes ermittelt:

Der Zeuge

Emil B a e r ,
19.3.85 Posen geb.,
wohnhaft gewesen Berlin SO.36,
Lausitzer Platz 12a,

ist am 2.8.1957 verstorben. Beim zuständigen Standesamt Kreuzberg hat die Sterbeurkunde die Nr. 1747/57.

Der Zeuge Ø

Dr. Hugo E h r l i c h ,
Rechtsanwalt ,
25.7.97 Skaticken /Ostpr. geb.,
wohnhaft gewesen Berlin -Friedenau,
Wilhelmshöher Str.16 ,

ist am 6.12.1958 im Bezirk Berlin - Kreuzberg verstorben. Die Sterbeurkunde trägt beim dortigen Standesamt die Nr. 2738/58.

Der Zeuge

Kurt D r e s d n e r ,
29.11.94 Schwientochlowitz/Oberschles.geb.
Berlin -Charlottenburg, Mommsenstr.22
wohnhaft gewesen ,

ist am 16.11.1955 im Jüdischen Krankenhaus Berlin N.65, Iranische Straße 2 verstorben. Beim Standesamt Wedding ist der Tod unter der lfd.Nr. 3057/55 registriert.

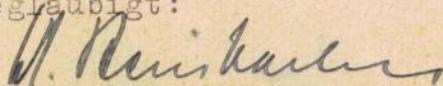
Außer den obengenannten Zeugen , die inzwischen verstorben sind, sind weitere Namen nicht angegeben. Der auf Bl.3 der Akte angegebene Dr.Hans, Erich F a b i a n soll in den USA(New Yorck) wohnen. Von hier aus besteht keine Möglichkeit, diese Vernehmung durchzuführen.

pp.

gez. Unterschrift

(Otto, KOM)

Beglaubigt:


(Dr. Steinbacher), Staatsanwalt

AU 58a

~~12/12/30~~

Fristen

des La

Kontroll-Nr. des An

wegen

Gieba

bei dem

S

der Akten,
gsgrund

Tag der
Absendung

anwaltschaft

ut

Handakten

Staatsanwaltschaft

Berlin

ache

Dienststelle

gegen

Berlin-Lichterfelde

*Unbekannt
gescha. (Hypothek, Fidei)*

Versendung der Hauptakten .

Tag der
Verfügung

Empfänger der Akten,
Versendungsgrund

Tag der
Absendung

14. 10.

Reichsbahndirektion W. 7

16. 7. 10.

Fortsetzung umseitig

Weggelegt 19

Aufzubewahren: — bis 19

— wie die Hauptakten —

Geschichtlich wertvoll? — ja — nein —

[illegible]

Beiakten und Beistücke

Mitglieds Nr. <u>2863618</u>	Vor- und Zuname <u>Wohn Fritz</u>
Geboren <u>12. 3. 05</u> Ort <u></u> Beruf <u>Pol. Obersek.</u> Ledig, verheiratet, verw. Eingetret <u>1. V. 33.</u> Ausgetreten <u></u> Wiedereingetr. <u></u>	Wohnung <u>Alte Friedmann Kohnstr. 13a</u> Ortsgr. <u>Brannes Haus</u> Gau <u>SA-L.</u> Wohnung <u></u> Ortsgr. <u></u> Gau <u></u>
Wohnung <u>Überhausen</u> Ortsgr. <u>Überhausen</u> Gau <u>Essen</u> lt. Br 14 35 B 187 Wohnung <u>Berlin - Friedenau</u> Ortsgr. <u>Berlin</u> Gau <u>Berlin</u> lt. Br. Haus Mai 37 Bl 15 7: ②	Wohnung <u></u> Ortsgr. <u></u> Gau <u></u> Wohnung <u></u> Ortsgr. <u></u> Gau <u></u> <u>Berlin</u> <u>Essen ab</u>

Dienstgrad	Bef.-Dat.	Dienststellung	von	bis	h'amtl.	Eintritt in die \ddot{A} : 30.1.37		Dienststellung	von	bis	h'amtl.
U'Stuf.		F. in 4D (W' und Sich. Sol.) Reichssich. H. Amt	9.11.38			280 238 Eintritt in die Partei: 1.5.33 2863 618 12.3.05 7787					
O'Stuf.	9.11.38					Fritz Wöhren					
Hpt'Stuf.	30.1.42					Größe: 168 Geburtsort: Berlin					
Stubaf.						Anschrift und Telephon:					
O'Stubaf.											
Staf.											
Oberf.						\ddot{A} -Z. A.	Julleuchter				
Brif.						Winkelträger	SA-Sportabzeichen				
Gruf.						Coburger Abzeichen	Olympia				
O'Gruf.						Blutorden	Reitersportabzeichen				
						Gold. HJ-Abzeichen	Fahradabzeichen				
						Gold. Parteiabzeichen	Reichssportabzeichen				
						Gauehrenzeichen	D. L. R. G.				
						Totenkopfring	\ddot{A} -Leistungsabzeichen				
						Ehrendegen					
\ddot{A} und Zivilstrafen:	Familienstand: \ddot{A} 20.1.39					Beruf: erlernt		jetzt Reg. Amtmann	Parteitätigkeit:		
	Ehefrau: Emmy Mählig Mädchenname					1.2.08 Duisburg Geburtsort und -ort		Arbeitgeber:			
	Parteigenossin:					Volksschule 3		Höhere Schule Abitur			
	Tätigkeit in Partei:					Fach- od. Gew.-Schule		Technikum			
	Religion: (ev.) gottgl.					Handelsschule		Hochschule			
	KA 27.3.39					Fachrichtung:					
	Kinder: m. w.					Sprachen: engl., franz.				Stellung im Staat (Gemeinde, Behörde, Polizei, Industrie):	
	1. 4. 1. 4.										
	2. 5. 2. 5.										
	3. 6. 3. 6.										
	Nationalpol. Erziehungsanstalt für Kinder:					Ahnennachweis:		Lebensborn:			

17

Freikorps: von bis Stahlhelm: Jungdo: HJ: SA: SA-Res.: NSKK: NSFK: Ordensburgen: Arbeitsdienst:	Alte Armeen: Front: Dienstgrad: Gefangenschaft: Orden und Ehrenzeichen: <i>1. K. K. u. M. Schm. (94)</i> , Verw.-Abzeichen: Kriegsbeschädigt o/o:	Auslandsfähigkeit: Einbürgerung am Deutsche Kolonien: Besond. sportl. Leistungen:
// - Schulen: von bis Tölz Braunschweig Berne Forst Bernau Dachau	Reichswehr: Polizei: Dienstgrad: Reichsheer: Dienstgrad: Kriegsbeorderung:	Aufmärsche: Sonstiges:

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 18

Berlin, den 2. Mai 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Alois Kochwagner, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt München, im Juli 1941

Friedrich Litschke, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Wien, im Juli 1941

Eduard Lukowsky, SS-Bewerber, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1941

Alfred Pillneder, SS-Oberscharführer, beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin, im Juli 1941

Walter Prill, SS-Hauptscharführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im Juli 1941

Herbert Sperling, SS-Sturmtruppführer, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1941

Hans Scheitinger, SS-Obersturmführer, beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in München, im Juli 1941

Hans Steindl, SS-Unterscharführer, SD-Leitabschnitt Wien, im Juli 1941

Fritz Strohbach, SS-Oberscharführer, SD-Hauptaußenstelle Potsdam, im Juli 1941

Helmut Thiemann, SS-Hauptscharführer, SD-Abschnitt Dessau, im Juli 1941

Theodor Wanke, SS-Rottenführer, SD-Schule Bernau, im Juli 1941

Hans Wirtz, Kriminalkommissar, Kriminalpolizeistelle Düsseldorf, im Juli 1941

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Walfried Rzepa, SS-Untersturmführer, Anwärter des leitenden Dienstes der Sicherheitspolizei und des SD, Reichssicherheitshauptamt, im August 1941

Werner Schulz, Hilfskriminalkommissar, Anwärter des leitenden Dienstes der Sicherheitspolizei und des SD, Staatspolizeistelle Berlin, im August 1941

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Heydrich

SS-Obergruppenführer und General der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 17. 4. 42 Empfang von Frischöl für Verbrennungskraftmaschinen gegen Ablieferung von Ablauföl. S. 112. — RdErl. 18. 4. 42 Behandlung der aus der Strafhafte zur Entlassung kommenden Juden. S. 113. — RdErl. 20. 4. 42 Dienstverpflichtung bzw. Notdienstverpflichtung der Ehefrauen von Angeh. der Sich.Pol. u. des SD. S. 113. — RdErl. 21. 4. 42 Erkennungsmarken für Kriminalangestellte. S. 113. — RdErl. 23. 4. 42 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandsprese.

S. 113. — RdErl. 23. 4. 42 Verpflichtung von Hilfspol. Beamten u. Schutzmannschaftsangeh. S. 113. — RdErl. 25. 4. 42 Führung von Bereifungskarten für Kraftfahrzeuge. S. 114. — RdErl. 27. 4. 42 Propagandaaktion „Mehr Höflichkeit“. S. 114.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 18. 4. 42 Wiedereintragung getilgter Strafregistervermerke wegen Landesverrats. S. 115.

Personalmitteilungen. S. 115.

Sicherheitspolizei und SD

Empfang von Frischöl für Verbrennungskraftmaschinen gegen Ablieferung von Ablauföl.

RdErl. des RSHA. vom 17. 4. 1942

— II D 3 a (3) Nr. 601/42 —

(1) Im Reichsanzeiger und Pr. Staatsanzeiger Nr. 63 ist die anschließend abgedruckte Bekanntmachung Nr. 1 der Reichsstelle für Min.Öl veröffentlicht worden, die hiermit allen Dienststellen der Sich.Pol. zur Kenntnis gebracht wird.

(2) Nach einem besonderen hierher gelangten Schreiben der Reichsstelle für Min.Öl werden die Lieferer die im Abs. 2 der Bekanntmachung Nr. 1 vom 16. 3. 1942 genannte Bescheinigung an diejenige Dienststelle senden, von welcher der Verbraucher die Motorenölscheine zugeteilt erhält.

(3) Im Interesse einer einheitlichen Regelung ist wie folgt zu verfahren:

- a) In den beim Empfang von Frischöl bzw. Regeneraten auszustellenden Bescheinigungen ist als Dienststelle, von welcher der Verbraucher seine Motorenölscheine zugeteilt erhält, immer die Anschrift der Stapo(leit)stelle usw. einzutragen, die dem RSHA. den Empfang der monatlich zugehenden Motorenölscheine bescheinigt.
- b) Die hiernach bei den Dienststellen eingehenden Bescheinigungen — siehe (2) — sind mit einem Anschreiben, daß die gelieferte Frischölmenge dem RSHA. zur Anrechnung gemeldet worden ist, an das nächstgelegene Wirtschaftsamt mit der Bitte um Aufnahme des Anrechnungsvermerks, zu dem nur die Wirtschaftsämter berechtigt sind, und Weiterleitung an den Lieferer des Frischöls abzugeben.
- c) Gleichzeitig ist Meldung an das RSHA. über die gegen Ablieferung von Ablauföl empfangene Frischölmenge zu erstatten.
- d) Soweit eine Anrechnung der erhaltenen Frischölmenge auf das Kontingent der Sich.Pol. stattfindet, wird der Mengenbetrag bei den monatlichen Zuteilungen berücksichtigt werden.

Anlage:

Bekanntmachung Nr. 1 der Reichsstelle für Mineralöl vom 16. März 1942 zur Anordnung Nr. 43

(Regelung des Absatzes und des Verbrauchs von Schmieröl für Verbrennungskraftmaschinen) vom 16. März 1942.

Auf Grund des § 7 der Anordnung Nr. 43 vom 26. Januar 1942 (Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger Nr. 21 vom 26. Januar 1942) erteile ich folgende Ausnahmegenehmigung:

In Abweichung von § 1 der Anordnung Nr. 43 kann Schmieröl zum Verbrauch in Verbrennungskraftmaschinen (Frischöl oder Regenerat) gegen Ablieferung von Ablauföl aus Verbrennungskraftmaschinen bis zur Höhe von 40 % der an den Verkäufer abgelieferten Ablaufölmengen ohne Vorlage von Motorenölscheinen des Reklamauftragten für Mineralöl abgegeben und bezogen werden.

Der Verbraucher ist jedoch verpflichtet, dem Lieferer über die hiernach empfangene Menge an Frischöl bzw. an Regeneraten eine Bescheinigung gemäß nachstehendem Muster auszustellen. Der Lieferer hat diese Bescheinigung dem Wirtschaftsamt vorzulegen. Die erforderlichen Bescheinigungsformulare können von den Regenerieranstalten oder sonstigen Vorlieferern bezogen werden.

Berlin, den 16. März 1942.

Der Reichsbeauftragte für Mineralöl.

I. A.: Budczies.

Bescheinigung über Rücklieferung von Motorenfrischöl (bzw. Motorenölregenerat) gegen Ablieferung von Ablauföl aus Verbrennungskraftmaschinen.

Name des Ausstellers (d. h. des Verbrauchers):
 Genaue Anschrift:
 Name u. Anschrift der Dienststelle, von welcher der Verbraucher seine Motorenölscheine zugeteilt erhält: Von Firma
 in gegen Ablieferung von kg
 Ablauföl aus Verbrennungskraftmaschinen 40 %
 — kg Motorenfrischöl bzw. Motorenölregenerate
 erhalten zu haben, bescheinigt

..... den
 (Ort) (Datum)

.....
 (Unterschrift)

Behandlung der aus der Strafhaft zur Entlassung kommenden Juden.

RdErl. des RSHA, vom 18. 4. 1942

— IV C 2 Allg. Nr. 41 391 —

(1) Der Reichsminister der Justiz hat entsprechend meinem Antrag die Ausführungsverordnung über Mitteilungen in Vollzugssachen vom 25. 3. 1941 — Dt. Justiz S. 399 — u. a. wie folgt ergänzt:

(2) „Das Bevorstehen der Entlassung eines Gefangenen oder Verwahrten, der im Sinne der rassegesetzlichen Vorschriften Jude ist, wird außer der Kriminalpolizeistelle sechs Wochen vor dem Entlassungstag auch der für die Vollzugsanstalt örtlich zuständigen Staatspolizeistelle oder Staatspolizeileitstelle mitgeteilt. In die Mitteilung nimmt die Vollzugsanstalt Angaben über das Verhalten des Gefangenen oder Verwahrten während des Vollzuges auf.“

(3) Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche, die persönlichen Verhältnisse der Juden in jedem Falle zu überprüfen und über das Ergebnis dieser Feststellungen zu berichten.

(4) Gleichzeitig ist zur Frage der Entlassung ggf. unter Erteilung sicherheitspolizeilicher Auflagen bzw. zur Frage der Inhaftnahme Stellung zu nehmen. — Weitere Weisung folgt in jedem Einzelfall.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 113.

Dienstverpflichtung bzw. Notdienstverpflichtung der Ehefrauen von Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RSHA, vom 20. 4. 1942

— I A 1 a Nr. 3/42 —

(1) Es ist vorgekommen, daß Ehefrauen von Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD dienstverpflichtet bzw. notdienstverpflichtet wurden. Der Chef der Sich.Pol. u. des SD hat angeordnet, daß in diesen Fällen die Ehefrauen bei den eigenen Dienststellen zur Dienstleistung herangezogen werden sollen.

(2) Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Angehörigen der Dienststellen anzuhalten, die Dienst- oder Notdienstverpflichtung ihrer Ehefrauen sofort zu melden. Von der Dienststelle ist dann durch Einflußnahme auf die zuständigen Stellen zu versuchen, die Verpflichtung für eine Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD durchzuführen.

(3) Ich ersuche, die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD darauf hinzuweisen, daß die vorstehende Anordnung zugunsten ihrer Ehefrauen im Hinblick auf deren örtliche Verwendung usw. getroffen wird.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 113.

Erkennungsmarken für Kriminalangestellte.

RdErl. des ChdSPudSD, vom 21. 4. 1942

— II A 1 Nr. 122/42-155 —

(1) In Ergänzung des Abschn. B Ziff. (1) des RdErl. vom 12. 12. 1940 — S I B 1 Nr. 881/40-151 — (Befehlsbl. S. 170) ordne ich an, daß Erkennungsmarken an Kriminalangestellte nur bei tatsächlichem Bedürfnis infolge Mangels an Vollzugsbeamten ausgehändigt werden dürfen.

(2) In diesen Fällen sind jedoch nur solche Kriminalangestellte mit Erkennungsmarken zu versehen, die im Außendienst tätig sind, eine grund-

liche kriminalistische Ausbildung besitzen, sich dienstlich bewährt und sich stets tadellos geführt haben.

(3) Sofern Erkennungsmarken an Kriminalangestellte ausgehändigt worden sind, die ausschließlich im Innendienst (z. B. Karteien, Fernschreibdienst usw.) tätig sind oder auf die die anderen vorstehenden Voraussetzungen nicht zutreffen, sind sie wieder einzuziehen.

(4) Die Bekanntgabe dieses Erlasses an die Gemeindegemeindepolizei hat durch Abdruck in den Meldeblättern zu erfolgen.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 113.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RFHuChdDtPol. im RMdI, vom 23. 4. 1942

— S IV C 3 — Nr. 3204/F —

Im Benehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird nachstehend aufgeführte Korrespondenz ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Pressedienst der deutschen Volksgruppe in Rumänien“ — Bukarest —

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 113.

Verpflichtung von Hilfspolizeibeamten und Schutzmannschaftsangehörigen.

RdErl. des RFHuChdDtPol. im RMdI, vom 23. 4. 1942

— S I A 1 a Nr. 222/42 —

(1) Reichsangehörige Hilfspolizeibeamte, die auf Grund des RdErl. vom 14. 5. 1940 — I E 1 Nr. 579/40-239-1 a Abschn. XVI (Befehlsbl. S. 21) von Einsatzgruppen und -kommandos eingestellt worden sind bzw. eingestellt werden, haben gemäß § 2 Absatz 1 und 2 der Allgemeinen Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (ATO.) folgendes Treuegelohnnis abzugeben und durch Handschlag zu bekräftigen:

„Ich gelobe: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und unelgennützig erfüllen.“

(2) Bei der Abgabe des Treuegelöbnisses sind die reichsangehörigen Hilfspolizeibeamten über die Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nicht beamteter Personen vom 3. 5. 1917 in der Fassung vom 12. 2. 1920 (RGBl. S. 230) insbesondere darüber zu belehren, daß sie verpflichtet sind

a) über die infolge ihrer Tätigkeit erlangten Kenntnisse über Einrichtungen und Maßnahmen der Sich.Pol. u. des SD, desgleichen über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse eines Dritten, die infolge ihrer Tätigkeit zu ihrer Kenntnis gelangen, Verschwiegenheit zu bewahren haben,

b) für eine Handlung, die zu ihren Dienstobliegenheiten gehört oder die eine Verletzung der ihnen übertragenen Obliegenheiten enthält, keine Geschenke oder Vorteile annehmen, fordern oder sich versprechen lassen dürfen,

c) Personen, die durch Anbieten von Geschenken oder anderen Vorteilen versuchen, eine Verletzung

der ihnen übertragenen Obliegenheiten herbeizuführen, ihren Vorgesetzten namhaft zu machen

und daß sie bei Verletzung dieser Verpflichtungen den besonderen Strafbestimmungen der genannten Verordnung unterliegen.

(3) Soweit in Einzelfällen die Heranziehung von Hilfspolizeibeamten, insbesondere von Dolmetschern, zur Hilfeleistung bei der Bearbeitung von Verschlußsachen dringend notwendig ist, sind sie noch außerdem gemäß Ziffer 19 der VS-Anweisung zu belehren und zu verpflichten.

(4) Hilfspolizeibeamte, deren Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum unzweifelhaft feststeht, die jedoch noch nicht die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, sind ebenso wie die reichsangehörigen Hilfspolizeibeamten zu behandeln.

(5) Alle übrigen Hilfspolizeibeamten sowie die Schutzmannschaftsangehörigen sind nach dem als Anlage zu diesem Erlaß abgedruckten Vordruck zu verpflichten.

Zusatz für den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ostland in Riga:

Zum Bericht vom 27. 2. 1942 — I A Nr. 95/42 —

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 113.

Anlage:

Verpflichtungserklärung.

.....

(Ort und Datum)

Der Hilfspolizeibeamte — Schutzmannschaftsangehörige —*) der
(Vor- und Zuname)

..... hat heute folgende
(Dienststelle)

Verpflichtungserklärung abgegeben und durch Hand-
schlag an Eides Statt bekräftigt:

Ich verpflichte mich:

- a) Zum Dienst als Hilfspolizeibeamter — Schutzmannschaftsangehöriger —*) der Deutschen Sicherheitspolizei,
- b) zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten,
- c) meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig zu erfüllen und die Gesetze und sonstigen Anordnungen des nationalsozialistischen Staates zu befolgen,
- d) über alle Einrichtungen und Maßnahmen der Deutschen Polizei und des SD, desgleichen über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse eines Dritten, die mir infolge meiner Tätigkeit zur Kenntnis gelangen, unbedingte Verschwiegenheit zu bewahren,
- e) für eine Handlung, die zu meinen Dienstobliegenheiten gehört oder die eine Verletzung der mir übertragenen Obliegenheiten enthält, keine Geschenke oder Vorteile anzunehmen, zu fordern oder versprechen zu lassen,
- f) Personen, die durch Anbieten von Geschenken oder anderen Vorteilen versuchen, eine Verletzung der mir übertragenen Obliegenheiten herbeizuführen, meinen Vorgesetzten sofort namhaft zu machen.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Ich bin über Spionage und Landesverrat und über die darauf stehenden schweren Strafen belehrt worden.

Mir ist bekannt, daß ich bei Verletzung meiner Verpflichtungen schärfste Bestrafung zu gewärtigen habe.

v. g. u.

.....
(Vor- und Zuname)

g. w. o.

.....
(Name und Dienstgrad)

Führung von Bereifungskarten für Kraftfahrzeuge.

RdErl. des RSHA. vom 25. 4. 1942

— II D 6 Nr. 2003/42 —

(1) Die Führung von Bereifungskarten zum Bereifungsbuch nach Maßgabe der V. f. d. P. Nr. 35 kann bei Personalmangel für die Dauer des Krieges unterbleiben.

(2) An Stelle der ausfallenden Bereifungskarte ist bei Eintragungen in das Bereifungsbuch unter Angabe der laufenden Nr. ein Beleg einfachster Art zu fertigen, aus welchem die technischen Daten einschließlich sonstiger Merkmale der Bereifung hervorgehen. Diese Angaben sind auch bei Abgabe von Bereifung an andere Dienststellen der empfangenen Stelle in kurzer Form schriftlich zu machen.

(3) Die Anträge einzelner Dienststellen auf Fortfall der Bereifungskarte finden hiermit ihre erledigung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 114.

Propagandaaktion „Mehr Höflichkeit“.

RdErl. des RSHA. vom 27. 4. 1942

— II A 1 Nr. 143/42-152 —

Der nachstehend abgedruckte Befehl des RFH vom 31. 3. 1942 an alle Hauptamtschefs wird zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 114.

Anlage:

Der Reichsführer-#

Tgb. Nr. 35/98 142

Führer-Hauptquartier, 31. März 1942.

(1) Demnächst wird eine Propagandaaktion unter dem Titel „Mehr Höflichkeit“ durchgeführt.

(2) Ich bitte, die den einzelnen Hauptämtern unterstellten Dienststellen der # und Polizei erneut darauf hinzuweisen, daß die # und Polizei in der Behandlung von Gesuch- und Antragstellern, die persönlich oder schriftlich ihr Anliegen vorbringen, noch höflicher entgegenzukommen haben, als es jetzt schon der Fall ist.

(3) Die # und Polizei hat auch auf diesem Gebiet vorbildlich zu sein.

(4) Bei Verstößen gegen das Gebot der Höflichkeit werde ich nicht nur den Schuldigen, sondern auch den zuständigen Vorgesetzten zur Verantwortung ziehen.

H. Himmler.

Geheime Staatspolizei

Wiedereintragung getilgter Strafregistervermerke wegen Landesverrats.

RdErl. des RSHA. vom 18. 4. 1942
— II A 2 Nr. 176/42-176 —

(1) Auf Grund des Gesetzes über die Londoner Konferenz vom 30. 8. 1924 (RGBl. II S. 289 ff.) i. Vbg. m. Art. 7 der Anl. III des Schlußprotokolls der Londoner Konferenz vom 16. 8. 1924 (RGBl. II S. 345) und des Gesetzes über die Straffreiheit vom 14. 7. 1928 (RGBl. I S. 195) sind u. a. auch Strafen wegen Landesverrats im Strafregister getilgt worden. Da derartige

Straftilgungen nach heutiger Auffassung unhaltbar sind, wurde der Reichsminister der Justiz ermächtigt, die Wiedereintragung einer Verurteilung wegen Landesverrats im Strafregister anzuordnen, wenn die Verurteilung auf Grund einer vor dem 30. 1. 1923 erlassenen Vorschrift über die Gewährung von Straffreiheit im Strafregister getilgt worden ist.

(2) Ich ersuche, die für eine Wiedereintragung in Betracht kommenden Fälle, soweit sie bereits bekannt geworden sind oder noch bekannt werden, unverzüglich beim RSHA. (Ref. II A 2) zu melden.

An die Geheime Staatspolizei — Befehlsblatt S. 115.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zu Amtsräten: die Reg.Amtm. Graetz, Kempf u. Wassenberg, die Pol.Räte Heinmöller, Lutter, Pommerening u. Kurt Walter;

zu Reg.Amtmännern: die Reg.Ob.Insp. Kosmalski, Wilhelm Ludwig, Mauch, Mischke, Oppermann, Stöckl u. Wöhrn;

zum Pol.-Rat: Pol.Ob.Insp. Bruno Ehlert;

zum Krim.Insp.: Krim.Ob.Sekr. Spielhagen.

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Rachfahl n. Zichenau-Schröftersburg; Pol.Insp. Kertscher n. Kiel.

Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD.

Versetzt: Krim.Komm. Eduard Fischer (Krakau) z. Stapoleitst. Prag.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Pol.Rat: Pol.Ob.Insp. Prokop (Berlin); zum Krim.Komm.: Krim.Komm. z. Pr. Huck (München);

zu Pol.Ob.Insp.: die Pol.Insp. Leuchter (Dortmund) u. Rautenberg (Allenstein); zum Pol.Insp.: Pol.Ob.Sekr. Rathgeber (Führerschule Bln.-Charlottenburg).

Beauftragt: H-Stubaf. Reg.Rat Dr. Ebner (Stapoleitstelle Wien) m. d. Vertretung des Leiters,

Versetzt: die Krim.Komm. Burfeind (Prag) n. Kiel, Hansmann (Prag) z. Kdr. Krakau u. Solle (Münster) n. Brunn;

Krim.Komm. z. Pr. Schmick (Dresden) z. RSHA.; die Pol.Insp. Huget (Düsseldorf) n. Aachen u. Gerhard Peters (Zichenau) z. RSHA.

Die Versetzung des Krim.Komm. Hüser (Kassel) zur Stapost. Darmstadt ist wieder aufgehoben worden.

Kriminalpolizei(leit)stellen und Kriminalabteilungen.

Ernannt zu Reg.- u. Krim.-Räten: die Krim.Dir. Dr. Baum (Straßburg) u. Hahn (Bremen);

zum Krim.Dir.: Krim.Rat Schramm (Hamburg);

zu Krim.Insp.: die Krim.Ob.Sekr. Lüft (Köln) u. H-Scharf. Kittenberger (Wien);

zu Krim.Kommissarinnen: die Kriminalkommissarinnen aPr. Friedrichs (Hamburg), Templin (Posen) u. Rost (Karlsruhe).

Aufhebung der Abordnung: H-U-Stuf. Krim.Komm. Wuth (Bln. Führerschule) Moringen.

Versetzt: H-Stubaf. Ob.Reg.- u. Krim.Rat Philipp Greiner (Karlsruhe) n. Nürnberg als Leiter u. Ob.Reg.Rat Hauke (Wien) n. Breslau;

H-Stubaf. Krim.Dir. Klamp (München) n. Dortmund als Leiter;

die Krim.Räte Gohrhandt (Erfurt) n. Aussig u. Schramm (Hamburg) n. Stuttgart;

die Krim.Komm. H-U-Stuf. Wusowski (Hamm) n. Hannover u. Wuth (Bln.-Führerschule) n. Tilsit.

SD.

Beauftragt: H-Stubaf. Dr. Sigmund Buchberger m. d. vertretungsw. Führung d. SD-LA. München.

Versetzt: H-O-Stuf. Walter Dirksheide z. RSHA.-VI,

H-U-Stuf. Fritz Geiger zur SD-HaSt. Luxemburg.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zu Krim.Sekr.: die Krim.Ob.Assistenten Alfred Kranzin u. Karl Ulrich (beide RSHA.); zum Krim.Ob.Assistenten: Krim.Assistent Erich Mathyssek (KPLSt. Berlin);

zum Krim.Assistenten: apl Krim.Assistent Hermann Schmitz (Stapost. Linz) u. Berthold Rieber (Stapost. Innsbruck).

— Befehlsblatt 1942 S. 115.

53

Namentliches Verzeichnis

der bei der Preußischen Geheimen Staatspolizei, stellv.
Chef und Inspekteur und bei dem Geheimen Staatspolizeiamt
in Berlin, beschäftigten männlichen Personen nach dem
Stande vom 25. Juni 1935.

-----oOo-----

Name u. Vorname	Dienst- bezeich- nung	Geburts- tag und jahr	Geburts- ort	Eintritt in die Gestapo (Konst.)	Von wel- cher Be- hörde über- nommen	Bemerkun- (Mitglied der PO, SA SS sowie SD)
Müller, Georg	Pol. ObInsp.	18.5.91.	Königsbg.	Okt.33	PP Berlin	-
Nyncke, Franz	" "	23.10.85	Stettin	" 33	" "	NSDAP
Nowack, Paul	" "	27.6.91	Wünsche- burg	" 33	" "	-
Anders, Karl	Pol. Insp.	9.3.94.	Schöneberg	Apr.34	PP Krefeld	NSDAP
Baberske, Johannes	" "	6.2.07	Berlin	Okt.33	PP Berlin	-
Böhm, Adolf	" "	21.4.94.	Schwicht- zeichlo- witz	Dez.34	PP Weißen- fels	-
Büchler, Bruno	" "	8.8.98.	Mannheim	Apr.34	PP Krefeld	-
Eppich, Herbert	" "	16.5.05.	Pankow	" 34	M.d.J.	-
Graul, Franz	" "	19.11.80	Neundorf	Mai 35	PP Dort- mund	NSDAP
Kettenhofen, Felix	" "	1.3.89.	Eraben	April 34	PP Crefeld	NSDAP
Jessel, Erwin	" "	7.3.07	Berlin	Okt.33	PP Berlin	NSDAP
Ludwig, Wilhelm	" "	28.1.04	Nichlen	Febr.35	Stapo Düsseldorf	NSDAP
Mischke, Alexander	" "	28.4.00	Königsberg	März 35	Pol. Dir. Tilsit	NSDAP SA
Oppermann, Ernst	" "	19.10.06	Berlin	Juni 35	PP Berlin	-
Pieper, Hans	" "	28.9.02	Berlin	Okt.33	PP Berlin	-
Pietsch, Erich	" "	18.11.09	"	Febr.34	Stapo "	NSDAP
Plickert, Hans	" "	3.10.94	Tilsit	" 34	PP Königs- berg	NSDAP
Samuel, Hermann	" "	4.8.07	Straßburg	Mai 33	PP Berlin	SA
Storkebaum, Ernst	" "	24.9.91	Heeren- Werne	" 33	" "	-
Thiedeke, Franz	" "	26.6.93	Milonken	Apr.34	" "	NSDAP
Wassenberg, Hans	" "	30.9.02	Stralsund	Dez.33	" "	"
Wöhrn, Fritz	" "	12.3.05	Rixdorf	Febr.35	Stapo Düsseldorf	"
Scheffels, Albert	" "	28.7.01	Gummers- bach	Mai 35	PP Bochum	-
Seidel, Friedrich	" "	5.12.05	Berlin	Apr.35	Konzentral. Lichtenburg	-
Kryschak, Werner	" "	20.1.06	Küstrin	Mai 33	PP Berlin	-
Aporius, Erich	Pol. Sekr.	6.11.94	Netzwalde	Dez.33	Stapo Bln.	-
Brockmeyer, Heinrich	" "	18.1.96	Höhenberg	Okt.34	PP Berlin	-
Feussner, Conrad	" "	5.8.94	Marburg	Aug.33	PP Bochum	NSDAP
Grünberg, Gustav	" "	4.8.89	Osterode	Mai 33	Stapo Reckling- hausen	NSDAP
Krumrey, Theodor	" "	12.4.99	Mittelwalde	" 35	Stapo Reckling- hausen	-

Fritz W ö h r n
Hauptsturmführer
Nr. 280 238

zum Akt Nr. 1879
Berlin, den 6. April 1944

An das
H-Personalhauptamt

Berlin-Charlottenburg 4.
Wilmsdorferstrasse 98/99.

Betrifft: Meldung von Anschriften.

Bezug: Erlass des Chefs des H-Personalhauptamtes
- I Az. B 13 d 1o - vom 14.12.1943 -.


Meine Heimatanschrift lautet:


Berlin-Friedenau,
Rubensstr. 44

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den

I A 5 b Az: 3 575

An den
Reichsführer - 
%-Personalhauptamt
in B e r l i n .

Betr.: %-Hauptsturmführer Fritz  W ö h r n , %-Nr. 280-23

280.238

Anlg.: ---

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat
den Obengenannten gemäß Runderlaß d.RFw.u.Chfd-
DtPol.iRMdI vom 23.6.1938 - S V 3 Nr. 72/38 in
der Fassung vom 1.7.1941 mit Wirkung vom 30.1.1942
vom %-Obersturmführer..... zum %-Hauptsturmführer
befördert.

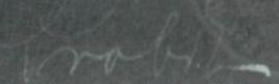
Um Übersendung der Beförderungsurkunde wird
gebeten.

Im Auftrage:

gez.: Schwinge

%-Sturmbannführer.

F.J.R.


%-Oberscharführer.

Berlin , den 17. Oktober 1938. 57

An das

Betreff:

Sicherheitshauptamt des RFH

Beförderungsvorschlag

Berlin.

- Anlagen:
1. Stammrollen-Auszug
 2. Personalbericht und Beurteilung
 3. Selbstgeschriebener Lebenslauf
 4. Durchschlag der Beförderung zum Hauptsturmführer
 5. Vorschlagsprotokoll
 6. Zwei Lichtbilder

Ich bitte, die Beförderung des H-Staffel-Mannes Fritz W ö h r n

z. St. Geheimes Staatspolizeiamt zum

H-Obersturmführer

erwirken zu wollen.

Ich erbitte gleichzeitig

Ernennung zum Führer - - - - -

Beauftragung mit der Führung - - - - -

Beauftragung m. d. W. d. G. - - - - -

Privatanschrift: Berlin-Friedenau, Rubensstraße 13 a.

H-Oberführer

Berlin , den Oktober 1938.

- Anmerkung:
1. Originalzeugnisse und Ausweise sind nicht mit einzureichen.
 2. Deutliche Schrift, möglichst Schreibmaschine.
 3. Die Anlagen 1, 3, 4, 5 und 6 sind nur bei Beförderung zum Sturmführer nötig.
 4. Für etwaige zur Beförderung notwendig erachtete Beurteilung und Weitergabevermerke ist die Rückseite zu benützen.

Personal-Bericht

des Reg.Ob.Inspectors Fritz W ö h r n SD RFH
(Dienstgrad) (Vor- und Zuname) (Dienststelle und Einheit)

Mitgl.-Nr. der Partei: 2 863 618 H.-Ausweis-Nr. 280 238

Seit wann in der Dienststellung: Beförderungsdatum zum letzten Dienstgrad: - - -

Geburtsort, Geburtsort (Kreis): 12.3.1905 in Berlin

Beruf: 1. erlernter: - - - 2. jetziger: Reg.Ob.Inspector

Wohnort: Berlin-Friedenau Straße: Rubensstraße 13 a

Verheiratet: ja Mädchenname der Frau: Emmy Möhlich Kinder: Konf.: ev.

Hauptamtlich seit: : ;

Vorfstrafen: - - -

Verletzungen, Verfolgungen und Strafen im Kampfe für die Bewegung: - - -

Beurteilung

I. Allgemeine äußere Beurteilung:

1. rassistisches Gesamtbild: vorbild - mäßig (3)
2. persönliche Haltung: straff
3. Auftreten und Benehmen in und außer Dienst: einwandfrei
4. geldliche Verhältnisse: geordnet
5. Familienverhältnisse: geordnet

II. Charaktereigenschaften:

1. allgemeine Charaktereigenschaften: aufrecht und offen
2. geistige Frische: gut
3. Auffassungsvermögen: gut
4. Willenskraft und persönliche Härte: gut
5. Wissen und Bildung: gut
6. Lebensauffassung und Urteilsvermögen: gut
7. besondere Vorzüge und Fähigkeiten:
8. besondere Mängel und Schwächen:

III. Ausbildungsgang (alte Armee, KW., Wehrmacht, Polizei, Sonderkurse ff); innegehabte Dienststellung in der ff:

29

IV. Grad und Fertigkeit der Ausbildung:

1. im Ordnungsdienst:

1. praktische Kenntnisse:

2. theoretische:

2. im Geländedienst:

1. praktische:

2. theoretische:

3. im Sport:

1. praktische:

2. theoretische:

3. besitzt Sportabzeichen: keine

4. Weltanschauung:

1. eigenes Wissen: gut

2. Fähigkeit des Vortragens: gut

3. Einstellung zur nat.-soz. Weltanschauung: gefestigt

5. Fähigkeiten und Kenntnisse im Innendienst, Disziplinarwesen und Verwaltung:

Gesamtbeurteilung:

Eignung:

1. geeignet für jetzige Dienststellung ohne Aussicht auf höhere:

2. geeignet für andere Dienststellungen (welche):

Stellungnahme der vorgesetzten Dienststellen:

ff-Oberführer.

Lebach, den 10. 10. 1938.

Lebenslauf.

30

Ich, Fritz Karl Ochs, geboren am 12. 3. 15 als einziges Kind der Eheleute Ochs, ist in Lebach geboren. Auf volkswirtschaftliche Ausbildung besuchte ich von 1925 an die Volkshochschule in Lebach die Volkswirtschaft ab, und am 1. 8. 1926 als pol. ziv. Ang. in den Dienst der Volkswirtschaft in Lebach zu Lebach. Am 14. 8. 1929 habe ich die Prüfung für den Dienst pol. ziv. Ang. ab und erhielt am 1. 6. 1930 zum pol. ziv. Ang. ernannt. Seit dem 13. 2. 1935 bin ich beim Gef. m. Kraftfahrzeugen und seit dem 1. 10. 1937 beim Gef. m. Kraftfahrzeugen tätig. 8. 3. 1938 bin ich in den Ruhestand versetzt. Bis 1. 1. 1939.

Am 20. 1. 1939 habe ich mich mit Frau, geb. Althoff, verheiratet.

Fritz Ochs

Personalangaben

Name und Vorname: Wöhler, Fritz Geburtstag und Ort: 12. 3. 05 Lehrin

Falls außerhalb der deutschen Staatsgrenzen geboren, welche Staatsangehörigkeit besaßen Sie:

Einbürgerungsdatum in Deutschland laut Urkunde: Sind Sie hauptamtlicher H-Führer: nein

H-Dienstgrad: Staffelmeister H-Nr. 280. 438 Dienststellung und Einheit: SD

Parteinummer mit Eintrittsdatum laut Parteibuch: 2.863.618 1. 5. 1933

Waren oder sind Sie Politischer Leiter: nein
(Mit Angabe der Art [z. B. Ortsgruppenleiter], der Zeit und des Ortes)

Sonstige Angaben:

z. B. M. d. R., Staatsrat, Ratsherr

Senator, Redner

In der Bauernschaft, Reichsnährstand, Jägerei usw.

Ehrenzeichen der Bewegung: nein
(Goldenes Parteiabzeichen, Gauereichen, Coburger, Blatorden, H-Abzeichen)

Träger des Winkels für alte Kämpfer: H-Zivilabzeichen Nr.

Körpergröße: 1,68 m

Vor dem Feinde erworbene Auszeichnungen (mit Ja oder Nein zu beantworten):

- | | |
|---|--|
| 1. Pour la mérita: <u>nein</u> | 6. Ehrenkreuz für Frontkämpfer: <u>nein</u> |
| 2. Goldenes preuß. Militär-Verdienstkreuz: <u>nein</u>
(höchste Auszeichnung für Offiz.-Dienstgrade) | 7. Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer: <u>nein</u> |
| 3. E.K. I: <u>nein</u> | 8. Verwundetenabzeichen: <u>nein</u>
(Angabe, ob Schwarz, Silber oder Gold) |
| 4. E.K. II: <u>nein</u> | 9. Sonstige im Felde erworbene Landesorden: <u>nein</u> |
| 5. E.K. II am weißen Bande: <u>nein</u> | |

Olympia-Ehrenzeichen: nein
(Angabe der Klasse)

Ausländische Orden: nein

Sportabzeichen: SA nein Reiter nein Reichs nein DNS nein
(Angabe, ob Bronze, Silber oder Gold)

Besondere sportliche Leistungen: nein

Im Besitz des Zulleuchters: nein Mitglied des Vereins Lebensborn: nein

Schulbildung und Beruf:

3.21

Volls- oder ~~Vor~~schule bis einschließlich welcher Klasse: 3. Klasse

Mittel- oder Höhere Schule einschließlich welcher Klasse: Originala Abitur: 1925

Fachschule einschließlich welcher Klasse: Ablußexamen:

Technikum, Staatslehranstalt: wieviel Semester: Ablußexamen:

Hochschule: wieviel Semester: Ablußexamen: Dr. Examen:

Fachrichtung: Erlernter Beruf: Ing. B. Ing.

Jetziger Beruf mit Angabe der Stellung im Beruf: Ing. B. Ing.

Arbeitgeber mit Angabe der Arbeitsstelle und des Ortes: Langhans Industriewerk, Berlin

Welche Fremdsprachen beherrschen Sie in Wort und Schrift: Englisch und Französisch

In welchen Fremdsprachen legten Sie die Dolmetscherprüfung ab:

Kraftfahrzeugführer- und Fahrlehrerscheine: Führerschein Klasse 3.

Flugzeugführerscheine:

Familienstand:

Verlobt am: 1.1.1934 verheiratet am: 20.1.34 verwitwet am: geschieden am: (Wiederverheiratung ebenfalls eintragen)

Mädchenname (Vor- und Zuname) der Verlobten bzw. der Frau: Emma Möhlitz

sowie Geburtstag: 1. 2. 1904 und Geburtsort: Berlin

Parteigenossin: NEF: NEW: SM: (Beantwortung durch Eintragung der Mitgliedsnummer)

Geburtsdaten der Söhne: (Stieföhne mit vorgelegtem „St“, Pflegeöhne mit „P“, Adoptiv mit „A“ und unehelich mit „U“ kennzeichnen)

Geburtsdaten der Töchter: (Kennzeichen wie bei den Söhnen)

Besuchen Ihre Söhne eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt: welche: (Sohn oder Söhne mit Geburtsdatum und -ort benennen)

Konfession: evangelisch: 1.2. katholisch: gottgläubig: (Zutreffendes unterstreichen, bei „gottgläubig“ Datum des Kirchenaustritts und frühere Konfession eintragen)

Militärverhältnisse:

33

a. bis Kriegsende:

Aktive Dienstzeit: vom bis Truppenteil

Kriegsteilnehmer: vom bis Truppenteil

Frontkämpfer: vom bis Truppenteil

Kriegsgefangenschaft, welche: vom bis

Erreichter Dienstgrad:

b. bis Wiedereinführung der Wehrpflicht:

Reichswehr: vom bis Truppenteil

Polizei: vom bis Truppenteil

Marine: vom bis Truppenteil

Gendarmerie: vom bis Truppenteil

Waffengattung: erreichter Dienstgrad

c. nach Wiedereinführung der Wehrpflicht (16. 3. 35)

Zeit: vom bis Truppenteil erreichter Dienstgrad:

Sind Sie im Besitze einer Kriegsbeorderung: *Nein*

Dienstzeit im Arbeitsdienst:

Zugehörigkeit zum:

Freikorps: vom bis
(Name)

Stahlhelm: vom bis HJ: vom bis

Jungdo: vom bis SA: vom bis

NSKK: vom bis

NSFK: vom bis

Waren Sie im Auslande: wo? vom bis 34

..... vom bis

In welcher Eigenschaft (Kaufmann, Angestellter, Farmer, Bedner usw.):

Tätigkeit in den ehemaligen deutschen Kolonien: wo?

vom bis Art der Tätigkeit:

Besondere Bemerkungen:

Vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben bestätigt

Lörlin, 10.10.1938
(Datum)

Loth. Lörlin, Stellvert.
(Unterschrift und Dienstgrad)

Genaue Privatanschrift:

Loth. Lörlin, Lörlin-Lindemann,
Rindw. 13 2

Durchlaufsvermerk

Standarte, N- bzw. Pi-Sturmabn.	Oberabschnitt	Personalkanzlei
Datum und Handzeichen:	Datum und Handzeichen:	P6 19.1.39 P9 23.1.39 S. 28/11

DER OBERSTAATSANWALT
beim Landgericht

Frankfurt (Main), den 10. Mai 1960
Heiligkreuzgasse 34 (Altbau) 2. Stock
Telefon 20381 u. 20401
Postschließfach 2745

Aktenzeichen: 4 Js 807/60
(Bitte bei allen Schreiben angeben!)

Per Luftpost

1.6.60 (Rücksprache mit
EStA Neumann)

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Berlin NW 40
Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungen gegen

Adolf Eichmann,
Hans Günther,
Fritz Woehrn,
Prüfer

wegen Mordes.

Anlg.: 1 Heft Ermittlungsakten 4 Js 807/60 StA. Ffm.,
1 Blattsammlung DC - Akte Fritz Woehrn, geb.
12.3.1905 in Berlin

Als Anlage gebe ich den vorbezeichneten Vorgang zurück und
bemerke hierzu folgendes:

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main führt umfassende Ermittlungen gegen die für die Judendeportationen aus Ungarn in den Jahren 1944 - 1945 verantwortlichen - SS= (SD)-Führer, Az. 4 Js 1017/59. Gegen die SD-Führer Hans Guenther und Rolf Guenther (SS-Stubaf. Rolf Günther war beim RSHA., Referat IV B 4 als Vertreter des SS-Ostuf. Eichmann tätig) besteht Haftbefehl in einem weiteren Ermittlungsverfahren, das unter dem Az. 4 Js 1018/59 hier geführt wird. Die Zuständigkeit in dem Ermittlungsverfahren 4 Js 1018/59 gründet sich auf einem Beschluß des 2. Strafsenats BGH gem. § 13 a StPO. Für die Beschuldigten Woehrn und Prüfer ist eine Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main nicht gegeben; diese läßt sich auch nicht aus § 13 StPO herleiten.

3 P(K) 75 222/60

Aus den inzwischen herangezogenen Unterlagen der Dokumenten-Zentrale ergibt sich einwandfrei, daß es sich bei dem Beschuldigten Woehr um den am 12.3.1905 in Berlin geborenen und zuletzt dort wohnhaften SS-Hauptsturmführer handelt.

Da Eichmann und Günther in den hier anhängigen Verfahren zur Festnahme ausgeschrieben sind, möchte ich anregen, das Ermittlungsverfahren wieder in die dortige Zuständigkeit zu übernehmen, bei Eichmann und Günther gem. §154 Abs. I StPO zu verfahren und bezüglich Woehr und Prüfer die Ermittlungen wieder aufzunehmen.

Falls Woehr oder Prüfer ergriffen werden sollten, wäre ich für Unterrichtung sehr dankbar; umgekehrt wird im Falle einer Festnahme der Beschuldigten Eichmann und Günther sofort Benachrichtigung erfolgen.

Im Auftrage

H. Steinbacher

(Dr. Steinbacher)

Staatsanwalt

Vorgelegt gem. Dfg. Bl. Kronblatt

— Fristablauf — mit Rückbrief

Bln. den - 1 JUNI 1960

Berlin

J.

A) Aufgeho...

Abteilung I
I 4 - KJ 1

Eingang: - 5 NOV. 1960
Tgb. Nr.: 6-41
Krim. Kom.:
Sachbearb.:

J.

1) M. m. b.

Herr Polizeipräsident in Berlin
- Alt I -

Der Polizeipräsident in Berlin
Abteilung I -
5. NOV. 1960
Anlagen:
Briefmarken:

KJ 1

My 2/3

mit der Bitte, die einzige Waffenschein M.6R. zu liefern,
ob er inzwischen noch weitere Zeugen für den Tot kennenge-
kannt hat.

Haben sich inzwischen Anhaltspunkte für den Verbleib
des Gendarmen Wöhrer ergeben?

2) 15.11.60

Berlin, den 12. Nov. 1960

Der Generalstaatsanwalt
beim Landgericht.

14.

[Signature]

Abteilung I
14 - KJ 1

Eingang: 5. NOV. 1960
Tgb. Nr.: 1100/60
Krim. Kom.: 1
Sachbearb.: 1. J. J.

Li 7m.

17/11. Nov

Pol. Präsidium
1/4 - 1

B e r i c h t1.) Zeuge Adolf W o l f f s k y

Laut Auskunft beim Einwohnermeldeamt ist Adolf W o l f f s k y (Personalien Blatt 6R d.A.) als in Berlin W 30, Kurfürstendamm 155a, wohnhaft polizeilich gemeldet.

W o l f f s k y wurde mehrmals nicht in seiner Wohnung angetroffen; es wurde nicht geöffnet, die durchgesteckten Vorladungen blieben unbeantwortet und auch die mehrmaligen Versuche, telefonische Verbindung zu bekommen (Tel.: 97 35 75), mißlingen.

Nachfrage bei der Verwaltung des Hauses Kurfürstendamm 155a in Berlin W 30, Cicerostr. 59, Telefon 97 57 20, ergab, dass sich W o l f f s k y mit seiner Ehefrau seit etwa einem Jahr in B a r t o n t e Clay, Beds, 18. Higham Gobion Road (England) aufhält und nur gelegentlich für einige Wochen nach Berlin kommt. Wann W o l f f s k y in Berlin wieder aufhältlich sein wird, konnte von der Hausverwaltung nicht gesagt werden.

2.) Aufenthaltsermittlungen Fritz W ö h r n

Bei folgenden Dienststellen sind über Fritz W ö h r n und seine Frau Emmy W ö h r n, geb. Möhlig, 1. Februar 1908 Duisburg geboren, in Berlin (West) Nachfragen gehalten worden, aber keine Meldungen oder Unterlagen vorhanden:

- a) Einwohnermeldeamt
- b) Senator für Inneres
Pensionsstelle- Zentralkartei
- c) Strafregister
- d) Deutsches Rotes Kreuz
Suchdienst
- e) Bundesnotaufnahmeverfahren

Die deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (West), Berlin- Borsigwalde, Eichborndamm 167, hat über W ö h r n ebenfalls keine Unterlagen. Bei dieser Stelle ist der Name des W ö h r n nur in einer Liste für ehemalige SS- Führer verzeichnet. Ein Suchantrag über W ö h r n liegt nicht vor.

3.) Hausermittlungen in der Rubensstrasse 13a und 44

Aus den Fotokopien der NS- Unterlagen des Fritz W ö h r n, welche sich beim Vorgang befinden, ist ersichtlich, dass dieser in Berlin- Friedenau, Rubensstrasse 13a und am 6. April 1944 in der Rubensstrasse 44 gewohnt hat.

In der Rubensstrasse 13a waren die W ö h r n s nicht bekannt.


Die Eheleute B r a n d t in der Rubensstrasse 44 erinnerten sich hingegen an die W ö h r n s. Nach ihren Angaben war Herr W ö h r n SS- Führer und Angehöriger der Gestapo. Herr W ö h r n soll im Jahre 1944 von seiner Dienststelle nach Prag versetzt worden sein. Auch Frau W ö h r n übersiedelte dorthin, ohne jedoch in Berlin- Friedenau, Rubensstrasse 44, die Wohnung aufgegeben zu haben.

Nach dem Kriege sind die W ö h r n nicht wieder nach Berlin in ihre Wohnung zurückgekommen. Über deren Verbleib ist den B r a n d t s nichts bekannt geworden.

Die Wohnung der W ö h r n in der Rubensstrasse 44 wurde bald nach dem Kriege als unbewohnt erfasst und vermietet.

Im Jahre 1947 oder 1948 war die Schwester der Frau W ö h r n, Frau M ö h l i g aus Düsseldorf oder Duisburg in Berlin und erkundigte sich bei den B r a n d t s nach dem Verbleib der W ö h r n s.

Herrn und Frau B r a n d t ist bekannt, dass der Vater der Frau W ö h r n in Düsseldorf oder Duisburg einen Großhandel mit Kabel und Elektroartikeln betrieben hat. Das Geschäft soll jetzt von den Geschwistern M ö h l i g - 2 Brüder und 1 Schwester - der Frau W ö h r n in Düsseldorf oder Duisburg geführt werden.


(Gilch) KM

38

Der Polizeipräsident in Berlin
A b t e i l u n g I
I 4 - KI 1 - 1100/60

Berlin, den 28. Nov. 1960
Tempelhofer Damm 1 - 7
Tel.: 66 00 17 App. 2571/ 2542

1.) Tagebuch austragen 29. NOV 1960

2.) Urschriftlich

dem
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

B e r l i n - NW 40
Turmstrasse 91,

zurückgesandt.

Im Auftrage



- 1. DEZ. 1960

Blah

[Handwritten signature]

3 P (K) 75 222/60

39

HA

Vorgelegt wegen Fristablauf Blatt d.A. ~~VH.~~

Berlin, den 18. NOV. 1960

Runk

*11.
15. 12.*

D. 13. 11.



Polizeipräsident Berlin
Abteilung I

CHEAP RATE
TRUNK

6 PM - 6 AM
& ALL DAY SUNDAYS



B E R L I N - T E M P E L H O F

Tempelhofer Damm 1 - 7

40

From: W o l f f s k y
18, Higham Gobion Road
Barton-in-the-Clay, Beds., England

A. W O L F F S K Y

z.Zt. 18, Higham Gobion Road
Barton-in-the-Clay, Beds., England
23. Novb. 1960

Polizeipräsident in Berlin
Abteilung I
Berlin-Tempelhof
Tempelhofer Damm 1 - 7

Gesch.Z.: I 4 - KI 1 - 1100 /60

Ihr Schreiben vom 18.11.ds.Mts. hat mich heute erreicht. Es ist mir hierher, wo ich mich z.Zt. aufhalte, nachgesandt worden. Leider haben Sie es unterlassen mir mitzuteilen, um welche Angelegenheit es sich handelt.

Da ich Ihrer Aufforderung leider nicht nachkommen konnte, füge ich Ihr Schreiben in der Anlage wieder bei und bemerke, dass ich mit den von Ihnen gewünschten Auskünften von hier aus zur Verfügung stehe.

Hochachtungsvoll

Anlage

München + Freye

Der Polizeipräsident in Berlin

A b t e i l u n g I.
I 4 - KI 1 - 1100/60

① Berlin-Te., den 18.11. 1960
Tempelhofer Damm 1 - 7

Fernruf: 660017 App. 2571

An

Herrn

Adolf W o l f f s k y

Berlin - Charlottenburg,

Kurfürstendamm 155a

Betrifft: Ihre Befragung in der Sache Wöhrn

am 21. oder 22. 11. 1960

Sie werden gebeten, sich in der vorbezeichneten Angelegenheit ~~umgehend~~ mit dem

Polizeipräsidium Berlin, Abteilung I,

(Polizeidienststelle)

Berlin Tempelhof, Tempelhofer Damm 1 - 7

~~persönlich oder~~ fernmündlich

(Anschrift)

(Tel.: 660017
App.: 2571) in Verbindung zu setzen.

I. A.

Müller, H. v.

(Unterschrift und Amtsbezeichnung des Überbringers)

Absender: Der Polizeipräsident in Berlin

Abt. I - I 4 - KI 1 -

Berlin - Tempelhof,

Tempelhofer Damm 1 -

7

An

Herrn

Adolf W o l f f s k y

Berlin-Charlottenburg

Kurfürstendamm 155a



Der Polizeipräsident in Berlin
A b t e i l u n g I
I 4 - KI 1 - 1100/60

43
24. Nov. 1960
Berlin, den
Tempelhofer Damm 1 - 7
Tel.: 66 00 17 App.: 2571/ 2542

1.) V e r m e r k

Mit Schreiben vom 23. November 1960 teilte Herr
W o l f f k y seinen Aufenthalt und seine Anschrift
in England mit.

2.) Tagebuch austragen 29. NOV 1960

3.) Urschriftlich

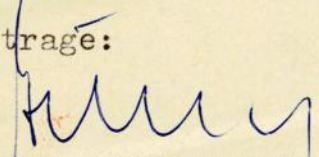
dem

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

B e r l i n - N W 21,
Turmstrasse 90,

zum Ermittlungsverfahren gegen Eichmann u.A. - Az.:
3 P (K) Js 222/60 - nachgesandt.

Im Auftrage:


Kriminaloberkommissar



Vfg.

1) Zu schreiben an

Herrn A. W o l f f s k y

18, Higham Gobion Road

B a r t o n in the Clay
Beds. / ENGLAND

Sehr geehrter Herr Wolffsky!

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des "Reichssicherheits Hauptamts" wegen vorsätzlicher Tötung von acht Funktionären der Jüdischen Gemeinde in Berlin am 9. November 1942. ~~Mierkixmandakt~~ Zu den Getöteten gehören u.a.

Dr. Lange,
Dr. Blumental, ✓
Dr. Mendelssohn, ✓
Looser, ✓
Selbier, ✓ und
Dr. Goldstein. ✓

Diese waren als Geiseln festgenommen worden, um zu verhindern, daß zum "Aussiedelung" bestimmte Angehörige der Jüdischen Gemeinde sich dieser "Aussiedelung" (i.e. Verbringung in ein KL) durch die Flucht entzogen. Als ~~zixx~~ Ende Oktober 1942 etwa zwanzig zum Abtransport bestimmte Jüden flüchteten, wurden die oben Genannten neben Anderen erschossen.

An dieser Erschiessung soll ein zum "Reichssicherheits Hauptamt" gehörender Amtmann W ö h r n e maßgeblich beteiligt gewesen sein, und sie haben sich bereits im Jahre 1953 einmal in Berlin zu diesen Vorgängen - allerdings in allgemeiner Form - geäußert. Mir ist jetzt im Einzelnen an der Beantwortung folgender Fragen gelegen:

- 1) Welche Rolle spielte der Beschuldigte Wöhrne bei der Erschiessung? War er Befehlsgeber? Hat er selbst geschossen? Oder: Wer war Befehlsgeber?
- 2) Wo wurde die Erschiessung durchgeführt?
- 3) Können Sie Zeugen benennen, die bei der Erschiessung zugegen waren?
- 4) Wer hat die Erschiessung verantwortlich angefordert?
- 5) War der Beschuldigte persönlich an der Festnahme der "Geiseln" beteiligt? Können Sie seinen Tatanteil noch genau schildern? (auch insoweit)

Sie wollen, bitte, aus dieser Fragestellung ersehen, daß es mir in Interesse einer möglichst lückenlosen Beweisführung darauf ankommen muß, eine Schilderung von der Person des Beschuldigten ^{und von seinem Tatanteil} zu erhalten, die eine genaue Qualifizierung ^{seines Tuns} in strafrechtlicher Hinsicht ermöglicht. Hierbei ist mir klar, daß der inzwischen eingetretene Zeitablauf einer genauen Erinnerung Grenzen setzt. Trotzdem bitte ich Sie, mich nach besten ~~unförmlich~~ Vermögen zu unterrichten und mir evtl. auch noch weitere Zeugen zu benennen, die zu dem genannten Vorfall aus eigener Wahrnehmung Angaben - - /

machen oder andere Tatzeugen nennen können.

Für eine baldige Nachricht wäre ich dankbar.

Hochachtungsvoll!

i.A.

2) 1.2.61

16. DEZ. 1960
H.

Am 20. Dez. 1960 Is.
Anw. 2. A. W. Bank. In 1/1 Schrb. / M. W. ab 9. JAN. 1961 H.

Finanz. Hff. 1.

Von : Des Herren Kradel laut am
6. Januar 1961 für Unterschrift
vorgelegt, nachdem er bis 3.1.61
in Urlaub war.

H. K.
/1.

A. W O L F F S K Y

z.Zt.18, Higham Gobion Road
Barton-in-the-Clay, Beds., England
12. Januar 1961

45

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht
Berlin, N.W. 21
Turmstr. 91

16. JAN. 1961

Buhr



Gesch.Z.3 P (K) Js 222 /60

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 16. Dezember 1960,
das mir gestern (Poststempel 9.1.61) zugegangen ist.
Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich verschiedener Angelegenheiten
wegen in der nächsten Woche vorübergehend nach Berlin komme. Ich werde
mich dann mit Ihnen telefonisch in Verbindung setzen, um eine Unterredung
zu vereinbaren. Ich hoffe Sie mit dieser Regelung einverstanden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Wolfsky

✓
47. d. Z.
3 für Rmt.
B. E.
7.

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

B E R L I N, N.W.21

Turmstr.21

Germany



46

From: W o l f f s - k y
18, Higham Gobion Road
Barton-in-the-Clay, Beds., England

Vfg.

1. V e r m e r k

Wegen des dem folgenden Vermerk zugrunde liegenden Sachverhalts vgl. Bl.44/45 d.A.

A. Der Zeuge W o l f s k y erschien nach telefonischem Anruf zu der dabei vereinbarten Frist. Er gab zur Person an: *(am 10. Juni 1941)*

Ich war bis 1933 selbständiger Börsenmakler. Nach der "Machtübernahme" wurde mir die Börsenzulassung entzogen, und ich arbeitete ab 1935 im Vorstand der jüdischen Gemeinde. Ich bin Glaubensjude und darüber hinaus Volljude. Ich habe in der jüdischen Gemeinde zunächst wegen meiner einschlägigen Kenntnisse in der Finanzabteilung gearbeitet und sie auch geleitet und ab 1938 in der Auswanderungsstelle gearbeitet, die ich später übernommen habe.

~~Ich habe~~
Die Auswanderung wurde ja bekanntlich von 1937/1938 an entschieden betrieben, und nach meiner unmaßgeblichen Erinnerung haben wir es immerhin fertigbekommen, von 700.000 in Deutschland lebenden gläubigen Juden ~~über die Hälfte~~ zur Auswanderung zu verhelfen. Der letzte Auswanderungstransport hat Deutschland auf dem Wege über Kehl, Marseille und Lissabon, wenn ich mich recht erinnere, in Richtung Brasilien oder die Vereinigten Staaten verlassen. *(am Sept. u. Okt. 1941)*

Aufsichtsbehörde für die jüdische Gemeinde in ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts war bis 1938 der Polizeipräsident und danach die

Gestapo-Leitstelle Berlin, die ihre einschlägigen Anordnungen von der Abteilung W des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) erhielt. Leiter der einschlägigen Abteilung im Reichssicherheitshauptamtes war der heute in der Öffentlichkeit allseits bekannte Obersturmbannführer E i c h m a n n , sein Vertreter war der SS-Sturmbannführer G ü n t h e r , ich glaube er hieß mit Vornamen Rolf oder Rudolf (vgl. dazu Bl.35 d.A.).

Ich selber bin den ganzen Krieg hindurch bei der jüdischen Gemeinde in Berlin gewesen und habe mit den maßgeblichen Leuten aus dem RSHA und der ~~Gestapo~~-Leitstelle Berlin ständig Kontakt gehabt. Ich habe auch hier in Berlin in meiner Eigenschaft als Funktionär der jüdischen Gemeinde auch dann, als sie schon in das jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße am 10. Oktober 1943 übersiedeln mußte, dort unangefochten weitergelebt. Nach dem 10. Oktober 1943 wurde bekanntlich die jüdische Gemeinde als Körperschaft aufgelöst und ihr Vermögen vom Oberfinanzpräsidenten übernommen. Danach hieß die jüdische Gemeinde ~~der~~ "Reichsverband der Juden Deutschlands" mit dem Sitz im Krankenhaus in der Iranischen Straße. Ich habe dort wieder, nachdem das Auswanderungsproblem, soweit es in unserem Sinne zu lösen war, nicht mehr verfolgt werden konnte, mich wieder mit dem Finanzwesen befaßt.

Zur Sache:

Meine allgemein gehaltene Aussage von 1953 (Bl.6R d.A.) möchte ich jetzt ausführlicher darstellen und den Sachverhalt insoweit ergänzen:

Nach Abschluß der Auswanderung in unserem Sinne, d. h. über Marseille und Lissabon nach Übersee im Herbst 1941, wurde als "Auswanderung" oder "Deportation" ja bekanntlich nur noch die Verbringung entweder in das KL Theresienstadt oder in die Vernichtungslager betrieben. Für den 22. Oktober 1942 hatte uns der Sturmbannführer Günther (Rolf oder Rudolf) vom RSHA eine Namensliste von 500 für den Abtransport bestimmter Juden übergeben. Gleichzeitig teilte er der versammelten jüdischen Gemeinde mit, daß für den Fall, daß auch nur einer der zum Abtransport bestimmten Juden flüchten würde, ein Funktionär der jüdischen Gemeinde dafür als Geißel erschossen werden würde. Bei dieser Bekanntgabe stand neben dem Günther, der von großer Statur war, der kleine hier beschuldigte W ö h r n (Bl.16) in SS-Uniform. Wir kannten ihn immer nur als Amtmann. Er war uns aufgefallen, weil er nicht von "SS-mäßiger" Statur war, sondern klein und dicklich, so, wie man sich manchmal einen "hinter dem Schreibtisch groß gewordenen Beamten" vorstellt.

Wöhrn gehörte zur Gestapo-Leitstelle Berlin.

Späterhin, als die 500 zum Abtransport bestimmten Juden gesammelt werden sollten, fehlten tatsächlich 20. Die jüdische Gemeinde erhielt daraufhin Auftrag, diese 20 zu suchen. Die Suche verlief ohne Erfolg; sie waren untergetaucht.

Am 9. November 1942 erschien daraufhin gegen 14.00 Uhr eine Anzahl ~~es~~ Gestapo-Leute mit einer Liste von 20 Funktionären, die zum Vorsitzenden kommen sollten. Diese erschienen. Ich gehörte zu diesen 20.

Wir wurden abgeführt über die Oranienburger Straße unter Waffenbedrohung zur Burgstraße 29; dort lag damals die ~~G~~Stapo-Leitstelle. Wir wurden zur Person vernommen und im Keller verwahrt. Abends gegen 19.00 Uhr wurden wir zum Polizeigefängnis am Alexanderplatz überführt und am 10. November, wiederum gegen 14.00 Uhr, per Lkw wieder zur Burgstraße verbracht, nachdem wir alle schon dachten, daß wir nach Lichterfelde zum Erschießen weggefahren werden sollten. In der Burgstraße wurden 6 bis 7 Funktionäre ausgewählt, darunter auch ich. Die Ausgewählten waren alles alte Frontsoldaten des 1. Weltkrieges mit Verwundetenabzeichen und EK 1 oder 2. Wir 6 oder 7 wurden entlassen.

Am 2. Dezember wurden dann die Angestellten der jüdischen Gemeinde in den Sitzungssaal gerufen und ihnen mitgeteilt, daß 7 von den restlichen Festgenommenen erschossen worden seien. Dabei handelte es sich um:

1. Dr. Fritz L a m m ,
2. Dr. Bruno M e n d e l s s o h n ,
3. Dr. Julius B l u m e n t h a l ,
4. Dr. Siegbert G o l d s t e i n ,
5. einen S e l b i g e r ,
6. L o o s e r ,
7. einen mir nicht ~~wäher~~ bekannten J o s e p h .

Wöhrn
RA.4

Deren Familienangehörige ~~sind~~ deportiert worden; ebenfalls ^{sind} die restlichen festgenommenen 6 ~~sind~~ mit Angehörigen deportiert worden. Sie dürften alle im KZ umgekommen sein. Weitere Angaben zur Rolle des Beschuldigten Wöhrn in diesem Zusammenhang vermag ich nicht zu machen.

Dies auch nicht zu Einzelfragen. Weitere Zeugen, die evtl. Aufklärung über die Rolle des Wöhrn oder ^{aia} des ~~Prüfer~~ geben könnten, sind mir nicht bekannt. Sie dürften auch alle tot sein.

Eine leitende Funktion ^{hat} ~~vermag ich den Wöhrn nicht zu~~ ^{u.E.} ~~geben~~; er ist nach meiner Erinnerung nur Befehlsempfänger gewesen. Die Initiative zu einer dieser Handlungen kann ihm nach meinem Dafürhalten nicht zugesprochen werden. Er dürfte in strafrechtlicher Hinsicht lediglich als Gehilfe einzustufen sein.

Ich bin auch der Auffassung, daß die ~~Gestapo~~-Leitstelle ^{initiativ} in all diesen Dingen überhaupt nicht tätig werden durfte. Ich kann mich auch nicht darüber auslassen und habe keine Meinung dazu, ob die Angehörigen der ~~Gestapo~~-Leitstelle Berlin überhaupt wußten, was eine "Deportation" oder "Aussiedelung" oder Verbringung in eines der KL für die Betroffenen bedeutete.

Allgemein möchte ich hier noch nachtragen, daß ^{bei} ~~wegen~~ der Verbringung unter den Juden ^{bis 1943/1944} immer eine sehr strenge Auswahl getroffen wurde. Nach Theresienstadt wurden in der Regel alle die Juden nebst Familien gebracht, die Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges und dort verwundet oder dekoriert worden waren, darüber hinaus die Juden, die schon zu alt waren, um noch für Arbeitsaufgaben eingesetzt zu werden. Der ~~Abtransport~~ nach Auschwitz oder in eines der anderen Vernichtungslager bedeutete nach unserer Auffassung immer Vernichtung. Ob dies aber den Angehörigen der ~~Gestapo~~-Leitstelle bekannt war, vermag ich nicht zu sagen. Nähere Gespräche haben wir mit den Angehörigen der ~~Gestapo~~-Leitstelle darüber nicht geführt.

Zur Person des Wöhrn fällt mir nachträglich noch eins ein: Er schien uns bei geringen Geistesgaben ein übermäßig ehrgeiziger Mann gewesen zu sein, der mehr tat, als von ihm erwartet ~~wurde~~ oder durch die Bestimmungen ~~verleitet~~ war. Er war über die gegebenen Befehle hinaus grausam und grob. Ein derartiges Verhalten konnten wir bei den anderen höheren SS-Führern nicht feststellen. Wir bemerkten bei aller Schärfe bei Günther ~~jeden~~ aus seiner Sicht eine erhebliche Sachlichkeit und auch manchmal ein ~~gutes~~ ^{chua} verbindliches Wesen. Eichmann war von einer Flegelichkeit und Verkniffenheit, die ich heute nicht mehr näher beschreiben will.

(Bei Erörterung dieser Fragen hatte der Zeuge zu erkennen gegeben, daß er nicht in der Lage sei, irgend einen der SS-Leute, unter denen die jüdische Gemeinde damals zu leiden hatte ~~zu~~ zu verstehen ^{er} wohl das ganze Reichssicherheitshauptamt und überhaupt das ganze ^{vd} Regime ~~an~~ ^{an} ~~zu~~ zu hassen oder sie auch heute noch mit einem Haß oder mit Repressalien zu verfolgen. Er hege für alle diese SS-Leute lediglich eine abgründtiefte Verachtung und ~~einen~~ Abscheu, sei aber zu einer weiteren seelischen Regung, als die er auch den Haß verstanden wissen will ~~es~~, diesen gegenüber nicht mehr in der Lage.)

Nach der Auflösung der jüdischen Gemeinde hatte ich in dem neuen Sitz des Reichsverbandes der deutschen Juden in der Iranischen Straße eine Sekretärin namens B e n j a m i n. Diese war damals ca. 20 Jahre alt. Sie war "Geltungsjüdin", d.h. sie mußte nach dem Blutschutzgesetz von 1935 als Jüdin behandelt werden, weil sie, obwohl von einer arischen

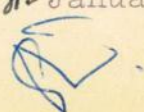
Mutter und einem jüdischen Vater abstammend, also sonst Mischling ersten Grades, am 15. September 1935 der jüdischen Gemeinde als Glaubensjüdin angehört hatte. So bestimmt es das Gesetz von 1935. Sie war damit verpflichtet, den Judenstern zu tragen, ~~was~~ als verbindlich für alle Juden ab 1. September 1941 vorgeschrieben war.

Dieses Fräulein Benjamin war allerdings, was ihre Verpflichtung zur Tragung des Judensterns anlangte, etwas sehr leichtsinnig. Sie trug ihn auch auf der Straße nicht. Eines Morgens wurde sie ohne den Judenstern auf dem Flur von dem Beschuldigten Wöhrn gestellt. Wöhrn machte sie auf das Fehlen des Judensterns aufmerksam. Sie hörte zunächst weiter wegen dieses Vorfalles nichts. Kurze Zeit danach wurde sie - und wie ich annehme, nur auf Wöhrns Veranlassung - abgeholt und ins KZ gebracht, wo sie einige Monate später umgekommen ist. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein anderer als Wöhrn bei der damaligen Sachlage die Verbringung von Fräulein Benjamin ins KZ hat veranlassen können, weil kein Anlaß dazu bestand.

Es bestand nach den bestehenden Vorschriften ~~auch~~ für Wöhrn kein ~~anlaß~~ auch nur ^{für Veranlassung der Verhaftung} formeller Anlaß. Keine Vorschrift verlangte von ihm ein derartiges Verhalten. In ähnlichen Fällen ist früher schon einmal ~~immer~~ nur eine einfache Rüge ausgesprochen worden. Dies hätte wahrscheinlich auch genügt, um Fräulein Benjamin zu einem anderen Verhalten zu bestimmen. Ich bin der Auffassung, daß Wöhrn bei seinem Verhalten einem privaten Bedürfnis Folge geleistet hat.

2. Weitere Vfg. besonders

Berlin, den 31. Januar 1961



Vfg.

1. V e r m e r k

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen lassen sich den Beschuldigten W ö h r n und P r ü f e r konkrete Tatbeteiligung an der Erschießung der 7 Mitglieder des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde von Berlin im Jahre 1942 nicht nachweisen; vgl. Bl.47 ff. Der dort gehörte Zeuge W o l f f s k y ist der einzige noch lebende Tatzeuge, der aus jener Zeit Aussagen machen kann. Weitere Erkenntnisquellen stehen nicht mehr zur Verfügung.

Sofern aus der Aussage des Zeugen Wolffsky - Bl.49 ff. - gegen Wöhrn der Verdacht der schweren Freiheitsberaubung mit Todesfolge besteht, ist die Strafverfolgung heute verjährt (seit 15. Juni 1960). Daher:

not

2. Das Verfahren wird eingestellt.

3. Ggz. 15. Feb. 1961
✓

4. Kein Bescheid, Verfahren von Amts wegen. ✓

5. Keine Nachricht; keine verantwortliche Vernehmung.

✓ 6. Zu schreiben: (unter Beifügung anhängenden Schreibens)

Herrn Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
F r a n k f u r t / M a i n

Betrifft: Dortigen Vorgang gegen E i c h m a n n u. A.
- 4 Js 807/60 -

Bezug: Dortiges Schreiben vom 10. Mai 1960

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich ein Schreiben eines Herrn Hans K r i e b e l , Berlin-Charlottenburg, Wundtstr. 7a (Tel. 34 22 87), ^{von 26. Januar 1961} in der Annahme, daß es für den dortigen Vorgang gegen den SS-Sturmbannführer G ü n t h e r dienlich sein kann. Abgabemessage habe ich Herrn Kriebel erteilt.

Der Unterzeichnete führte vor einigen Tagen mit einem Rechtsanwalt Dr. H. H ö n e r aus Hamburg 1, Besenbinderhof 31, in anderer Sache eine längere Unterredung. Außerhalb dieser Sache erwähnte Dr. Höner im Hinblick auf die Fahndungsnachricht in der Presse gegen den SS-Sturmbannführer Günther, daß er, Höner, im Jahre 1945 im Kriegsverbrecherlager Ebensee II (?) am Traunsee einen SS-Sturmbannführer Rolf Günther, der im Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, tätig gewesen sein soll, ^{gesprochen habe}. Dieser, ~~Günther~~, habe damals, als die Nachricht von der Besetzung Weimars durch die Russen im Lager besprochen wurde, Selbstmordabsichten geäußert, weil seine ganze Familie dort in Weimar ansässig gewesen war. Wie ihm, dem Höner, ~~am folgenden~~ ^{dem} ~~Tage~~ (im August 1945) von anderen Lagerinsassen mitgeteilt worden sei, soll sich Günther in der Nacht nach diesem Gespräch vergiftet haben und am folgenden Tage zugedeckt auf einer Bahre aus dem Lager geschafft worden sein. M. E. besteht die Möglichkeit, für das dortige Verfahren, eine Bestätigung vom zuständigen Standesamt einzuholen. Der Informant war nach seinen Angaben selbst im Reichssicherheitshauptamt in der Nachrichtenabteilung, die dort für Frankreich zuständig war, tätig gewesen.

Ferner teile ich mit, daß ich in einem hiesigen Verfahren ein früheres Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Berlins als Zeugen gehört habe, der möglicherweise für den dortigen Vorgang gegen Eichmann von

Bedeutung sein kann. Es handelt sich um einen Herrn
A. W o l f f s k y , der jetzt in
~~Deutsch~~ 18, Higham Gobion Road
Barton in the Clay
Beds./England
wohnhaft ist.

Herr Wolffsky gehörte dem engeren Vorstand der Jüdischen
Gemeinde an und hat zunächst als Angehöriger der Finanz-
abteilung, später als Leiter der Auswanderungsabteilung
und nach 1943 wiederum als Finanzsachbearbeiter mehrfach
mit SS-Führern aus dem Reichssicherheitshauptamt, Amt IV,
verhandelt und gibt an, Eichmann und den Sturmbannführer
Rolf Günther persönlich gekannt zu haben. Möglicherweise
besitzt dieser Zeuge Kenntnisse, die für das dortige
Ermittlungsverfahren von Bedeutung sind.

Er hat hier einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen
und hat sich, obwohl er selbst persönlich durch die hier
verfolgte Straftat schwer betroffen^{ist}, als sachlich und ruhig
denkender Mensch gezeigt, der ohne persönliche Ressentiments
oder Leidenschaften seine Aussage machte.

7/ für Kriebel an

Herrn Hans Kriebel sen.

Berlin - Westend

Mündt Nr. 7a

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Eichmann u. A.,
hier gegen den dem. SS-Sturmbannführer Günther

Gegenst.: Hr. Kriebel vom 26. 1. 1961

~~Das ist~~ Ich bestätige den Eingang Ihres obenstehenden Schreibens.
Das Ermittlungsverfahren gegen den SS-Sturmbannführer Günther
wird von dem Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht
in Frankfurt, Frankfurt/Main, Heiligkreuzstraße 34

in dem Aktenzeichen - 4 Js 807/60 - geführt.
Ich habe daher Ihr Schreiben an diesem Witzgeleitet
Justizministerium

mit
g. Beleg.

6. 1. 60.

gegr. 20. Feb. 1960 tab. 6
in 6/ hpl. m. And.
7 hpl.

g.

4. Ku. ... Infolge der Vorlage der Akten war ein Antrag von LGR gestellt
von der Verw. - Verwaltung für Justiz. Dieser Antrag ist nicht
abgelehnt worden. Es liegen keine Akten (insbesondere im RSHA/IV)
vorhanden.

Ich habe Auskunft dahin erteilt, daß der letzte Vorgang
gegen Rühlmann (1 P 5 884/59 4) am 20.8.59 am RA
Frankfurt/Main abgegeben worden ist. Der vorliegende Vorgang
bezieht sich nicht auf Wöhr und Rühlmann, sondern
auf (H. 51).

Es ist aus diesem Vorgang ein Tatverdacht gg. den
dem 44 - Antrag früher entstanden sein könnte, wobei
die Ermittlung in FF/4. wurde dort. RA - geführt (H. 35)
s. f. ins. steht damit die Anfrage als erledigt
an.

g. Beleg.

H. 51.

53
Der Polizeipräsident in Berlin

Abteilung I

I 4 - KJ 1 - 826/61

(Dienststelle)

Berlin - Tempelhof, den 16. 5. 61

Tempelhofer Damm 1- 7

660017, App.: 2581

(Geschäftszeichen)

An

die Staatsanwaltschaft Berlin

Geschäftsstile 3 P Js (K)

Be r l i n NW 21

in

Turmstraße 91

Betrifft: ~~Ankunft über den Stand des Verfahrens~~

Aktenübersendung — Urteils- bzw. Anklageabschrift

In der Strafsache gegen Fritz W o e h r n

wegen NS Gewaltverbrechen

Aktenzeichen 3 P (K) Js 222/60

bitte ich um

~~Ankunft über den Stand des Verfahrens~~

Übersendung der Akten zur Einsichtnahme auf kurze Zeit.

~~Übersendung einer Urteilsabschrift~~

Übersendung einer Abschrift der Anklage.

Im Auftrage

Drahtwort:

Fernruf: 66 00 17, App.: 2581

Polizeipräsident Berlin West

Sachbearbeiter:

Milke, KOM .

A 5h

edruck

Nr. 126

000. 4. 57

98 99

Der Polizeipräsident in Berlin
A b t e i l u n g I
I 4 - K I 1 - 826/61

Berlin-Tempelhof, den 17 5.1961
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 00 17, App.: 2581 od. 2567

54

1) Tagebuch vermerken: 22 MAI 1961

2) Urschriftlich
dem

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht Berlin

B e r l i n NW 21
Turmstr. 91



nach Einsichtnahme zurückgesandt.

✓
Krieger Gefl.
26.5.
5.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

No.

17. September 1963

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 1017/59 (4 Js 614/63)

Ihr Zeichen:

6 FRANKFURT (MAIN),
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

Urschriftlich mit Akten, 1 Blattsammlung und 4 Vernehmungs-
niederschriften von Kanzleiangeestellten des
Amtes IV RSHA
(Ablichtungen)

dem
Amtsgericht

in Düsseldorf

Kung!
18. Sep. 1963

mit dem Antrage,

gem. § 102 StPO die Durchsuchung der Wohnung
(zugleich Geschäftsräume) des Vertreters
Fritz W ö h r n , geb. 12. 3. 1905 in Berlin,
wohnhaft in Düsseldorf, Golzheimer Straße 4,
sowie seiner Person und der ihm gehörenden
Sachen anzuordnen, weil zu vermuten ist, daß
die Durchsuchung zur Auffindung von Beweis-
mitteln führen wird.

Die Ausführung möge der Sonderkommission des Landeskriminal-
amtes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf übertragen werden.

Begründung:

Der Beschuldigte Wöhrn, dessen Werdegang sich aus der Ab-
lichtung der bei der Dokumentenzentrale Berlin verwahrten
SS-Akten ergibt (vgl. Bl. 14 - 34 Hülle Bl. 31 d.A.), war
während des Krieges als Regierungsamtmann und SS(SD)-Haupt-
sturmführer in der Abteilung IV B 4 (IV A 4) des Reichssi-
cherheitshauptamtes tätig. Leiter dieser Abteilung war der
im Jahre 1962 hingerichtete SS(SD)-Obersturmbannführer
Adolf E i c h m a n n . Der Beschuldigte W ö h r n war

501-3 3442/63

Leiter des sog. Schutzhaftreferats für Juden. Sein Wohn- und Aufenthaltsort ist erst jetzt ermittelt worden (vgl. Bl. 28 - 30 d.A.).

Er wird beschuldigt.

neben dem in Frankfurt (Main) in Untersuchungshaft befindlichen Regierungsrat und SS(SD)-Hauptsturmführer in der Abteilung IV B 4 (IV A 4) des Reichssicherheitshauptamtes, Rechtsanwalt Otto H u n s c h e , im Dezember 1942 bei der willkürlichen Erschießung von mindestens 7 prominenten Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Berlin, der Deportierung von weiteren 6 Mitgliedern mitgewirkt und schließlich die Deportierung der Sekretärin bei der Reichsvereinigung der Juden in Berlin, der "Geltungsjüdin" Benjamin, veranlaßt zu haben. Die deportierten jüdischen Personen haben im Konzentrationslager den Tod gefunden (vgl. Bl. 1 d.A., Bl. 1 - 6, 47, 50 d.A. in Hülle Bl. 31 d.A.).

Der Beschuldigte W ö h r n steht weiter im Verdacht, in gleicher Weise wie die übrigen Funktionäre der Judenabteilung des Reichssicherheitshauptamtes maßgeblich an der sog. "Endlösung der Judenfrage in Europa", der Bezeichnung für die von HITLER im Sommer 1941 angeordnete und von der Judenabteilung betriebene biologische Ausrottung der im deutschen Machtbereich lebenden Juden, also am Massensterben, teilgenommen zu haben. Gegen W ö h r n werden aus diesem Grunde in dem Sammelverfahren der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt (Main) zur Klärung des Massenmordes an mehr als 300 000 ungarischen Juden (1944) - Az.: 4 Ks 1/63 bzw. 4 Js 1017/59 - Ermittlungen geführt. Hierzu werden beispielhaft Ablichtungen von Originalakten des Auswärtigen Amtes vorgelegt, aus denen sich Anhalt für eine persönliche Beteiligung des Beschuldigten an den Judenaktionen in Ungarn ergibt.

Die Ermittlungen werden jedoch auf die Gesamttätigkeit des Beschuldigten W ö h r n in Eichmanns Judenabteilung ausgedehnt werden müssen.

Weitere Anträge im Anschluß an die Vernehmung des Beschuldigten bleiben vorbehalten.

Im Auftrag:

H. Steinbacher
(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

B e s c h l u s s

In der Ermittlungssache
gegen Otto Hunsche u.A.,
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord,

wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft
Frankfurt/Main die Durchsuchung der Wohnung , der Geschäfts-
räume sowie seiner Person und der ihm gehörenden Sachen

des Beschuldigten Vertreters Fritz
W ö h r n, geboren am 12.3.1905 in
Berlin, wohnhaft in Düsseldorf,
Golzheimer Straße 4,

gemäß §§ 102,105 StPO. angeordnet, weil zu vermuten ist, daß
die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird.

Sachen, die als Beweismittel für die weitere Untersuchung
von Bedeutung sein können, oder der Einziehung unterliegen,
sind in Verwahrung zu nehmen und werden, falls sie nicht frei-
willig herausgegeben werden, gemäß §§ 94,98 StPO. beschlagnahmt.

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel
der Beschwerde zulässig.

Düsseldorf, den 18. September 1963
Das Amtsgericht Abt. 50

Urschr. m. A. u. Ausf.

dem Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt

Frankfurt/Main

Düsseldorf, den 18.9.1963

Das Amtsgericht Abt. 50

Amtsgerichtsrat

Zi (Zeschick)
Amtsgerichtsrat

Gesch.-Zeichen: 5179/63-Ree. -

Auf Anordnung des Amtsgerichtes - Abt. 50 - Düsseldorf

wurde ~~weil Gefahr im Verzuge war~~ heute um 09.00 Uhr in der Wohnung*) - ~~den Geschäft~~
den
und sonstigen Räumen*) - des Vertreters Fritz W ö h r n , geb. 12.3.05 Berlin,
wohn. Düsseldorf, Golzheimer,
Ort Straße Nr. 4
Platz

eine Durchsuchung von dem Unterzeichneten vorgenommen.

Der Durchführung wohnten bei:

KM Fonken, LKA NW - Dez. 15 -

der Beschuldigte,

seine Ehefrau

keine
Es wurden ~~die umseitig aufgeführten~~ Gegenstände aufgefunden und - in Verwahrung genom-
men*) ~~sichergestellt*)~~ ~~beschlagnahmt*)~~ ~~weil sie als Beweismittel von Bedeutung sein~~
~~können*)~~ ~~der Einziehung unterliegen*)~~

Gegen die Beschlagnahme wurde von dem Beschuldigten W ö h r n
- kein*) ~~ausdrücklich*)~~ Widerspruch erhoben.

Eine Mitteilung oder ein Verzeichnis gemäß § 107 StPO. wurde - nicht*) - verlangt. ~~und~~
dem Beschuldigten wurde eine Ausfertigung des Durchsuchungs-
beschlusses

Reer (Reer)
Namen des Beamten
der

KM
Amtsbezeichnung

- LKA NW - Dez. 15 -
Dienststelle

* Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen

Nachweisung der Gegenstände

Lfd. Nr.	Stücke oder Ge- wicht	Gegenstand	Wert	Name, Stand, Wohnung des letzten Inhabers

Ich habe keine Beanstandungen zu machen.

.....

Namen der Beamten

Name des Betroffenen oder eines Zeugen

Verbleib der Gegenstände (Nichtzutreffendes ist durchzustreichen)

- a) Belassen im Gewahrsam des
- b) Im Polizeirevier sichergestellt.
- c) Zur Aufbewahrungsstelle gegeben.

Ausgehändigt am an Erhalten

Name, Amtsbezeichnung des aushändigenden Beamten und des Empfängers

Düsseldorf, den 19. September 1963

37

V e r m e r k :

Der Beschuldigte W ö h r n erklärte bei der heutigen Durchsuchung seiner Wohnung gegenüber dem Unterzeichner, daß er längst schon mit dem Erscheinen von Kriminalbeamten oder kriminalpolizeilichen Maßnahmen überhaupt gegen sich gerechnet habe.

Als Gründe hierfür führte er an, daß er durch seine Verwandten, welche in Duisburg wohnhaft sind, erfahren hatte, daß die Kriminalpolizei sie nach seinem derzeitigen Aufenthalt befragt habe. Tatsache ist, daß durch die hiesige Dienststelle in der zweiten Augushälfte 1963 ein in Duisburg lebender Schwager des W ö h r n zum Aufenthalt des Beschuldigten befragt wurde.

Andererseits rechnete W ö h r n mit Ermittlungen seitens der Kriminalpolizei gegen sich wegen seiner früheren Tätigkeit beim Reichssicherheitshauptamt Berlin. Ihm war durch Rundfunk und Presse bekannt geworden, daß nach der Verurteilung Eichmanns ein Ermittlungsverfahren gegen H u n s c h e und andere Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes in der Bundesrepublik anhängig sei.

Diesen Umständen entsprechend mußte die Durchsuchung zwangsläufig negativ verlaufen, da neben umfangreichen Geschäftspapieren kein privater Schriftverkehr oder Lichtbilder aus den Kriegs- oder Nachkriegsjahren vorgefunden wurden.

W ö h r n betätigt sich seit Jahren als Vertreter für Einzel- und Bauteile der Elektrotechnik.


(Reer, KM)

Aktenvermerk:

Über das Einwohnermeldeamt Düsseldorf wurde festgestellt, daß der Beschuldigte W ö h r n seit 19.6.1945 in Düsseldorf amtlich gemeldet ist und folgende Wohnsitze hatte:

Seit 19.6.45 Rolandstr. 35, Beruf Übersetzer,
seit 4.7.45 Golzheimer Str. 4, Beruf Vertreter,
seit 18.3.46 Rathausufer 18, " " ,
seit 11.11.50 Golzheimer Str. 4, " " .


(Reer, KM)

Düsseldorf, den 21.8.1963

Vermerk für die Handakte zu Tgb.-Nr. 5179/63

(Aufenthaltsermittlung des ehem. Amtsrates im RSHA und
SS-Hastuf. im Judenreferat Eichmann :

Fritz W ö h r n , geb. 12.3.1905 in Berlin).

Es wurde festgestellt, daß W. in Düsseldorf, Golzheimer
Str. 4, amtlich gemeldet und wohnhaft ist. W. ist als
Vertreter tätig; seine Telefonnummer lautet: 431071.

Bei der Firma M ö h l i g , Klemens oH., Elektroerzeugnisse,
Duisburg, Heerstraße 50, handelt es sich um zwei Schwäger
des W.

- a) Peter M ö h l i g , Kaufmann, geb. 19.1.1904
in Duisburg, wohnhaft Duisburg, Heerstr. 50,
- b) Hugo M ö h l i g , Kaufmann, geb. 2.11.1902
in Duisburg, wohnhaft in Duisburg, Heerstr. 50.

Weiterhin wohnen unter der gleichen Anschrift die

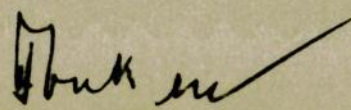
- a) Schwiegermutter des W., Frau Witwe
Emma M ö h l i g , geb. 21.7.1877 in Duisburg
und
- b) eine Schwägerin des M., Frl.
Helene M ö h l i g , geb. 3.2.1901 in Duisburg.

Die Ehefrau des W., Emmy, geb. Möhlig, geb. 1.2.1908 in
Duisburg, ist im Standesamt Duisburg-Mitte unter der
Reg.-Nr. 501/1908 registriert.

Die Ehe des Fritz W ö h r n mit der Emmy M ö h l i g
wurde am 20.1.1934 in Oberhausen geschlossen, und zwar
unter der Reg.-Nr. 72/1934. Die Ehe besteht noch. Kinder
sind beim Standesamt nicht eingetragen.

Als Trauzeugen sind vermerkt:

Hugo M ö h l i g , Duisburg, Heerstr. 50, und
Gottfried H a u p t , Oberhausen, Kaiserstr. 147.


(Forken) KM.

An den
Herrn Innenminister des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Elisabethstr. 5

Betrifft : Wiederverwendung im Staatsdienst.
Bezug : Ohne.

Nach Erlangung des Abiturs zu Ostern 1925 trat ich am 1.8.1926 als Polizeizivilsupernumerar in den Dienst des Polizeipräsidiums in Berlin und legte dort im August 1929 mein Examen für die mittlere gehobene Verwaltungslaufbahn mit dem Prädikat " gut " ab.

Durch Ministerial-Erlass wurde ich mit dem 1.6.1930 zum Polizeipräsidium in Oberhausen/Rhld. versetzt und durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf rückwirkend mit dem 1.4. 1930 als Polizeiobersekretar auf Lebenszeit angestellt.

Ich wurde am 12.3.1905 in Berlin geboren und habe mich am 20.1. 1934 mit Emmy geb. Möhlig, geb. am 1.2.1908 in Duisburg, in Oberhausen verheiratet.

Durch Erlass des damaligen Geheimen Staatspolizeiamtes wurde ich im Februar 1935 zum Geheimen Staatspolizeiamt nach Berlin versetzt. Diese Versetzung erfolgte ohne mein Dazutun - ja, diese Behörde war mir bis dahin nicht einmal dem Namen nach bekannt - im Zuge einer allgemeinen Herausnahme speziell jüngerer Beamter aus dem Bereich verschiedener Polizeipräsidien zur nunmehrigen Dienstleistung bei der Geheimen Staatspolizei.

Auf ein im Frühsommer 1935 von mir an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtetes Gesuch um Übernahme in den dortigen Dienst erhielt ich einen Bescheid mit der ablehnenden Begründung, daß derzeit einerseits kein Bedarf an Stellenanwärtern vorliege und ich zum anderen das gesetzte Mindestalter bereits überschritten hätte.

So verblieb ich beim Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin, wo ich ohne Unterbrechung durch Kriegsdienst oder eine sonstige auswärtige Verwendung Dienst getan habe; von einer Auslagerung meiner Dienststelle in den letzten Wochen vor der Kapitulation abgesehen.

Im Herbst 1936 wurde ich zum Reg. Oberinspektor und im Sommer 1942 zum Reg. Amtmann befördert.

Mit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 ging auch meine Dienststelle unter.

Ich kehrte mit meiner Frau ins Rheinland zurück und wohne seitdem in Düsseldorf.

Nach vorläufiger Betätigung als Übersetzer nehme ich seit dem Jahre 1949 als selbständiger Handelsvertreter das Interesse verschiedener Herstellerfirmen der Elektro-Schaltindustrie wahr.

Mein Beförderungszugnis, die Anstellungs- und Beförderungsurkunden sowie sonstiges hielt ich in einem Safe der Girokasse 121 der Berliner Stadtbank verwahrt.

Nach Auskunft dieser wurde der Safeinhalt nach Aufhebung der Beschlagnahme der Stahlkammern durch die Besatzungsmächte nicht mehr vorgefunden.

Ich bedauere daher, entsprechende Unterlagen zunächst nicht vorlegen zu können.

Da ich einerseits - bis auf wenige Monate - die Hälfte meiner bisherigen Berufszeit im Staatsdienst verbracht habe, und mir andererseits weder während meiner Dienstzeit noch später etwas habe zuschulden kommen lassen, erlaube ich mir, hiermit um meine Wiederverwendung im Staatsdienst nachzusuchen.

Nachdem ich jahrelang und ständig mit der Materie umgegangen bin, bin ich zu einschlägigen technischen Kenntnissen gelangt, sodaß ich entsprechenden Anforderungen ohne weiteres nachzukommen vermag.

In Erwartung Ihres geneigten Bescheides zeichne ich

hochachtungsvoll !

Ernst Mehl

15
15/10/10



4 Js 614/63

An das

Landeskriminalamt
Nordrhein - Westfalen
Dezernat 15

D ü s s e l d o r f

In der Ermittlungssache

gegen HUNSCH (WOEHRN -PRÜFER)


wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord

bitte ich im Anschluß an die Vernehmung des Beschuldigten

W o e h r n noch folgende Feststellungen treffen zu wollen :

1. Genaue Personalien des Zeugen A m t m a n n
S e l b e r g, tätig im Polizeipräsidium in Duisburg ,
und seiner Ehefrau, die im Polizeipräsidium in Düsseldorf (Gewerbepolizei ?) Dienst tut.
Der Beschuldigte W o e h r n hat angegeben, daß er
nur mit einem einzigen Bekannten aus der früheren
Dienstzeit im RSHA Verbindung hat, nämlich mit
dem Amtmann S e l b e r g.
2. Welche Personalien sind im Bundespersonalausweis des
Beschuldigten W o e h r n eingetragen ?
Die Überprüfung ist während meiner Anwesenheit in Düsseldorf unterblieben. Trotz Aufforderung hat W o e h r n
den Bundespersonalausweis nicht vorgelegt.
Vielleicht empfiehlt sich auch Überprüfung der polizeilichen Akten, um festzustellen, welche Personalien W.
angegeben, vor allem welche Schreibweise seines Namens
(richtig : W o e h r n !) er gewählt hat.

Im Auftrage :


Staatsanwalt

LANDESKRIMINALAMT

NORDRHEIN-WESTFALEN

- Dezernat 15 -

Az.: (5179)-5276/63 - Reg. -

44
4 DÜSSELDORF 1, DEN 23. Sept. 1963

JÜRGENSPLATZ 5-7

POSTFACH 5009

FERNRUF S.-NR. 84841

NEBENSTELLE

OBERSTAATSANWALT
FRANKFURT (MAIN)

Empf. 25. SEP 1963

Ed. Am.

An den

Herrn Oberstaatsanwalt

- bei dem Landgericht -

6 in Frankfurt / Main

Heiligkreuzgasse 34

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen H u n s c h e (Woehr/Prüfer)
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortiges Ersuchen vom 21.9.1963 - 4 Js 614/63 -

Zu 1.) Der Reg.-Amtmann i. R. Fritz S e l b e r g ,
geb. 24.8.1898 in Wehrendorf/Krs. Herford, ist
wohnh. und amtlich gemeldet in Düsseldorf, Brehmstr. 3-4 .
Wegen Erreichung der Altersgrenze trat S e l b e r g
am 1.9.1963 in den Ruhestand. Er war zuletzt bei der
Kreispolizeibehörde Duisburg tätig.
Seine Ehefrau Paula, geb. Schmitz, geb. 27.11.1903 in
Düsseldorf, ist noch bis zum 30.11.1963 als Angestellte
für den Büro- und Kassendienst beim Ordnungsamt Düsseldorf
(Polizeipräsidium) beschäftigt.

Zu 2.) Der Bundespersonalausweis des W o e h r n wurde
eingesehen. Die Schreibweise des Namens und die weiteren
Personalien lauten:

Fritz W o e h r n ,
geb. 12.3.1905 in Berlin-Neukölln,
wohnh. Düsseldorf, Golzheimer Str. 4 .

In den Unterlagen des Einwohnermeldeamtes Düsseldorf ist
die Schreibweise des Namens mit o-Umlaut (ö) angegeben:
W ö h r n .

Im Auftrage:

(Kaup)

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 614/63

Ihr Zeichen:

45
6 FRANKFURT (MAIN), 1. den. 25. Sept. 63
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

An das
Polizeipräsidium 12. K.
Frankfurt (Main)



Betr.: Strafsache gegen Hunsche u.A. ,
hier: Fritz W o e h r n , geb. 12.3.1905
in Berlin
wegen nsG

Anlg.: 2 Lichtbilder

Ich bitte, von anliegenden Passbildern je fünf
Reproduktionen (wenn möglich etwas vergrößert)
herstellen zu lassen und bei Rückgabe den Film
beizufügen.
Kostenrechnung wie üblich.

Im Auftrage:

H. Reinhardt
Staatsanwalt

-12.K.-(Kö)


46
Frankfurt/Main, den 26.9.1963

Urschr. g.R.
dem

Erkennungsdienst

im H a u s e

zur Erledigung im Sinne des Ersuchens der Staatsanwaltschaft
Frankfurt/Main übersandt.


(R o B) KHK.

Der Oberbürgermeister
- Polizeipräsident -
Kr./12.K.
Tgb.Nr.: 2438/63-Kö.-

Frankfurt/Main, den 27.9.63
Friedrich-Ebert-Anlage 5-11
Telefon: 330541 App.: 7692

Urschr.
dem

Herrn Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

6 Frankfurt / Main

nach Erledigung zurückgesandt.



I. A.

(R o B)
Kriminalhauptkommissar



DER OBERBÜRGERMEISTER
POLIZEIPRÄSIDENT

47

Der Oberbürgermeister - Polizeipräsident - Frankfurt a. M.

6 FRANKFURT AM MAIN 1

An die

Oberstaatsanwaltschaft

6 Frankfurt am Main



Friedrich-Ebert-Anlage 11

Fernruf: 330541

Nebenstelle: 7105

Fernschreiber 04 - 13064

Postscheckkonto:

Polizeikasse Pfm. 7149

I W 1 - D./Rö.

-2509/108-

Tag: 1. Oktober 1963

Betrifft: Strafsache gg. Hunsche u.a. wegen NsG; hier: Fritz

WOEHRN, 12.3.1905 Az: 4 Js 614/63

Anlage - 1 -

In obiger Strafsache sind mir laut beiliegender Kostenrechnung Kosten in Höhe von

DM 3,20

entstanden. Es wird gebeten, diesen Betrag auf das Postscheckkonto der Polizeikasse Frankfurt am Main, Konto Nr. 7149, zu überweisen.

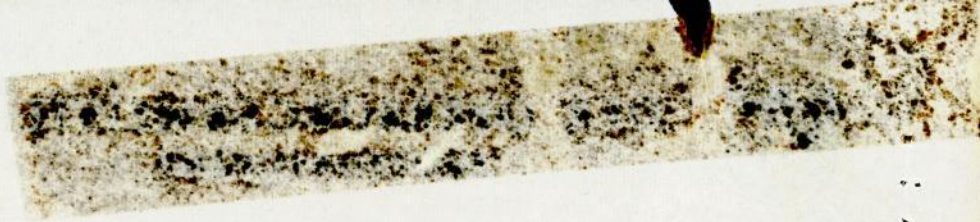
Im Auftrage:

Stadtoberinspektor

*Georg Kraft/Heyer,
F.O. F. Hild o. V..*

11. 4/10.

*West. m. K.
Sel. 8/10. 63*



0-2-2-2

DER OBERBÜRGERMEISTER
Polizeipräsident

Frankfurt a.M., den 27. September 1963

Anhang

Kr. 12.K. Tgb.Nr.: 2438/63-K₁

Bitte nach Abschluß des Verfahrens Rückseite
ausfüllen und absenden.

KOSTENVORNEHMUNG

gem. RdErl. vom 24. 7. 1949 (RNBl IV. S. 1547)

(A.V. des RIM. v. 30. 5. 1930 - 4231 IIa 2501 / DtJust. S. 884)

RECHNUNG

in Sachen: Strafsache gg. Hunsche u.a. wegen NSG; hier: Fritz WOEHREN, 12.3.1905
wegens NSG

Tag des Kostenanfalls	Anlass und Art der Kosten	Betrag		Bemerkung
		DM	DPf	
27.9.1963	Anfertigung von 2 Reproduktionen à -.10	-.	20	Oberstaatsanwalt Frankfurt / Main Az.: 4 Js 614/63
	10 Lichtbilder à -.30	3.	--	
		3.	20	

Sachlich richtig und festgestellt:

(R o B) Krim.Hpt.Komm.

(Unterschrift)

Aufgestellt:

(Köbel) KHM.

(Unterschrift und Dienstrang)

Vorstehenden Gesamtbetrag bitten wir auf Postscheckkonto: Polizeikasse Ffm 7149 zu überweisen.

Frankfurt a. M., den

Akzo: _____

(Absender)

Dem Herrn

Oberbürgermeister

Polizeipräsident

Abt. I W 1

Frankfurt am Main

Friedrich-Ebert-Anlage 11

Verurteilung
beurteilten Betrag (3,20 DM)
keine ein Zahlung
empfinden
18. Okt. 1963

1. _____

(Name)

wurde rechtskräftig, kostenpflichtig verurteilt.

a) Umstehende Kosten wurden / werden am _____ überwiesen.

b) Kosten bleiben wegen dauerndem Zahlungsunvermögen des Verurteilten außer Ansatz

c) Kosten sind nicht einzutreiben, da der Verurteilte _____

2. Nachstehende Kosten sind nicht einziehbar, da das Verfahren wegen _____

eingestellt wurde.

(Unterschrift)

Rechnungsjahr 19

R 05-04-310-5 | 1963 | K

49

Verbuchungsstelle: Einzelplan Kapitel Titel Unterteil der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts.

Reisekostenrechnung

des Staatsanwalts Dr. Adolf Steinbacher, Hanau/Main

über die

— auf Anordnung des Herrn Oberstaatsanwalts vom 30. August 1963 (Nr.) —

— in der Rechtsache Hunsche (Woehr), 4 Js 614/63 (.....) —

angeführte Dienstreise

Jahr Tag, Monat der Reise	Zeit- punkt a) des Antritts b) der Been- digung der Reise	Art der Ausführung der Reise (Beförderungsmittel, von Amts- wegen gewährte unentgeltliche Tagesverpflegung oder Unterkunft usw.) Reiseweg, Beginn, Beendigung und Erläuterung des Dienst- geschäfts	Zahl der Tage				Be- zahlte Wagen oder Schiffs- klasse	Fahrkosten						Neben- kosten	
			mit		— bei Sonder- festsetzung — mit			a) Fahr- karte (Flug- schein) b) Bett- karte	a) Zuschläge für E.-D.- FD-Züge b) Platz- karte c) Gepäck	Zu- und Abgang	Land- weg strecken				
			Tage- geld 1)	Über- nach- tungs- geld 1)	Tage- geld 2)	Über- nach- tungs- geld 2)						DM Pf.	DM Pf.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		10		11	12	13	
1963	a)	Hanau/Main													
18.	0.30	Frankfurt am Frankfurt/Main	4	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.50
IX	4.00	Düsseldorf u. zu-													
bis		rück. Staats-													
21.	15.00	anwaltschaftliche													
IX	14.30	Geschäfte, ins-													
		besondere Ver-													
		nehmung des B. Woehr													
		<u>Beginn: 11,30</u>													
		am 18.9.63													
		AG. Düsseldorf													
		Ende: 10,45 am													
		21.IX. 1963 SK D.	4	3											4.50
		Zusammen													

Anmerkung

1) Zu Spalten 4 und 5:

Wird volles Tagegeld und Übernachtungsgeld nicht gewährt, so ist der zu zahlende Teil mit einem Dezimalbruch (z.B. 0.25) einzusetzen. In Spalten 4 und 5 kommen auch zum Ansatz Teile des Tagegeldes und Übernachtungsgeldes bei unentgeltlich gewährter Tagesverpflegung und Nachtunterkunft, für Schlafwagen und Kabinenbenutzung sowie für Bezirkstagegeld und Bezirksübernachtungsgeld.

2) Zu Spalten 6 und 7:

I. Hier kommen zum Ansatz

a) Tage mit Auslandstagegeld (z.B. 0.7 Ausl. B.d.h. Auslandstagegeld nach Ländergruppe B) — nur Spalte 6 —;

b) Tage mit ermäßigtem Tagegeld und Übernachtungsgeld nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes (z.B. 3. erm. zu 9 DM);

c) Tage mit Beschäftigungstagegeld und Beschäftigungstagegeld nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes und den Sondervorschriften hierzu (z.B. 7 BR zu 12 DM — Tagegeld und Übernachtungsgeld getrennt angeben — oder 14 BT zu 5 DM — nur Spalte 6 —).

II. Pauschvergütung und Aufwandsentschädigung nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes sind besonders abzurechnen.

III. Für die Bewilligung eines Zuschusses nach § 16 des Gesetzes bedarf es eines Sonderantrages.

HKR Nr. 130: Reisekostenrechnung.

Vordrucklager Carl Ritter & Co., Frankfurt (Main)

Kostenberechnung

I. a) Tagegeld nach Spalte 4 für 4 Tage zu 16 DM

b) Übernachtungsgeld nach Spalte 5 für 3 " " 14 DM

II. a) Tagegeld nach Spalte 6 für " " " DM

b) Übernachtungsgeld nach Spalte 7 für " " " DM

III. Fahrtkosten a) Fahrkarte, Flugschein, Bettkarte entfällt

b) Zuschlag für E-, D-, FD-Züge; Platzkarte; Gepäck entfällt

c) Zu- und Abgang entfällt

d) Entschädigung für Wegstrecken — mit unentgeltlich gestelltem Fahrrad oder Kraftrad — zu Fuß

oder mit eigenem Fahrrad — mit gemietetem Fuhrwerk oder Kraftfahrzeug — mit eigenem Kraftrad

— mit eigenem Kraftfahrzeug, das auf Veranlassung der Behörde oder im Interesse des Dienstes

angeschafft ist — einschl. S. adtf. 559 km zu DM 0.19

Zuschlag für mitgenommene Beamte 420 440 km zu DM —

4.50 DM die sich wie folgt zusammensetzen:

IV. Nebenkosten 3 x Einstellung des Kraftwagens in Hotelgarage zu je 1,50 DM entfällt

0,2 Beschäftigungvergütung

Hiervon ab: 0,3 de. Entschädigung für versetzte Beamte

0,4 für versetzte Beamte

Geltbetrag		DM	Pf.
64	—	—	—
42	—	—	—
106	21	—	—
83	60	—	—
4	50	—	—
216	71	—	—
194	10	—	—
216	71	—	—
194	10	—	—
216	71	—	—
194	10	—	—

Ich beziehe Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A13^b und erhalte Beschäftigungstagegeld evtl. Beschäftigungvergütung von täglich 1,75 DM

Diäten Entschädigung für versetzte Beamte

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.

Frankfurt/Main, den 23. September 63

Name: Staatsanwalt Frankfurt/Main

(Dienststellung und Behörde)

Festgestellt

Name: Justizoberinspektor

(Dienststellung)

Im Anschluß an die förmliche Kassenanweisung vom 19. Nr. über DM

verbucht bei Einzelplan Kapitel Titel Unterteil der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts für das

Rechnungsjahr 19 Die Bemerkung des eigenen P.K.W. 13 zur Genehmigung Ein Dienstwagen steht nicht zur Verfügung

Sachlich richtig (Nr. 38 Abs. 3 AB. z. RK G.) Es handelt sich — nicht — um eine Versetzungsreise (Nr. 39 Abs. 2 DVfg. z. d. RK Best.).

Die Oberjustizkass. Pfr. wird angewiesen, den vorstehenden Betrag mit 194 DM 10 Pf

in Worten: Einhundertneundvierzig Deutsche Mark 10 Pf auszuzahlen

und, wie angegeben, als Haushaltsausgabe durch Rotabsetzung als Haushaltsentnahme zu buchen. Abschrift der Berechnung ist zu den Akten gegeben.

Haushaltsüberwachungsliste Nr. Frankfurt, den 30. 9. 19 63

An die Oberjustizkass. -Kasse

(Ort) Frankfurt/Main

Der Betrag ist in den Akten vermerkt. 30. SEP. 1963

Frankfurt am Main, den 30. 9. 1963

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht

(Bezeichnung der Behörde)

Empfangsbescheinigung

Betrag erhalten

Frankfurt, den 2. Oktober 19 63

(Name)

FL 05-04-310-5 1964 K

(Dated: 14)

50

über die

Herrn Oberstaatsanwalt

Leunische (Wochen), 4 Is 64/63

angeführte Dienstreise

Zusammen

Anmerkung

1) Zu Spalten 4 und 5:

Wird volles Tagesgeld und Übernachtungsgeld nicht gewährt, so ist der zu zahlende Teil mit einem Dezimalbruch (z.B. 0,25) einzusetzen. In Spalten 4 und 5 kommen auch zum Ansatz Teile des Tagesgeldes und Übernachtungsgeldes bei unentgeltlich gewährter Tagesverpflegung und Nachtunterkunft, für Schlafwagen und Kabinenbenutzung sowie für Bezirkstagegeld und Bezirksübernachtungsgeld.

2) Zu Spalten 6 und 7:

I. Hier kommen zum Ansatz

a) Tage mit Auslandstagegeld (z.B. 0.7 Ausl. B.d.h. Auslandstagegeld nach Ländergruppe B) — nur Spalte 6 —;

b) Tage mit ermäßigtem Tagegeld und Übernachtungsgeld nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes (z.B. 3. erm zu 9 DM);

e) Tage mit Beschäftigungsreisegeld und Beschäftigungstagegeld nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes und den Sondervorschriften hierzu (z.B. 7 BR zu 12 DM — Tagegeld und Übernachtungsgeld getrennt angeben — oder 14 BT zu 5 DM — nur Spalte 6 —).

II. Pauschvergütung und Aufwandsentschädigung nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes sind besonders abzurechnen.

III. Für die Bewilligung eines Zuschusses nach § 16 des Gesetzes bedarf es eines Sonderantrages.

HKR Nr. 130: Reisekostenrechnung.

Kostenberechnung

- I. a) Tagegeld nach Spalte 4 für — Tage zu — DM
 b) Übernachtungsgeld nach Spalte 5 für — „ „ — DM
 II. a) Tagegeld nach Spalte 6 für — „ „ — DM
 für — „ „ — DM
 b) Übernachtungsgeld nach Spalte 7 für — „ „ — DM
 für — „ „ — DM

- III. Fahrtkosten a) Fahrkarte, Flugschein, Bettkarte
 b) Zuschlag für E-, D-, FD-Züge; Platzkarte; Gepäck
 c) Zu- und Abgang
 d) Entschädigung für Wegstrecken — mit unentgeltlich gestelltem Fahrrad oder Kraftrad — zu Fuß
 oder mit eigenem Fahrrad — mit gemietetem Fuhrwerk oder Kraftfahrzeug — mit eigenem Kraftrad
 — mit eigenem Kraftfahrzeug, das auf Veranlassung der Behörde oder im Interesse des Dienstes
 angeschafft ist — km zu DM —
 Zuschlag für mitgenommene Beamte km zu DM —

IV. Nebenkosten

Hiervon ab: 0,2 Beschäftigungsvergütung für — bis — mit je — DM
 0,3 de. Entschädigung
 0,4 für versetzte Beamte

Zusammen . . .

Bleiben . . .

Als Abschlag sind bereits ausbezahlt . . .

Mithin noch ausbezahlen . . .

Ich beziehe Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe — und erhalte Beschäftigungsvergütung von täglich — DM
 Diäten Entschädigung für versetzte Beamte

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.

den —
 Name: —
 im —
 (Dienststellung und Behörde)

Festgestellt
 Name: *Bröls*
ap. Justizinspektor
 (Dienststellung)

Im Anschluß an die förmliche Kassenanweisung vom *30. Sept.* 19*63* Nr. — über *194,10* DM
 verbucht bei Einzelplan *05* Kapitel *04* Titel *310* Unterteil *5* der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts für das
 Rechnungsjahr 19*63*

Sachlich richtig (Nr. 38 Abs. 3 A.B. z. R.K.G.) Es handelt sich — nicht — um eine Versetzungsreise (Nr. 39 Abs. 2 DVfg. z. d. R.K.Best.).

Die *Oberjustizkasse Ffm.* wird angewiesen, den vorstehenden Betrag mit *15* DM *39* Pf

in Worten: *Fünfzehn* Deutsche Mark *39* Pf auszuzahlen
 wieder einzuziehen

und, wie angegeben, als Haushaltsausgabe durch Rotabsetzung als Haushaltseinnahme zu buchen.

Abschrift der Berechnung ist zu den Akten gegeben.

Der Betrag ist in den Akten vermerkt.

Haushaltsüberwachungsliste Nr. —
Frankfurt/M., den *7. Januar* 19*64*

An die *Oberjustizkasse* -Kasse

(Ort) *Frankfurt/Main*

Frankfurt am Main, den 7. JAN. 1964
Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht:
 (Bezeichnung der Behörde)

(Unterschrift)

Empfangsbescheinigung

Betrag erhalten

Gen. 19

(Name)

Beglaubigte Abschrift

- von beglaubigter Abschrift -

DER GENERALSTAATSANWALT
214 E 282

6 Frankfurt(Main)1, den 12. 12. 1963
 Postfach 3507
 Gerichtsstrasse 2
 Fernruf: 2867/259

Herrn

Staatsanwalt

Dr. Steinbacher

6 Frankfurt (Main)

Staatsanwaltschaft
 bei dem Landgericht

Betr.: Kassenanweisung des Oberstaatsanwalts bei dem
 Landgericht Frankfurt (Main) vom 10. 9. 1963 und
 vom 30. 9. 1963

hier: Absetzung von Reisekosten

Bezug: Ihre Beschwerden vom 12. September 1963 und vom
 2. Oktober 1963 an den Oberstaatsanwalt bei dem
 Landgericht Frankfurt (Main)

Auf die vorbezeichneten Beschwerden, die mir der Oberstaats-
 anwalt bei dem Landgericht Frankfurt (Main) zugeleitet hat,
 bewillige ich für die ausgeführten Stadtfahrten in Düssel-
 dorf aus Anlaß der Dienstreise vom 18. bis 21. September
 1963 einen Betrag von 15,39 DM (= 81 km je -,19 DM). Der
 Betrag ist als Nebenkosten auszusahlen. Eine Entschädigung
 für die Wegstrecke von Hanau (Familienwohnsitz) nach Frankfurt
 (Main) (Dienstort) und zurück ist nach Nr. 27 AB zum RKG nicht
 möglich. Darüberhinaus sehe ich keine Veranlassung, die Kas-
 senanweisungen vom 10. und 30. September 1963 zu beanstanden.

Dr. B a u e r

Herrn

Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht

6 Frankfurt (Main)

auf den Bericht vom 10. Oktober 1963 (214 E - 630) mit der
 Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Veranlassung übersandt.

Dr. B a u e r

Beglaubigt:
 gez. Unterschrift
 Justizangestellte

214 E - 630

Beglaubigt: *4178*
 Justizangestellte

Radio-Wächtershäuser

52

RADIO-FERNSEH-PHONO-KAUFHAUS

Frankfurt a. M.

Friedensstraße 7 - gegenüber Frankfurter Hof - Telefon 27657/58/59

Offenbach a. M.

Zell 46 neben Brenninkmeyer Telefon 22391

Frankfurter Straße 31 (ehemals Café Welsker) Telefon 82873

RUNDFUNKGERÄTE
FERNSEHGERÄTE
MUSIKSCHRÄNKE

Zell 46 Konsleblerwaage

SCHALLPLATTEN

TONBANDGERÄTE

REPARATURWERKSTÄTTE

Re.	95-04-310-5	1963 K
den		27.8.63

Rechnung

Herrn

Staatsanwaltschaft

Frau

beim Landgericht

2 Tonbände	730	17.50	32.50
1 " "	360	17.50	65 -
		17.50	
		82.50	

Aguiñe, Jous.

Sachlich richtig und festgestellt (auf 82 DM 50 Pf.)
Der Betrag ist in den Akten vermerkt.

Rechnung / Rechnungsbogen
82,50 DM (Einkaufspreis 5/10x)

an den Rechnungsteller:

zu zahlen und wie oben zu buchen

2. Okt. 1963

An die

Frankfurt/M., den

Oberjustiz-
kasse

Der Oberstaatsanwalt
beim Landgericht:

Frankfurt/M.

H. A.
H. Weinsten

Staatsanwalt, Gen. Anw.


4 F 614/63

2 Lichtbildvorlagen:
a) Führerschein 1948
b) Pass 1951

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
6 Frankfurt am Main**

Geschäfts-Nr.:





1951 Pass





Titmouse

1898

Der Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht

4 Js 614/63

ED 2 (Personenfeststellung)

Eing.: 1. Okt. 1963

Tgb.: 4092 / 63

Frankfurt (Main), den 24. Sept. 1963

Heinrichstraße 35 (Altbau) 2. Stock
Telefon 2867, 600

55

Der Polizeipräsident in Berlin
Abteilung I.

SEP. 1963

Anlage: KJ 2

An das

Polizeipräsidium

- Kriminalpolizei -

Abteilung I

1 B e r l i n - Tempelhof
Tempelhofer Damm 1 - 7

1. 10. 63
Wk

In rubriz. Ermittlungsverfahren benötigt die Staatsanwaltschaft eine ungekürzte beglaubigte Abschrift aus dem Geburtsregister des Standesamts Berlin für :

Fritz W o e h r n

geboren am 12.3.1905

in Berlin - Rixdorf ,

jetzt wohnhaft in Düsseldorf, Golzheimerstrasse 4.
Vor allem soll auf diese Weise eine sichere Feststellung getroffen werden, welche Schreibweise des Namens die richtige ist (Wöhrn oder W o e h m)

Evtl. bitte ich um Weitergabe dieses Ersuchens an das für den Geburtsort zuständige Berliner Standesamt.

Im Auftrage :

H. Steinbacher

(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

Abteilung I
I 1 - KJ 2

Eingang: 25. Sep 1963

Tgb. Nr.: 2360/63

Krim. Kom.: 3

Sachbearb.: *Dr. 26/11*

Der Polizeipräsident in Berlin
Abteilung K-KD IV/2/2/4092/63
Tg. Nr. 3/4092/63

1 Berlin 62, den 8. 10. 63
Gothaer Strasse 19
Tel: 71 05 71-1532

Vfg.

1) ED 2

Tgb. austragen ✓

2) Ur:

dem Herrn
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht



F R A N K F U R T/Main

zum Az: 4 Js. 614/63, unter Beifügung der erbetenen
Geburtsurkunde des WOEHNR zurückgesandt.

Im Auftrage

[Handwritten signature]
During

KOK

hel.

Nr. 1045.

Riedorf am 18. März 1905.

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach _____

be kannt,

zu Hermann Frohs Friederike
geborene Mähl, _____
wohnhaft in Riedorf Harnabstraße Nr. 2

Religion, und zeigte an, daß von der
Amalia Wilschmann Friederike Anna Wehrn
geborenen Gebhardts, geboren zu Himmelsdorf, Dist.
Rindorf Oskar Wehrn, bürgerlich, Religion,
wohnhaft zu Riedorf Ringstraße Nr. 5
zu Riedorf in der Wohnung des Hermanns

am _____ zwölften März _____ des Jahres
tausend neunhundert und fünf, _____ vor mittags
um _____ Uhr ein Knabe
geboren worden sei und daß das Kind _____ zu Vornamen

_____ Fritz Karl Oskar _____
erhalten habe. und sie bei der Heiratskunft
zugewogen gewesen sei. _____

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Friederike Frohs geborene Mähl

Der Standesbeamte.
Fritz Weydenhain
Büro

Die Übereinstimmung mit dem Hauptregister beglaubigt
Riedorf am 18. März 1905.

Der Standesbeamte
Fritz Weydenhain
Büro

Berlin-Neukölln, den 3. OKTOBER 1963

In Verbindung:



James

4 Js 614/63
(4 Ks 1/63)

/625

Luftpost

An das

Polizeipräsidium

- Abteilung I -

- z.Hd. von Herrn Krim.Dir. S t i c h -
pers. od. Vertr. i. Amt

i B e r l i n - Tempelhof

Tempelhofer Damm 1 - 7

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen HUNSCHE, WOEHRN u.A.
wegen Beihilfe zum Mord (1942 in Berlin - nsG)

Bezug: PP Abt. I, I 4 - KI 1 - Tgb.Nr. 1100/60 vom 28.11.60

Die Ermittlungen wegen der willkürlichen Erschießung und Deportierung jüdischer Geiseln (Tatzeit: 2.12.42, Tatort Berlin) führt die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt (Main) unter o.a. Aktenzeichen. Der Beschuldigte WOEHRN, Fritz, geboren am 12. 3. 1905 in Berlin, ist inzwischen in Düsseldorf, Golzheimer Str. 4 ermittelt und vernommen worden.

Es wird um weitere Unterstützung der Ermittlungen nach folgender Richtung gebeten:

- a) Lassen sich die Personalien des früheren Obersekretärs bei der Gestapo, Staatspolizeileitstelle Berlin, Burgstrasse (Bürohaus Börse) PRÜFER ermitteln? - Bejahendenfalls bitte ich auch um Beschaffung der DC- und WAST - Auskünfte.
- b) des Kriminalrats FOERSTER - wie zu a) -


Welche Anhaltspunkte bestehen dafür, daß PRÜFER, Leiter des Judenreferats bei der Gestapo-Leitstelle Berlin, sich nach dem Kriege erschossen haben soll, wie KS. REIHING V/1(S)V, PP Berlin am 15.5.1953 berichtet hat?

Dieser Bericht erscheint nicht verlässlich, zumal u.a.

auch

auch behauptet worden ist, WOEHRN sei "gefallen".

Im Auftrage:


(Dr. Steinbacher)

Staatsanwalt.

Der Polizeipräsident in Berlin

A b t e i l u n g I
I 1 - KI 1 - 2629/63

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin- - 42

Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 660017

Im Innenbetrieb: -.-

58
, den 6. November 1963

} App. 2568

An den

Herrn Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

6 Frankfurt / Main

Heiligkreuzgasse 34



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen H u n s c h e u.a.
wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Schreiben vom 24.9.1963 - Az. 4 Js 614/63 (4 Ks 1/63)

Über die im dortigen Ersuchen genannten ehemaligen Angehörigen der Staatspolizeileitstelle Berlin P r ü f e r und F ö r s t e r sind bei hiesiger Dienststelle keine Unterlagen vorhanden. Auch der erwähnte Bericht des KS R e i h i n g vom 15.5.1953 liegt nicht vor. Er soll sich in der Ermittlungsakte 3 P (K) Js 222/60 der Staatsanwaltschaft Berlin befinden, die an die Staatsanwaltschaft Frankfurt/M. übersandt worden ist.

Aus einer hier vorliegenden Kopie des Stellenplanes der Gestapo vom Hauptarchiv, Berlin-Dahlem, Rep.90, Abt.P, Nr.14, Bl.1-45, Stand Juni 1935, sind folgende Gestapoangehörige gleichen Namens ersichtlich:

- 0 1. Franz P r ü f e r , Krim.Ass. (Bl. 17)
30.11.1893 in Reppen geboren,
- 0 2. Karl F ö r s t e r , Pol.Insp. (Bl. 29)
15.11.1899 in Banteln geboren.

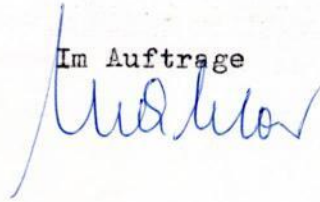
ang. NS

Ihre damalige Dienststellung ist nicht bekannt.

Ob die Genannten mit den im dortigen Ersuchen erwähnten Personen identisch sind, kann nicht gesagt werden.

Über den Verbleib der hier ermittelten Personen konnte nichts in Erfahrung gebracht werden, da beim DC Berlin, bei WAST und dem hiesigen EMA über sie keine Unterlagen vorhanden sind.

Im Auftrage



Ay

4 Js 614/63 (4 Ks 1/63)

Personalsache!

An das
Innenministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen

4 Düsseldorf
Elisabethstraße 5

Betr.: Strafsache gegen Otto H u n s c h e u. A.
wegen Teilnahme an der Endlösung der Judenfrage
hier: fr. Regierungsamtmann und SS (SD)-Haupt-
sturmführer (jetzt Elektrovertreter) Fritz
W o e h r n , geb. 12. 3. 1905 in Berlin,
wohnhaft in Düsseldorf, Golzheimer Str. 4

Bezug: Fernmündliche Rücksprache mit Oberregierungsrat
H a r v e r s am 19. 9. 1963

Anlage: - 1 -

Unter Bezugnahme auf die mit Herrn Oberregierungsrat
H a r v e r s geführte fernmündliche Rücksprache soll
aktenkundig gemacht werden, daß gegen Fritz W o e h r n ,
Personalien wie angegeben, ein Ermittlungsverfahren wegen
des Verdachts der Begehung nationalsozialistischer Gewalt-
verbrechen anhängig ist.

W o e h r n gehörte als Sachbearbeiter im sog. "Schutz-
haftreferat" für Juden der Abteilung des hingerichteten
SS (SD)-Obersturmbannführers Adolf E i c h m a n n im
Reichssicherheitshauptamt an.


Bei den Ermittlungen gegen W o e h r n ist bekannt ge-
worden, daß er am 3. 9. 1963 an den Herrn Innenminister

60

des Landes Nordrhein-Westfalen ein Gesuch um Wiederverwendung im Staatsdienst eingereicht hat, das vorsorglich als Fotokopie beigelegt wird.

Die Ermittlungen gegen den Beschuldigten W o e h r n werden fortgesetzt.

Im Auftrag:


(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

Der Innenminister

des Landes Nordrhein-Westfalen

II B 1 - 25.117/29 Wo. 12/63

67
4 Düsseldorf, den 16. Okt. 1963

Elisabethstraße 5

Tel. 2022 Hausanschluß

An den
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
6 Frankfurt (Main)
Postfach



Betr.: Strafsache gegen Otto Hunsche u.a. wegen Teilnahme
an der Endlösung der Judenfrage;
hier: fr. Regierungsamtmann und SS (SD)-Hauptsturm-
führer (jetzt Elektrovertreter) Fritz Woehr, n,
geb. 12.3.1905 in Berlin, wohnhaft in Düssel-
dorf, Golzheimer Straße 4

Bezug: Ihre Mitteilung vom 1.10.1963 - 4 Js 614/63 (4 Ks 1/63) -

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 1.10.1963 und teile
Ihnen mit, daß ich den Antrag des ehemaligen Regierungsamt-
manns Woehr, n auf Wiederverwendung im Landesdienst Nordrhein-
Westfalen bereits am 18.9.1963 abgelehnt habe.

Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie mich über den
weiteren Verlauf des Ermittlungs- und Strafverfahrens gegen
Woehr, n unterrichten würden.

Im Auftrage
gez.: Dr. Kalbhen



Beglaubigt

Pflosch
Angestellte

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 614/63 (4 Js 1017/59)

Ihr Zeichen: (5179)-5276/63 -Ree-

vom 23.9.1963

621
6 FRANKFURT (MAIN), den. 21. Oktober 63
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

An das

Landeskriminalamt
Nordrhein - Westfalen
- Dezernat 15 -

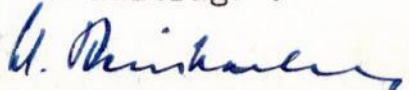
4 D ü s s e l d o r f 1
Postfach 5009

Betr.: fr. SS -Hauptsturmführer und Regierungsamt=
mann im RSHA Abt. IV B 4 = IV A 4 (jetzigen
Vertreter) Fritz W o e h r n , geboren
am 12.3.1905 in Berlin - Rixdorf, wohnhaft
in Düsseldorf, Golzheimerstrasse 4 ,
wegen nsG ,

Aus der eingeforderten Geburtsurkunde des
Beschuldigten W o e h r n ergibt sich, daß die
Schreibweise des Namens mit " oe " und nicht -
wie vom Beschuldigten seit Jahren gewählt -
mit " ö " vorzunehmen ist.

Der Beschuldigte ist von dem Ordnungsamt der
Stadt Düsseldorf bereits bei Ausstellung eines
Auslandsreisepasses auf die Unzulässigkeit
der Namensführung " Wöhrn " hingewiesen worden,
wie er bei seiner verantwortlichen Vernehmung
am 19. und 20. September 1963 eingeräumt hat.
Ich bitte, den Beschuldigten erneut auf die
Unzulässigkeit seines Verhaltens im Hinblick
auf § 360 Ziffer 8 StGB hinzuweisen, evtl.
gegen ihn - falls er die falsche Namensführung
nicht sofort ändert (Firmenbezeichnung, Fern=
sprechamt, Einwohnermeldeamt usw.) - Strafanzeige
vorzulegen. Eine Überprüfung nach ge~~n~~auer Zeit
dürfte angezeigt sein.

bitte wenden!

Im Auftrage :

(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

Landeskriminalamt
Nordrhein-Westfalen
Dezernat 15
Düsseldorf - Jürgensplatz 5-7
Tgb.Nr. 5276/63

Krim.-Pol.
Düsseldorf *4329*
24. OKT. 1963
Eingang Nr. **IV-8073**

376

Düsseldorf, den 23.10.1963

Der Polizeipräsident
in Düsseldorf
Eing.: **24. OKT. 1963**h
Anl. an
Abdruck haben erhalten:

dem Herrn Polizeipräsidenten

4 in Düsseldorf
Jürgensplatz 5-7

zuständigkeitshalber übersandt.

H. Lingen
3. Krim.-Kommissariat
25. OKT. 1963
MA

Im Auftrage:

Hofmann
(Hofmann)

3.K.

(Dienststelle)

Düsseldorf, den 26. Okt. 1963

63

Personalbogen

1. Vor- und Zuname:
(Rufname unterstreichen,
bei Frauen auch Geburtsname) Fritz W o e h r n
2. Beruf (Gewerbe): Vertreter
3. Geburtsdatum: 12. 3. 1905
4. Geburtsort und Kreis: in Berlin - Rixdorf
5. Wohnort, Straße und Nr.: Düsseldorf, ~~Golzheimer Str. 4~~
Kaiserswertherstr. 175
6. Staatsangehörigkeit: deutsch
7. Religion:
(auch frühere Religionszugehörigkeit) evgl.
8. a) Familienstand: verheiratet
b) Des Ehegatten Vor- und Zuname:
(bei Frauen auch Geburtsname) Emmy, geb. Möhlig

9. Kinder: keine
10. Vor- und Zuname des Vaters: Karl, Rudolf Oskar W o e h r n
verstorben
11. Vor- und Geburtsname der Mutter: Anna, geb. Gebhardt
verstorben
12. Wohnort der Eltern:
13. Vermögensverhältnisse: geordnet
14. Des Vormunds oder Pflegers
Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung: ./.
15. Inhaber eines Führerscheins: ja, Klasse 3
16. Inhaber eines Wandergewerbescheins: nein
17. Schöffe, Geschworener, Schiedsmann
oder Vormund: nein
18. Politisch, rassisch oder religiös verfolgt? nein

Düsseldorf, den 26. Oktober 1963

Vorgeladen erscheint der Vertreter *tel. 43 1071*
Fritz W o e h r n, Pers. Bl. 2 d.A.
und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner heutigen Vernehmung wurde ich vertraut gemacht, insbesondere wurde mir das Schreiben des Herrn Oberstaatsanwalts in Frankfurt/Main v. 21. Oktober 1963 langsam und wörtlich vorgelesen.

Seit meiner Jugend schreibe ich meinen Familiennamen mit "ö". Auch meine Eltern schrieben ihren Familiennamen mit "ö". Ebenfalls meine Konfirmationsunterlagen - Ostern 1921 -, laut Mitteilung der Kirchengemeinde "Genezareth", Küsterei Berlin-Neuköln sind mit "ö" eingetragen. Die schriftlichen Unterlagen lege ich hiermit vor. Haben vorgelegen.

Ich habe nun von dem Schreiben des Herrn Oberstaatsanwalts in Frankfurt/Main Kenntnis genommen. Ich werde die Abänderung meines Familiennamens beim Einwohnermeldeamt, Fernsprechamt, Straßenverkehrsamt, Finanzamt und Gewerbesteueramt in Düsseldorf, umgehend beantragen. Gleichzeitig werde ich meine Geschäftsbriefbogen abändern bzw. diese neu fertigen lassen.

Meine Antragsdurchschriften diesbezüglich lege ich in den nächsten Tagen bei der Dienststelle vor; die eingehenden Bestätigungen sobald diese mir verfügbar sind.

Geschl.

v. g. u.

Lingen
(Lingen, KOM.)

Lingen *Neubrand*

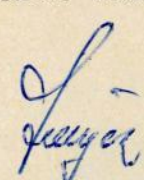
V e r m e r k .

Düsseldorf, den 30. Okt. 1963

Heute erschien der beschuldigte Fritz W o e h r n, Pers. Bl.2 d.A. bei der Dienststelle und legte seinen Personalausweis vor, der vom hiesigen Ordnungsamt -Einwohnermeldeamt- amtlich berichtigt worden ist.

Weiter legte er Durchschriften der Dienststelle vor, wonach er beim Finanzamt in Düsseldorf, StrVA. in Düsseldorf, Fernmeldeamt 2 -Fernsprechbuchverlagsstelle- seine Namensänderung anstatt Wöhrn in "W o e h r n" beantragt hat. Eine Rückfrage bei den genannten Stellen bestätigte den Eingang der Schreiben.

Ein weiteres Schreiben bezüglich Namensänderung richtete W. an das Postscheckamt in Essen -Durchschrift hat hier vorgelegen-. Die Einholung einer Bestätigung dürfte sich nach den gegebenen Umständen erübrigen.


(Lingen, KOM.)

Der Polizeipräsident
3.K. IV-8013/63

Düsseldorf, den 30. Okt.1963
-4379-

U.

dem Herrn Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

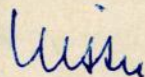
(6) in F r a n k f u r t/Main

Heiligkreuzgasse 34

zurückgesandt.



I.A.



65
19. 11. 1963

4 Js 614/63

Ab 19/11.63

An das
Landeskriminalamt
Baden-Württemberg
- SK Zentrale Stelle -

714 L u d w i g s b u r g
Wilhelmstraße 1

Betr.: Strafsache gegen den früheren Regierungsrat im
GESTAPA und SS-Hauptsturmführer Otto H u n -
s c h e wegen Mordes pp.
hier: Erschießung von Angehörigen des jüdischen
Gemeindevorstandes Berlin am 2. 12. 1942

Ohne Vorgang

Bei meinem Besuch am 13. 11. 1963 ist mir aus der Kartei
der Sonderkommission eine Auskunft über den früheren Po-
lizeiinspektor Karl F ö r s t e r , geb. am 15. 11. 1899
in Banteln, erteilt worden. F ö r s t e r gehörte nach
dem Stellenplan der GESTAPO, Stand Juni 1935, ebenso wie
der beschuldigte frühere Kriminalobersekretär Franz P r ü -
f e r , geb. 30. 11. 1893 in Reppen, zur GESTAPO-Leitstelle
Berlin.

In der dortigen Kartei ist vermerkt, daß F ö r s t e r
in Stuttgart-S, Heusteigstraße 37, wohnhaft und in der
Strafsache gegen Krumei im Jahre 1960 vernommen worden ist.
Ich kann eine Vernehmung des F ö r s t e r in den hiesi-
gen Vorgängen allerdings nicht feststellen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie die Frage der Identität zwi-
schen dem hier gesuchten Polizeibeamten Karl F ö r -
s t e r und dem in Stuttgart-S wohnhaften F ö r s t e r

prüfen und für den Fall der Identität eine Durchschrift der
seinerzeit in der Strafsache Krumei durchgeführten Vernehmung
des F ö r s t e r mitteilen würden.

Im Auftrag:

(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

Wv. 10. XII. 63

VORLAGE
nach Fm. Bl. DL
Fm., den 12. 12. 63/la

und die dem...
...
...

IN ANSEHEN:
(...)
...

...

VOR...
...
...

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 614/63

Ihr Zeichen:

6 FRANKFURT (MAIN), 1. 13.12.1963
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

An das

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg
- SK Zentrale Stelle -


714 Ludwigsburg
Wilhelmstraße 1

Betr.: Strafsache gegen den früheren Regierungsrat im GESTAPA und
SS-Hauptstuf. Otto H u n s c h e wegen Mordes pp.
hier: Erschießung von Angehörigen des jüdischen Ge-
meindevorstandes Berlin am 2. 12. 1942

Bezug: Ersuchen vom 19. 11. 1963 (4 Js 614/63)

Ich möchte das vorbezeichnete Ersuchen in Erinnerung bringen.

Im Auftrage:


(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

✓ for 'Jehovah'

HA Bln - Dahlen

Rep. 90 Aot. P Nr. 14

Lot 1-45

for 1935

DC, UAS+

EMA ✓ for

LANDESKRIMINALAMT

BADEN-WÜRTTEMBERG

Sonderkommission

-Zentrale Stelle-

Tgb.Nr.SK.ZSt.I/1-79/60

68
714 Ludwigsburg, den 18.12.1963

~~STUTTGART, den~~

~~Polizeiinspektion I, Postfach 12065~~

~~Telefon 221841 28044-45~~

~~Stabs-Kommandoplatz~~

Wilhelmstraße 1

g. 23/12 R

An den

Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht

z.Hd.v.Herrn Staatsanwalt

Dr. S t e i n b a c h e r

6 F r a n k f u r t / M a i n
Heiligkreuzgasse 34

Betr.: Strafsache gegen den früheren Regierungsrat im
GESTAPA und SS-Hauptsturmführer Otto H u n s c h e
wegen Mordes pp.;

hier: Erschießung von Angehörigen des jüdischen
Gemeindevorstandes Berlin am 2.12.1942

Bezug: Dortiges Ersuchen vom 19.11.1963 - Az. 4 Js 614/63) und
dortiges Erinnerungsschreiben vom 13.12.1963

Auf o.a. Schreiben vom 13.12.1963 teilen wir mit, daß dortiges
Ersuchen vom 19.11.1963 - Az. 4 Js 614/63 - nicht hier einge-
gangen ist.

Wir bitten, uns das erwähnte Ersuchen erneut zuzusenden.

I.A.

(Weida)

Kriminalhauptkommissar

Für die Akten !

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
4 Js 614/63

Frankfurt(M), den 31. Dez. 1963
Heiligkreuzgasse 34(Altbau 2.Stock)
Telefon 2867. 607

Ab 31/12 n₇

An das

Landeskriminalamt
Baden - Württemberg
Sonderkommission
- Zentrale Stelle -

714 L u d w i g s b u r g

Betr.: Strafsache gegen den früheren Reg.Rat
im GESTAPA und SS - Hauptsturmführer
(Rechtsanwalt) Otto Heinrich HUNSCHKE
wegen Mordes pp. , h i e r :

Erschießung von Angehörigen des
jüdischen Gemeindevorstandes Berlin
am 2.12.1942 ,

Bezug: dort. Tgb. Nr. SK. ZST. I/1 -79/60 vom
18.12.1963

Anlg.: - 1 -

Aus dem Bezugsschreiben muß ich entnehmen,
daß das Ersuchen der Staatsanwaltschaft vom
19.11.1963 bei der Sonderkommission nicht
eingegangen ist. Ich gebe deshalb eine Ab =
schrift, bitte aber gleichwohl, nach dem
Verbleib der Urschrift weiter zu forschen.

F ö r s t e r und P r ü f e r werden als
Mitbeschuldigte gesucht. Nach Mitteilung des
PP Berlin(Abteilung I) befinden sich für
die beiden früheren Gestapobeamten weder
bei WAST noch bei DC oder beim EMA Berlin
irgendwelche Aufzeichnungen.

Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit wäre
ich für vordringliche Bearbeitung verbunden.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 1964 †

Im Auftrage :

STA

LANDESKRIMINALAMT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Sonderkommission
-Zentrale Stelle-

Tgb.Nr.SK.ZSt. I/13-79/60

714 Ludwigsburg

STUTTGART Wden 10.1.1964
~~Postfach 28044-45~~
Telefon 28044-45
~~Stadthaus~~
Wilhelmstr. 1

70
15.1.64 12

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
z.Hd.v.Herrn Staatsanwalt
Dr. S t e i n b a c h e r

6 F r a n k f u r t / M a i n

Betr.: Strafsache gegen den früheren Regierungsrat im
Gestapa und SS-Hauptsturmführer (Rechtsanwalt)
Otto Heinrich H u n s c h e wegen Mordes;

hier: Erschießung von Angehörigen des jüdischen
Gemeindevorstandes Berlin am 2.12.1942

Bezug: Dort. Schreiben vom 31.12.1963 - 4 Js 614/63 -

Ihr Schreiben vom 19.11.1963 konnte hier bis jetzt nicht
aufgefunden werden. Da eingehende Post grundsätzlich im
hiesigen Geschäftszimmer unmittelbar im Tagebuch vermerkt
wird und dortiges Schreiben darin nicht aufgeführt ist,
dürfte dieses mit Sicherheit hier nicht eingegangen sein.

In Bezug auf den von Ihnen gesuchten früheren Polizeiin-
spektor

K a r l F ö r s t e r ,

sei folgendes vermerkt:

In hiesiger Kartei ist ein Karl Förster - ohne
nähere Personalien - wohnhaft Stuttgart-S, Heusteigstr. 37,

7

enthalten. Der Name eines Karl F ö r s t e r aus Stutt-
gart wurde von dem Zeugen

Karl S c h w e d a ,
geb. am 23.5.1897 in Budapest,
wohnhaft in Kirchheim/Teck, Bleichestr. 36

in seiner Vernehmung vom 11.5.1959 in der Strafsache gegen
K r u m e y - Blatt 3 seiner Vernehmung - genannt. Es
konnte nicht geklärt werden, ob es sich bei dem von
S c h w e d a genannten Karl F ö r s t e r um den in
Stuttgart, Heusteigstraße 37, wohnhaften handelt. Nach den
inzwischen getroffenen Feststellungen handelt es sich bei
dieser Person um den verheirateten Maschinenbauingenieur

Karl-Heinz F ö r s t e r ,
geb. am 2.5.1908 in Leipzig,
wohnhaft in Stuttgart, Heusteigstr. 37.

Dieser Karl F ö r s t e r wurde auch nicht im Jahre 1960
in der Strafsache gegen K r u m e y von hier vernommen,
auch nicht von der Zentralen Stelle der Landesjustizver-
waltungen, in deren Kartei ein Karl F ö r s t e r nicht
einliegt. Der von Ihnen gesuchte ehemalige Polizeiinspektor
Karl F ö r s t e r , geboren am 15.11.1899, ist in Stutt-
gart polizeilich nicht gemeldet.

Von weiteren Ermittlungen wurde zunächst Abstand genommen,
da eine Identität in Hinblick auf die Person des Karl
F ö r s t e r nicht vorliegen dürfte.

I.A.

(Weida)

Kriminalhauptkommissar

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Hamburg**

2 **Hamburg**, den
Sievekingplatz 3
Strafjustizgebäude

10.1.1964

20.1.64

Geschäfts-Nr. 141 Js 204/60

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Fernsprecher: 34 10 9
Behördennetz: 43 (")

An die
Staatsanwaltschaft Frankfurt/M.
z.Hd. Herrn Staatsanwalt
Dr. S t e i n b a c h e r
6 F r a n k f u r t / M .

Betr.: Strafverfahren gegen E h r l i n g e r
u.a. wegen Mordes (NSG)

Bezug: Rücksprache vom 7. Oktober 1963

Anlage: 1 Protokolldurchschrift

Sehr geehrter Herr Dr. Steinbacher!

Ich übersende Ihnen anliegend Protokolldurch-
schrift der Vernehmung des Zeugen S e l b e r g
vom 13.11.1963.

Mit den besten Grüßen

~~Ja.~~

Im Auftrage:

Auf. u. b. l.
29/12

Jr. M. M. M.

Gegenwärtig:

Staatsanwalt T e g g e
- als Vernehmender -
Angestellte G o e b
- als Protokollführerin -

P r o t o k o l l

Auf Vorladung erscheint in den Räumen des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen - Dezernat 15 - Westfalen-Haus in Düsseldorf, Tannenstraße 26, der

Leg.-Amtmann i.R. Fritz S e l b e r g,
geb.am 28.1898 in Vlotho/Weser, wohnhaft
in Düsseldorf, Brehmstr.3

und sagt als Zeuge folgendes aus:

Mein Vater war Tischlermeister. Wir waren insgesamt vier Kinder. Ich besuchte die Volksschule. Im ersten Weltkrieg diente ich als Infanterist. von 1914-1920. Ich wurde als Unteroffizier entlassen. Anschließend trat ich bei der Schutzpolizei in Hannover ein. 1928 wurde ich als Zivilanwärter nach Ablegung der O.I (B I) Prüfung entlassen. Von 1928 - 1930 war ich Verwaltungsanwärter in Gsnabrück. Von 1930-1934 gehörte ich zur Kripo Oberhausen. 1934 trat ich zur Polizeiverwaltung Düsseldorf über. Im März 1939 wurde ich zum Reichsministerium des Innern - Hauptamt Sicherheitspolizei -, dem späteren Amt I im RSHA versetzt. Ich gehörte dort dem Amt I bis Weihnachten 1944 an. Dann wurde ich zur Dienstleistung beim Polizeipräsidium Berlin abgeordnet. Ende April 1945 setzte ich mich nach dem Westen ab.

Von 1941 bis Sommer 1943 war ich Leiter der Geschäftsstelle des Amtes I. Amts-Chef I war bis Frühjahr 1941 Streckenbach. Danach bis zum Sommer 1944 Erwin S c h u l z und anschließend E h r l i n g e r.

74

Mein Nachfolger als Geschäftsstellenleiter I war zunächst der Leiter der Geschäftsstelle II im Personalunion. Zusammen mit Ehrlinger kam dann Ergenzinger.

Ab Sommer 1943 war ich Sachbearbeiter in der Abteilung I Org. Mein Nachfolger wurde der ~~Hauptsturmführer~~ Sturmbannführer ~~Drx~~ und Kriminalrat Dr. Sekel. Im Sommer 1944 kam Sekel zusammen mit Ehrlinger nach Berlin. Ich selbst war noch etwa bis Weihnachten 1944 bei I Org. tätig. Dann trat ich meinen Dienst beim Pol.Präs.Berlin an.

Sekel wurde später noch Regierungsrat und Leiter von I Org., und zwar als Nachfolger von Wanninger.

An einen Untersturmführer oder Hauptsturmführer Huber kann ich mich nicht erinnern. Ich erkenne ~~ihn~~ ihn auch nicht wieder nach den mir vorgelegten Lichtbildern.

Frage: Erinnern Sie sich an den Standartenführer Blobel?

Antwort: Blobel war in Düsseldorf Leiter des SD-Abschnittes in den Vorkriegsjahren. Damals lernte ich ihn kennen. Ich hatte aber keine nähere Berührung mit ihm.

Während des Krieges hörte ich nur über ihn, daß er einen schmutzigen Sonderauftrag habe. Ich kann aber nicht sagen was dahinter steckte. Ich weiß auch nicht wann das war.

Vorhalt: Es handelte sich um die Sonderkommandos 1005 mit denen Blobel auf Grund eines Sonderauftrages des RFSS die Massengräber in den besetzten Ostgebieten beseitigten.

Antwort: Von diesem Sonderkommando 1005 und Blobels Zusammenhang damit höre ich heute zum ersten Mal.

Frage: Lag es nicht in ihrer Zuständigkeit als Geschäftsstellenleiter sich mit dem Schriftwechsel bei der Aufstellung dieses Sonderkommandos zu befassen?

Antwort: Grundsätzlich ging sämtliche Post für den Amtschef I durch meine Hände. Ausgenommen waren jedoch Verschlusssachen. Diese wurden dem Amtschef I unmittelbar verschlossen vorgelegt. Die Verschlusssachen befanden sich in einer verschließbaren Aktentasche. Den Schlüssel hatte der Adjutant.

25

Vorhalt: Die Aktion 1005 war eine geheime Reichssache. B l o b e l war dem Referat IV B 4 angeschlossen.

Antwort: An die Referatsbezeichnung IV kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß auch nicht was dahinter steckte.

Vorhalt: IV B 4 war das Referat Eichmanns.

Antwort: Eichmann war für uns eine geheimnis unwitterte Persönlichkeit. Sein Referat war das Judenreferat. Was das im einzelnen bedeutete war uns unbekannt. Seine Dienststelle befand sich in einem Logenhaus in der Kurfürstenstraße.

Daß B l o b e l mit E i c h m a n n in Berührung stand, wußte ich nicht.

Frage: Haben Sie einmal von einem Hautsturmführer H a r d e r gehört ?

Antwort: Nein!
Auf Vorlage der Bilder 21a erklärt der Zeuge:
Diese Person kenne ich nicht.

Frage: Wer könnte mir über den personalmäßigen Aufbau der Aktion 1005 und den Zusammenhang mit dem Referat IV B 4 Auskunft geben ?

Antwort: Meiner Meinung nach nur Angehörige des Referats I A 1. Dort wurden die Einsätze bearbeitet. Ich denke an G o t t w a l d und an D o m n i k oder (D o m i k). D o m n i k ist jetzt in Brüssel bei der EWG, wie ich gehört habe. Gottwald soll im Bayerischen Wald sein.

Frage: Müßte nicht auch S c h u l z als Gruppenleiter I A unterrichtet gewesen sein ?

Antwort: Ich denke, Ja.
Ich meine auch, daß der Amtschef I darüber Angaben machen können müßte.

Vorhalt: Die Aktion 1005 begann im Herbst 1942 anzulaufen ?

Antwort: In der angegebenen Zeit lag S t r e c k e n b a c h bereits auf der Kippe. Ich weiß nicht, ob er damals noch als Amtschef I amtierte. Erwin S c h u l z war aber sein Vertreter.

Falls die Leute von 1005 vom SD kamen besteht allerdings die Möglichkeit, daß I A 1 nicht eingeschaltet war.

76

Vermerk:

Dem Zeugen wurden die Fotokopien eines Schnellbriefes vom 13.1.1942

- Geschäftszeichen: I A 1 C Nr.1224/41b - über die Ablösung Blobels beim Sonderkommando IV a und eines Schnellbriefes vom 26.9.1942 - IA 1d(2) Nr.23 001/44 - über die Beauftragung Blobels mit der Führung der Z.b.V. Iltis vorgehalten. Er erklärt:

Aus den Geschäftszeichen entnehme ich, daß Blobel Versetzungen bzw. Abordnungen bei I A 1 bearbeitet wurden. Ich möchte daher annehmen, daß auch seine Beauftragung mit der Übernahme der Aktion 1005 bei I A 1 bearbeitet wurde. Dafür spricht auch die Personalmitteilung über die Versetzung Blobels zum RSHA im Befehlsblatt v.17.10.1942.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, daß die Personalveränderungen auch im Befehlsblatt mitgeteilt wurden. Es war nicht ausgeschlossen, daß solche Mitteilungen im Befehlsblatt unterblieben.

Sobald Blobels Organisation lief, hatte das Amt I mit der Durchführung des Auftrages von Blobel nichts mehr zu tun. Das ist meine Stellungnahme auf Grund meiner damaligen Kenntnis der allgemeinen Verhältnisse.

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

geschlossen:-

Selberg
.....
(Selberg)

Glebe
Protokoll geführt
geschlossen:
Muzs

77
9. März 1964

4 Js 614/63

Tel. 55 16 01

An das
Lautarchiv des
Deutschen Rundfunks

F r a n k f u r t (M)
Bertramstrasse 8

Betr.: Tonbandaufnahmen

Anlg.: 2 Tonbänder (II und III)

Sehr geehrte Herren !

Ich darf bezug nehmen auf die mit Herrn Dr. Kunath geführte Rücksprache und bitten, für Rechnung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht eine Tonbandaufnahme, die mit einer Bandgeschwindigkeit von 9,5 cm sec. aufgenommen worden ist, auf ein anderes Band mit einer Bandgeschwindigkeit von 4,75 cm sec. zu übertragen.


Band II der hier gefertigten Aufnahme ist bereits bis 512 m übertragen - Bandlänge 1045 m. Die Übertragung auf eine geringere Bandgeschwindigkeit wird bei Band II erst von dem Ende der Übertragung (512) an gewünscht. Zur Kontrolle darf Abzug der letzten Seiten der Übertragung beigelegt werden.

Band III umfasst 640 m Band. Dieses Band wäre vollständig zu übertragen.

Um Rückgabe der Tonbänder II und III , nach Möglichkeit bis Freitag, den 13. März 1964 , wird höflichst gebeten.

Die neu zu fertigenden Tonaufnahmen sollen mit einem GRAETZ -Tonbandgerät GD 6 -Bandbreite 11 mm/ Bandgeschwindigkeit 4,75 cm sec. übertragen werden. Das Gerät ist für ein vierspuriges Band eingerichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

I. A.

Staatsanwalt

LAUTARCHIV

DES DEUTSCHEN RUNDFUNKS

Frankfurt (Main), den 11.3.1964

Bertramstraße 8 · Telefon 551601 und 5905-388

Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

6 Frankfurt a. M.
Heiligkreuzstr. 34

Technik

Auftrag Nr. 86	Band-Nummer: L 64-376
Geschwindigkeit: 4,75 cm/sec	Band-Länge: 360LGS26 m
Kopiert durch: Neumann	am: 10.3.1964
Zeitaufwand: 4 Std.	

Sie erhalten beiliegend die von Ihnen gewünschten Lautkopien. Wir bitten Sie, das Band unmittelbar nach seiner Verwendung an uns zurückzugeben.

Lfd. Nr.	Inhalt	Dauer	Archiv-Katalog-Nr.
	<p>Überspielung v. Geschwindigkeit 9,5 cm/sek auf 4,75 cm/sek</p> <p>Urband im Original zurück</p> <p>Aktenz. 4 Js 614/63</p> <p><i>Reinschrift 13/3.64 38,48016</i> <i>Rauskopierger F07 Held o.V.</i></p>	126 Min.	--

Deutsches Rundfunk- Archiv

Rechtsfähige Stiftung

Fr.	05-04-3/05-	1004	K
-----	-------------	------	---

4 Js 614/63

6 FRANKFURT AM MAIN 1
Bertramstraße 8
Fernruf 55 16 01

Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

6 Frankfurt a. M.
Heiligkreuzgasse 34

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

Kassenabrechnung ab neu
18. MRZ. 1964
UW

nb/pr

11.3.1964

Rg Nr. 86

Betr.: Überspielung von Geschwindigkeit 9,5 cm/sek auf 4,75 cm/sek
Unser Auftr. Nr 86/ B_d 64-376

126 Min. Sonderkopie-Anfertigung à	0,18 DM je Min.	= 22,68 DM
360 m LGS 26	à 0.03 DM je m	= 10,80 DM
Verwaltungskosten		<u>5.-- DM</u>
		38,48 DM
		=====

Wir bitten um Überweisung auf eines unserer Konten!
Sachlich richtig und festgestellt (auf 38 DM 48 Fig.)
Der Betrag ist in den Akten vermerkt.

4 Js 614/63 STA Frankfurt (Main)

Sachbearbeiter : STA Dr. Steinbacher

Deutsches
Grundfunk-
Archiv

Kassenanweisung
Betr.: Fl. 4 Zs 6, 14/63 H. A. Pfeil
38,48- DM

sind an den Rechnungsdienst
zu zahlen und was noch zu zahlen.

An die
Geführte-
kasse
Frankfurt/M.

19.3. 1964
Der Kassensachanwalt
beim Landgericht:

Staatanwalt, Ger. Ass.

Kassenanweisung nach Unterzeichnung durch Herrn ESA.
Dr. Grossmann ab am

20. 3. 64
/le

Verfg.

✓ 1) Herrn Rechtspfleger
JOJ H e l d oder Vertreter
im Hause

mit der Bitte um Vorbereitung der
Anweisung des Rechnungsbetrags. Der
Auftrag ist durch die Staatsanwaltschaft
erteilt. Die Sonderkopie liegt dem Sachb.
vor. Bitte zur Unterschriftsleistung
Herrn ESTA Dr. Grossmann o.V. vorlegen(Urlaub des Sachb.)

lb 2) Durchschrift von A.
Bankkonto: Dresdner Bankkonto-Nr. 550228 A. Postscheckkonto: 96237 Frankfurt-M.

Wir bitten, alle Zuschriften ausschließlich an das Deutsche Rundfunk-Archiv, nicht an Einzelpersonen zu richten.

F., den 13. März 1964

A. Reinhardt

zu 1/21 bel.

für Hess

19. MRZ. 1964

80

Der Innenminister

des Landes Nordrhein-Westfalen

II B 1 - 25.117/29 Wo. 12/63 -

An den
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
6 Frankfurt / Main
Postfach



89
4 Düsseldorf, den 20. März 1964


Elisabethstraße 5

Tel. 2022 Hausanschluß

Betr.: Strafsache gegen Otto Hunsche u.a. wegen Teilnahme
an der Endlösung der Judenfrage;
hier: fr. Regierungsamtmann und SS (SD)-Hauptsturm-
führer (jetzt Elektrovertreter) Fritz Woehr, n,
geb. 12.3.1905 in Berlin, wohnhaft in Düsseldorf,
Golzheimer Str. 4
Bezug: Ihre Mitteilung vom 1.10.1963 - 4 Js 614/63 (4 Ks 1/63)-
Mein Schreiben vom 16.10.1963 - II B 1 - 25.117/29 Wo.
12/63 -

Für eine weitere Mitteilung über den Stand des Ermittlungsver-
fahrens wäre ich dankbar.

Im Auftrag


(Dr. Kalbhen)

82
1. April 1964

4 Js 614/63

An den
Innenminister des Landes
Nordrhein - Westfalen

4 Düsseldorf
Elisabethstraße 5

Betr.: Strafsache gegen Otto H u n s c h e u. a. wegen
Teilnahme an der Endlösung der Judenfrage;
hier: fr. Regierungsamtmann und SS(SD)-Hauptsturm-
führer (jetzt Elektrovertreter) Fritz Woehr, n,
geb. 12. 3. 1905 in Berlin, wohnhaft in Düs-
seldorf, Golzheimer Str. 4

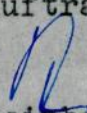
Bezug: Anfrage vom 20. 3. 1964
II B 1 - 25.117/29 Wo. 12/63 -

Mit einem Abschluß des Ermittlungsverfahrens gegen Woehr, n
ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die Staatsanwalt-
schaft bei dem Landgericht Frankfurt (Main) wird nach Ab-
schluß vorbereitender Ermittlungen die weitere Durchführung
des Verfahrens wahrscheinlich dem Generalstaatsanwalt bei
dem Kammergericht in Berlin überlassen.

Nach Übertragung der Tonbandaufnahme der Vernehmung des Be-
schuldigten Woehr, n, die wegen technischer Schwierigkeiten
erst jetzt in Angriff genommen werden kann, werde ich einen
Abdruck dieser Niederschrift vorlegen.

Zu gegebener Zeit werde ich Abgabennachricht erteilen.

Im Auftrage:


(Dr. Steinbächer)
Staatsanwalt

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 614/63

Ihr Zeichen:

83
6 FRANKFURT (MAIN), den .4..Juni..1964
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

Spalten Nr 18/6-64

An die

Filmstelle des
Amtsgerichts

je
In dem Ermittlungsverfahren gegen W o e h r n u.A.
bitte ich um Fertigung eines Filmstreifens über
die Vernehmungsniederschrift des Beschuldigten
W o e h r n vom 19. September 1963 und ff. Tage.
und möglichst fünf Abzüge, wobei ich den Film
beizufügen bitte.

Die Filmstelle der Staatsanwaltschaft ist zur
Zeit nicht besetzt und deshalb nicht arbeitsfähig.

Im Auftrage :

U. Steinbacher

(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

187 Lenz

Steinbacher
4. 11. 64

5. 6. = 440

8. 6. = 465

905 Dr.

~~8. Juni 1964~~

6. Juli 1964 84

- 4 Js 614 / 63 -

EINSCHREIBEN !

An den
Innenminister des Landes
Nordrhein - Westfalen

4 D ü s s e l d o r f

Elisabethstrasse 5

Betr.: Strafsache gegen Otto Hunsche u.a. wegen Teilnahme
an der "Endlösung der Judenfrage";

hier: fr. Regierungsamtman und SS (SD) Hauptsturm-
führer (jetzt Elektrovertreter) Fritz
W o e h r n, geb. 12.3.1905 in Berlin, wohn-
haft in Düsseldorf, Kaiserswerther Str. 175.
(Strasse hiess früher Golzheimer Str. 4)


Bezug: II - B 1 - 25.117/29 Wo. 12/63. - vom 20.3.1964

Anlage - 1 -

Unter Bezugnahme auf die hiesige Mitteilung vom 1. April 1964
überreiche ich einen Abzug der Tonbandübertragung - Verneh-
mung des Beschuldigten Fritz W o e h r n .

Vor Abgabe des Verfahrens werde ich die richterliche Ver-
nehmung des hier in Untersuchungshaft befindlichen fr.
Regierungsrates (SS-Hauptsturmführer) Otto Hunsche bean-
tragen.

Im Auftrage:


(Dr. Steinbacher)
Staatsanwalt

455 674/63

Brief sorgfältig abbedecken!

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen!

Einlieferungsschein

Gegenstand (Abkürzungen s. umseitig)	A Epm			
Wert oder Betrag	DM (in Ziffern)	PI	Nach- nahme	DM (in Ziffern)
Empfänger	Innenminister des Landes Nordrhein Westfalen			
Bestim- mungsort	Düsseldorf			

Postmark

Tagestempel



Einlieferungs- Nr.	Gewicht kg
6926	

Postannahme

W & W 40 040 2. 63

+ C 62, DIN A 7 (KL IV)
V. 2 Anl. 23)

85

- 1.) Vermerk : Das Ermittlungsverfahren ist im 4 Js - Register - wie folgt - einzutragen :

Erstbeschuldiger

W o e h r n , Fritz , geboren am 12.3.1905 in Berlin ,
wohnhaft in Düsseldorf , Kaiserswerther Strasse 175 ,

H u n s c h e , Heinrich Otto , geboren am 15.11.1911¹⁹¹¹
in Recklinghausen , wohnhaft in Datteln , Am Körtling
14 , z.Zt. in U - Haft in a.S. ,

P r ü f e r , Franz , geboren am 30.11.1893 in
Reppen , unbekannten Aufenthalts ,

F ö r s t e r , Karl , geboren am 15.11.1899 in
Banteln , unbekannten Aufenthalts.

Geschäftsstelle 4 hat Nachricht.

- 2.) Schreiben an den Herrn Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht zu der Voruntersuchung gegen
G r e l l , B e c h e r , W i n k e l m a n n u.A.
wegen nsG :

Betr.: wie vor

Anlg.: 1

Zu der gerichtlichen Voruntersuchung
gegen B e c h e r , G r e l l , W i n k e l m a n n
u.A.

überreiche ich einen Abdruck der Tonbandtranscrip-
tion der Vernehmung des früheren Regierungsamtmanns
und SS(SD) = Hauptsturmführers Fritz W o e h r n
- IV B 4/ IV A 4 RSHA - mit der Bitte um Kenntnis-
nahme und Ergänzung der Akten.

F., den 9. Juli 1964

D. OSTA

I.A.
12

Bd. X